

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Nachdruck Sonntag-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich - Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgelohene Kolonne
 je Zeile über deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Berichts-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Woche über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 enden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 12. September 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ungarn vor der Entscheidung.

Aus Wien wird uns vom 10. September geschrieben:

Vor einer Entscheidung, wie sie die Geschichte in solcher Schärfe, Unmittelbarkeit und Deutlichkeit selten ausprägt, befindet sich heute Habsburg. Nicht weniger stellt für die Dynastie auf dem Spiele, als die Frage, ob sie in Ungarn endgültig abdankt oder aber den Versuch machen will, den durch eine fehlerhafte Politik beinahe schon verloren gegangenen Staat neu zu „erobern“; ob sie es wagen kann und wagen will, die letzte Chance für die Erhaltung ihres Reiches zu ergreifen, oder ob sie verzichtet wird, die übernommene Großmacht weiter zu führen. Denn darüber ist eine Täuschung unmöglich: gelingt es Habsburg nicht, die Koalition für die Loslösung des ungarischen Staates — und das ist das letzte Ziel der heutigen Herren des Magyarenstammes, wenn es auch aus Opportunitätsgründen vorläufig verschleiert wird und für die simple Forderung nach der magyarischen Kommandosprache auftritt — zu brechen, so hat die Liquidation des Habsburger Hauses schon begonnen und seine Auflösung ist dann nur eine Frage der Zeit und zwar einer sehr kurzen Zeit; was die Politik dem alten König nicht bereiten mag, wird unter seinem Nachfolger das unmittelbar lockende Ziel werden. Und in dieser von der Schwere geschichtlicher Entscheidung erfüllten Zeit ist es auch rasch klar geworden, daß die aktuelle Streitfrage — die um das magyarisches Kommando — nur ein vorgestelltes Zeichen der eigentlichen Triebkräfte ist. Ob da die Krone nachgibt, oder ob die Koalition zurückweicht: das ist nun im Wesen gleichgültig, denn mehr als ein Kompromiß für den Augenblick kann so nicht erzielt werden; der Kampf aber, den die Koalition für die Auflösung die Krone, für die Erhaltung der Reichswirtschaft führt, der geht weiter. Vermag Habsburg nichts, als was seine Tradition ist, nämlich immer einen Schritt mutig zurückzuweichen, so ist ihm nicht zu helfen und der Sieg gehört unabweislich den aggressiven Elementen des Magyarenvolkes, deren politische Gewandtheit es zuwege bringt, das Volk in Ungarn brutal zu knechten und im Namen dieses selben Volkes die Krone zu brechen.

Die politische Situation, die sich in Ungarn aus dem sonst nicht zu überschätzenden Konflikt der Parlamentsmehrheit und der Krone herausgebildet hat, verdient die Aufmerksamkeit auch außerhalb der schwarzgelben Grenzspähle deshalb, weil sie ein Schulbeispiel für die Möglichkeit der zäjaristischen Politik darstellt, für die sonst die politischen und ökonomischen Voraussetzungen völlig geschwunden sind. Nicht mit der Gewalt der Waffen kann Habsburg die magyarisches Rebellen zur Raifon bringen; sowie die Revolution der ungarischen Gentry heute erfolgt ist durch die ungleich bequemere und doch wirkungsvollere parlamentarische Obstruktion, so kann auch die „Konterrevolution“ nur siegen, wenn sie an dem Punkt einsetzt, der die Quelle der Macht der herrschenden Schichten in Ungarn ist: am Parlament. Der Kampf der ungarischen Parlamentsherren entspringt in letzter Hinsicht zweifellos aus dem Drange eines Volkes — oder richtiger: eines Staates — nach Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, einem Drange, der, wie das norwegische Beispiel lehrt, seine Erfüllung nur in der Niederreißung aller Schranken und in der Befestigung selbst der harmlosesten Bevormundung seine Erfüllung findet. Aber was bei den Norwegern der Ausdruck politischer Freiheit, das letzte Wort einer fortlaufenden Demokratisierung aller Einrichtungen war, das ist bei den Magyaren heute — nicht ausschließlich, aber wesentlich — das Ergebnis eines politischen Zustandes, in dem ein Volk von politischen Talenten über vier andere Völker herrscht, und was in dem einen Volke eine schmale Schicht von Privilegierten ein absolutes Übergewicht besitzt. Die Erscheinung, daß wegen einer sachlich ganz bedeutungslosen Forderung, wie es die Forderung der magyarisches Kommandosprache ist, eine parlamentarische Mehrheit den ganzen staatlichen Organismus zum Stoen bringt, alle staatlichen Beziehungen verunstaltet und dem Lande die schwersten Opfer auferlegt, diese Erscheinung ist unnatürlich und kann nur erklärt werden aus der besonderen Art dieser Mehrheit, die vorgibt, „den Willen der Nation“ zu finden, in Wahrheit aber nur die obersten Schichten, und nur einer Nation unter fünf, vertritt. Wegen der 68 deutschen Worte, die im Gebiete der Armeemacht betroffen, auch unentbehrlich sind, ist in Ungarn ein großer Konflikt entstanden, den man wieder sachlich sehr überschätzen würde, wenn man ihn dem Konflikt zwischen Bismarck und der deutschen Fortschrittspartei als gleichwertig an die Seite stellen wollte. Wobei noch hinzugefügt werden muß, daß sich die Gegner der Koalition darüber nicht im unklaren befinden können, daß die Forderungen mangels der nötigen Zahl magyarisches Offiziere im Augenblick und auf lange Zeit hinaus einfach unerfüllbar sind, daß sie mehr als eine theoretische Bewilligung gar nicht erreichen könnten. Und darum die lange Krise, darum die Preisgebung wirtschaftlicher Interessen, die wie der Abschluß der Handelsbeziehungen eine Lebensfrage des ungarischen Agrarstaates sind. Eine solche Politik kann nur eine Mehrheit wagen, die mit den realen Interessen der breiten Massen nicht verwaschen ist, die, losgelöst von allen Verpflichtungen der Zeit, nur die Wünsche einer schmalen Schicht vertritt und auf die andere Interessen als die ihrer Klasse keinen Einfluß besitzen. Die ganze Politik eines Staates — eines Staates von der ganz unsagbaren Rücksichtigkeit dieses Ungarn, das ebenso verwundet wird vom Feudalismus wie vom Kapitalismus — auf die eine Karte der Kommandosprache zu setzen. Das kann nur eine Partei des politischen Privilegs unternehmen, das vermag sich nur die Partei gestatten, deren Dasein auf einem Vorrecht beruht. Mit einem Wort: der gegenwärtige Krieg Ungarns ist nicht bloß ein Kampf für die Unabhängigkeit des Staates, wenn natürlich ihn diese Idee auch erfüllt, sondern er ist ebenso eine Wirkung des

Klassencharakters des ungarischen Parlaments, das Produkt eines wahrhaft infernalisches Wahlrechts, das den herrschenden Klassen ermöglicht, ihren Chauvinismus ungehemmt durch Gegenkräfte auszutoben. Es wäre nützlich, auch diese Seite der ungarischen Kämpfe im Auge zu behalten, denn es ist nicht zu leugnen, daß die Tatsache, daß der Krieg der Ungarn gegen den mit Recht verhassten Wiener Hof geht, das Urteil über das Wesen der magyarisches Forderungen und ihrer Wortführer oft und auch von Sozialdemokraten bedenklich trübt.

Zum Glück bemüht sich die Koalition selbst, der Welt die Aufklärung über die eigentliche Natur der Verhältnisse des „Willens der Nation“ ganz bildlich zu vermitteln. Sie steht, durch das Eingreifen der Regierung Fejervarhs und insbesondere durch die energische aller Anerkennung wertigen Agitation der Sozialdemokraten, die hier die Wortführer der rechtlosen Klasse in Ungarn sind, vor der Frage der Wahlreform, und nun gewährt man das seltsame Schauspiel, daß die Partei, die ihren Anspruch darauf gründet, den Willen der Nation, also aller in Ungarn lebenden Menschen auszubilden, dem Ausdruck dieses Willens im Wahlrecht beharrlich widerstrebt! Die Propheten des Nationalwillens entpuppen sich als vulgäre Massenparteien, denen ihr politischer Bestehstand über alles geht und die nichts so sehr zu befürchten scheinen als die Mitwirkung der breiten Massen bei der Bildung dieses Willens, dem sie angeblich die Erfüllung sichern wollen. Das Schauspiel ist seltsam, denn wenn wir auch in dem gesamten Europa die Besthenden Klassen überall verstoßen oder offen das allgemeine und gleiche Wahlrecht hassen sehen, so sind die Gegner eben überall nur Parteien — nur politische, die nicht beanspruchen etwas anderes zu sein als eben die Vertretung bestimmter Volksklassen und Volksschichten. Seltsam wird diese Gegnerschaft erst dann, wenn die Verhinderung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts von einer Partei erfolgt, die den Anspruch erhebt, die Vertretung der Nation zu sein, und aus diesem Anspruch die Forderung erhebt, die schrankenlose Herrschaft im Staate zu besitzen. Die Fiktion, daß der ungarische Reichstag die Vertretung Ungarns, die seiner gesamten Bevölkerung ist, ist die Grundlage der Herrschaft der Magyaren im Lande, die Grundlage ihrer Stellung gegenüber der Krone und nicht zum geringsten gegenüber Oesterreich. Mehr als eine Fiktion war es natürlich niemals, aber es ist in der Politik ein großer Unterschied, ob eine Rechtsituation nur bei kritischer Prüfung als eine Lüge erkannt, oder ob sie als Lüge unmittelbar empfunden wird. Und das ist die Ernte dieses Sommers: jene Fiktion ist nun als unverschrämte Lüge, als dreiste Annahme entlarvt worden und mit seiner Enttarnung ist das Prestige des Reichstages, ist insbesondere das Ansehen der Koalition, von der man erwartet hatte, daß sie die Fiktion endlich zur Wahrheit machen werde, deren Weigerung also ihre politische Qualität entschleierte hat, unwiederbringlich verloren gegangen. Daß die Koalition, welche alle parlamentarischen Hilfsmittel ihr eigen nennt, auch heute über die formelle Macht verfügt, ist wahr; nicht minder wahr ist es aber, daß die sachliche Grundlage ihrer Macht, eben jene Vertretung, ins Schwanken geraten ist.

Was also Habsburg tun kann, ist nichts anderes als die alte Weise: den Acheron zu bewegen. Jene „Nation“ ist schon nach dem Sprachgebrauch der ungarischen Gesetze allein der magyarisches Stamm; die Krone kann sich also an die „Nationalitäten“ wenden, um die Macht des herrschenden Herrenvolkes zu schwächen, indem sie die heute an die Wand gedrückten Völkergassen zur Mitentscheidung beruft. Aber jene „Nation“ ist auch nicht das Volk der Magyaren, ist nur eine lächerlich schwache Schicht der Besitzenden innerhalb desselben. Von 20 Millionen ungarischer Staatsbürger besitzt kaum eine Million das Wahlrecht (der berühmte Nationalwille dürfte sich insgesamt auf etwa 300 000 Wähler, etwa so viel als es sozialdemokratische Wähler in der Stadt Berlin gibt, stützen); die Rechtlosen sind also in Ungarn nicht etwa bloß die Arbeiter, sondern an 2/3 Millionen den bürgerlichen Klassen angehöriger erwachsener Männer sind politisch rechtlos! Es scheint nun natürlich ein seltsamer Einfall der Krone, die Interessen der Dynastie mittels des allgemeinen Wahlrechts, das noch in der ganzen Welt radikalstierend wirkt, zu verteidigen, aber der Einfall ist nicht seltsamer, als es alle zäjaristische Politik scheint. Keinem Zweifel unterliegt es, daß die breiten Volksmassen, daß insbesondere die nicht magyarisches Völker in Ungarn heute ganz andere Sorgen haben als die chauvinistischen Verfügenheiten des magyarisches Adels und der ihm verbündeten städtischen Bourgeoisie; und ganz selbstverständlich ist es also, daß sich ein Reichstag aus allgemeinem und gleichem Wahlrecht dem Sport der nur chauvinistischen Politik nicht hingeben würde, daß vielmehr die Entfesselung aller Volkskräfte Fragen und Probleme auf die Tagesordnung bringen würde, die fernab von der 68en Staatsrechtleri liegen, die heute der ausschließliche Inhalt der ungarischen Politik ist. Man darf doch nicht vergessen, daß Ungarn in allem und jedem so ziemlich das Widerspiel Norwegens ist, daß es seine sozialen und wirtschaftlichen Schulden seit einem Menschenalter nicht gezahlt hat, die Verpflichtungen des Reichstages also riesengroß angewachsen sind. Daß diese Rücksichtigkeit wieder nur eine Folge der Notwendigkeit war, zuerst den Kampf um die staatliche Selbstständigkeit führen zu müssen, ist natürlich auch wahr, aber unverkennbar ist jetzt der Punkt erreicht, wo die sozialen Tendenzen über die staatsrechtliche Bewegung die Vorderhand gewinnen würden, wenn sie das Wahlsystem nicht künstlich zurückdrängen würde. Was also eine zweifellose Wahrheit ist, ist die Tatsache, daß ein Reichstag aus allgemeinem und gleichem Recht ein anderes Parlament wäre, als dieser Reichstag, der das Produkt des engstirnigen Genies und der elendesten Wahlkorruption ist. Daß bei dieser Veränderung auch die Krone profi-

tieren kann, indem die Tendenzen gegen die Großmacht geschwächt werden, wenn in das Parlament der Klassenkampf seinen Einzug hält, ist also eine Annahme, der Logik und Verstand nicht abgesprochen werden kann. Einen schlechteren Reichstag — bei ihrem Standpunkte — kann die Krone nicht finden, als den Reichstag der Grafen und Advokaten.

Aber wenn auch die objektive Möglichkeit der zäjaristischen Politik vorhanden sein mag, ist deshalb auch ihre subjektive gegeben? Dabei ist natürlich nicht von einer Ostrokyierung des allgemeinen Wahlrechts die Rede, die in Ungarn schon deshalb nicht gewagt werden kann, weil ihre unerlässliche Voraussetzung, der Wegfall der Verwaltung, fehlt, sondern von der Entschlossenheit einer Politik, die einen Gesetzentwurf einbringt und die Kräfte der Rechtlosen für seine Durchföhrung entfesselt. Aber ist diese Politik von Habsburgern zu erwarten, deren geschichtliche Tradition ist, die Volksmassen wie die Pest zu scheuen und deren abgehauste Hausmachtspolitik eben darin besteht, sich die Respektierung ihrer Interessen mit politischen Privilegien zu erkaufen? Die Träger dieses Zäjarismus waren der alte Kaiser und sein Trabantengeneral — wahrlich keine Leute, von denen zu erwarten wäre, daß ihnen die Gestaltung der Zukunft wichtiger erscheinen könnte, als das gesicherte Kompromiß des Augenblicks. Der Baron Fejervarh ist seit gestern in Wien und heute soll in der Habsburg entschieden werden, ob der Krieg gegen die Koalition begonnen oder der Versuch zu einem Ausgleich noch einmal unternommen werden wird. Für einen Kompromiß sind nämlich die Aussichten jetzt günstiger denn je; dafür, daß die Herren von der Koalition zum Einlenken sehr gern bereit wären, liegen deutliche Anzeichen vor. Die Wahlrechtsbewegung der Sozialdemokraten, mit der die Regierung Fejervarhs offensichtlich isoliert, hat die Willenspropheten so eingeschüchert, daß sie das Geschick, für den Verzicht der Krone auf Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts auf ihre Forderung nach der magyarisches Kommandosprache zu verzichten, sofort abschließen würden, wobei ihnen die Krone die Entlassung Fejervarhs als Zugabe anbieten könnte und, wenn der Handel ins Gleiche kommt, natürlich auch anbieten wird. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Konflikt ziemlich so auslaufen wird — was jedenfalls den unschätzbaren Vorteil hat, daß beide Teile, Habsburg und Kofurh, nach ihrer sittlichen und Verstandesqualität nicht mehr verurteilt werden könnten. Ein Mann allerdings scheint in Ungarn zu leben, der die Sachlage vollständig durchblickt und sogar die letzten Konsequenzen sieht. Das ist der Minister des Innern Josef Christoffh, der vor seiner Ernennung ein unbemerkter Obergespan war und Minister nur geworden ist, weil sich zu dem Geschäft des Mitglied eines unparlamentarischen Kabinetts nur wenige Leute angeboten haben. Aber dieser vorher ganz unbekannt Mensch scheint weiter zu denken, als es in Ungarn üblich ist. Er kandidiert jetzt für den Reichstag und hat gestern vor seinen Wählern eine Rede gehalten, die ein so eminentes, durchschlagendes, überzeugtes und überzeugendes Plaidoyer für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ist, wie es niemals gesprochen worden ist. Ein Minister, der in seinem Programm sagt: „Keine Fahne hat die Aufschrift der heiligen Sache: das allgemeine Wahlrecht“ und der seine Kandidatenrede mit dem Aufschrei schließt: „es lebe das allgemeine Wahlrecht“, der ist zweifellos eine merkwürdige, interessante und bedeutungsvolle Erscheinung.

Wie immer über die augenblicklichen Fragen entschieden werden wird, das Problem der Umwandlung des ungarischen Reichstages wird nicht verschwinden und gelöst werden muß. Damit beginnt aber eine neue Epoche für Ungarn und dadurch auch für Oesterreich und die dualistische Monarchie. Neue Kräfte treten auf den Plan, und dann wird sich entscheiden, was lebensfähig ist in Oesterreich-Ungarn, was dem Tode verfallen. Aber die Entscheidung werden in Oesterreich wie in Ungarn nicht die privilegierten Parlamente sprechen. Sie wird erst fallen, wenn die Völker selbst zur Antwort berufen sein werden.

Kabinettskrise in Ungarn.

Wien, 11. September. In dem gestrigen Ministerrat, in dem der Kaiser den Vorhich führte und Goluchowski, Fejervarh und Gautsch zugegen waren, ergab sich als die Hauptschwierigkeit, daß der Kaiser keine Zustimmung dazu verweigerte, daß dem ungarischen Reichstag bei der Eröffnung am 15. September unter den Vorlagen auch die Wahlreform auf Grund des allgemeinen Wahlrechts vorgelegt werde. Fejervarh reiste deshalb gestern abend nach Budapest, um hierüber einen Ministerrat des ungarischen Ministeriums abzuhalten. Er kehrt noch heute abend nach Wien zurück. Man glaubt aber, daß er dem Kaiser die Demission des Gesamtministeriums überbringen wird. Die meisten Blätter besprechen das Resultat des gestrigen Kronrates sehr pessimistisch. Das neueste Hindernis soll tatsächlich die Wahlreform bilden, an welcher von österreichischer Seite Änderungen verlangt werden. Ueber diese Änderungen wurde in einem heute hier stattgehabten Ministerrat konferiert. Falls die ungarische Regierung diesen Änderungen zustimmt, dann erhält Fejervarh die Zustimmung der Krone zu seinem Programm. Wenn nicht, dann steht die Demission des Kabinetts unmittelbar bevor. Ueber all dies wird in der morgigen neuerlichen Audienz Fejervarhs beim Kaiser die Entscheidung fallen.

Aus der Rede des Ministers Christoffu

Bei noch folgende interessante Stelle nachgetragen:
 Der Minister behandelte dann die angebliche Gefahr, die das Land von den Sozialisten bedroht, und führt Folgende dafür an, daß das Erscheinen der Sozialisten auf dem politischen Kampfplatz nicht, wie man behauptet, die Zerpaltung des Parlamentarismus bedeute, sondern vielmehr würden die gesellschaftlichen Rahmen gesprengt, wenn die

Sozialisten noch lange außerhalb des Parlaments verbleiben müßten. Man beschuldigt gern die Sozialdemokraten, daß sie revolutionäre Absichten haben. Diese falsche Ansicht entsteht auf folgende Weise: Die berechtigteste politische Forderung wendet auch revolutionäre Mittel an, wenn sie mit Gewalt von dem Parlament ausgeschlossen wird. Andererseits wendet die revolutionäre Forderung legale Mittel an, wenn ihr die Tore des Parlaments eröffnet werden. Durch Einführung des allgemeinen Wahlrechts wird die bürgerliche Gesellschaft eher bevorzugt. Es wird aber auch andererseits ein natürlicher Abfluß für die soziale Unzufriedenheit und für die Revolution, die auszubrechen droht, geschaffen sein.

Vergebens versucht man mich durch den Antrag auf Vergebung in den Anklagezustand zu terrorisieren. Mein Gewissen ist ruhig und keine Verdächtigung wird mich vom Wege der vernünftigen und besonnenen Ueberzeugung ablenken. Zu diesem erhebenden Kampfe erbitte ich Ihre Vertrauen. Meine Fahne hat die Aufschrift der heiligen Sache: des allgemeinen Wahlrechtes. Verleihen Sie mir die Kraft, verleihen Sie mir das Vertrauen, diese Fahne voranzutragen, welche ich unter allen Umständen rein erhalten in Ihre Hände zurücklegen werde. Es lebe das allgemeine Wahlrecht!

Die letzten Stunden Kasprzaks.

Die telegraphische Meldung unseres Parteivorstandes an die Regierung des Fürsten v. Wilow, daß sie ihren Pflichten nachkomme und die Rechte eines deutschen Staatsbürgers im Auslande wahrer, kam, wie unsere Leser aus dem Privattelegramm des „Vorwärts“ wissen, in die Hände der Adressaten, als der Leichnam des Opfers der Jarenshergen bereits alt war. Dies ändert freilich nichts an der verdamnten Pflicht und Schuldigkeit der Reichsregierung, der Sache nachzuforschen und von der „befreundeten“ Anklagebehörde nachzufragen zu fordern für die Rechtsüberzeugung an einen deutschen Staatsangehörigen. Tatsache bleibt, daß dem Genossen Kasprzak das letzte Rechtsmittel: das der Kassation, gewaltsam abgeschnitten wurde durch einen eigenmächtigen Gewaltstreich des Warschauer General-Gouverneurs, der sich auf den in Warschau verhängten Belagerungszustand stützte. Aber abgesehen von der Frage, ob der Belagerungszustand überhaupt die Verweigerung von Rechtsmitteln auch im kassatischen Sinne „gesetzlich“ rechtfertigt, ist der Umstand ausschlaggebend, auf den wir gleich hingewiesen haben, nämlich, daß die Tat Kasprzaks, für die er nun am Galgen gebüht hat, vor der Verhängung des Belagerungszustandes geschehen ist. Hiermit war die Verweigerung des Rechtsmittels der Kassation an Kasprzak sogar vom Standpunkte der kassatischen Gesetzesauslegung ein flagranter Rechtsbruch, ein Gewaltstreich von asiatischer Barbarei. Daß wir in unserer Auffassung durchaus nicht fehlgehen, dafür bürgt in diesem Falle ein gewiß ganz unverdächtig Kronzeuge, nämlich kein anderer als — der Herr zarische Staatsanwalt selbst. Dieser Herr, unzufrieden mit dem Urteil für den anderen Mitangeklagten, Genossen Guchmann, dem er, statt der 15 Jahre Zwangsarbeit in Sibirien, um jeden Preis gleichfalls zum Galgen verurteilt wollte, hatte gleichzeitig mit der Verteidigung auch seinerseits die Kassationsklage eingelegt. Somit war auch der Staatsanwalt der Ansicht, daß das Rechtsmittel der Kassation offen stehe — selbstverständlich für beide Parteien. So bleibt also die Verweigerung des Rechtsmittels an einen deutschen Staatsangehörigen im Anklagebereich unstrittbare Tatsache, und wir erwarten nun die entsprechende Sühnaktion der Reichsregierung zum Schutze des gemordeten Deutschen im Auslande, — auch wenn das Ausland zufällig nicht Klatschou, sondern im benachbarten russisch-polen Regt. Wohlgerne empfängt sogar die bürgerliche Presse die Verantwortlichkeit des Fürsten v. Wilow in diesem Falle: das „Verl. Tageblatt“ hat beim Abdruck der von den Genossen Auer, Gerich, Pfannluch, Mollenhuth und Singer abgeschickten Depesche bemerkt, daß ungeachtet der inzwischen stattgefundenen Hinrichtung Kasprzaks die Regierung die Pflicht habe, dem Fall nachzuforschen.

Wie es nun gekommen ist, daß für die Rettung des sogar ohne formell rechtskräftigen Urteilspruch gemordeten Opfers der zarischen „Justiz“ die Intervention unseres Parteivorstandes zu spät kam, darüber erhalten wir aus Warschau folgende Erklärungen:

Warschau, 8. September. (Fig. Ver.) Gestern hat uns die „Justiz“ der Anklage zum Abschluß auch noch eine blutige Ueberzählung bereitet: die Rechtsanwältin erhalten plötzlich aus der Kanzlei des General-Gouverneurs die Nachricht, daß ihre Kassationsklage, ebenso die des Staatsanwalts, gar nicht nach Petersburg abgeschickt wurde, und zwar unter Berufung auf den in Warschau verhängten Kriegszustand! Da die Tat Kasprzaks vor der Verhängung desselben stattgefunden hatte, so kamen die Verteidiger überhaupt nicht auf den Gedanken von der Möglichkeit eines solchen Gewaltstreichs, und die Nachricht war ein Schlag vor den Kopf. Aber das Beste dabei ist: man wartete mit der Benachrichtigung über die Nichtabsendung der Kassationsklage fast eine volle Woche — das Urteil war am 1. d. M. ergangen und die Revision wurde sofort eingelegt — damit inzwischen die Zeit verstreicht und keine Möglichkeit mehr bleibt, überhaupt den eigenmächtigen Schritt des General-Gouverneurs anzufechten! Selbstverständlich handelte der heilige Kascha nicht aus freien Stücken, sondern wiederum nach streifen Weisungen „von oben“ — „so gut als wie vom Zaren selbst“, wie der Staatsanwalt aus der Schule gepäubert hatte. Und das Geheimnis ist sehr leicht erklärlich: Die von der Verteidigung eingelegte Revisionsklage war so reichlich und so unerschütterlich, unaussprechbar mit einer ganzen Reihe schreiender, rein prozessualischer Verstöße begründet, daß eine glatte Abweisung dieser Klage durch irgend einen Berichtshof, und wäre er nicht in Petersburg, sondern in der Hauptstadt der Wotokuden oder eines beliebigen wilden Landes domiziliert, rein undenkbar war. Die Wiederaufnahme des Verfahrens schien unabwendbar. Und dem galt es nun für die Regierung vorzubeugen um jeden Preis. Nun — der Preis eines schreienden Rechtsbruchs, einer unerhörten, gewaltsamen Rechtsüberzeugung war den Anklagebehörden nicht zu groß: die Klage wurde einfach nicht abgeschickt und dieses Vorhaben bis zum letzten Augenblick verheimlicht. Wie nachher festgestellt werden konnte, wurden gleichzeitig mit der Benachrichtigung der Rechtsanwältin vom Schicksal ihrer Revisionsklage bereits die schauerlichen Vorbereitungen zu dem Martyrium Kasprzaks getroffen.

Aber damit immer noch nicht genug, der Gewaltstreich sollte noch verdoppelt werden. Gestern nachmittag erfuhren wir, daß die Frau Kasprzaks, — ein noch ganz junges und an der Parteibewegung unbeteiligtes Weib — von Gram fast zur Verwirrungslosigkeit gebracht, auf die Nachricht hin von der Verweigerung der Kassationsklage auf eigene Hand eine lange Depesche nach Petersburg an das Zarenpaar schickte, mit der Bitte um Vergnügung ihres Mannes. Hiermit war nach der Annahme der Verteidigung jedenfalls eine Frist von 48 Stunden gewonnen, denn die Frist bis zur Beantwortung eines Vergnügungsgesuches ist gesetzlich vorgesehen, wird doch dieses Gesuch von der Prozedurordnung jedes Landes als ein

gesetzliches Rechtsmittel betrachtet. Auf die Bitte der unglücklichen Frau beschränkte sich nun gestern der Rechtsanwalt Giaz nach der Kanzlei des General-Gouverneurs, um formell die Mitteilung von der Absendung des Vergnügungsgesuches zu machen und die entsprechende Hinausschiebung der Hinrichtung zu fordern, bis aus Petersburg die Antwort eintrifft. Trotzdem erfuhr der Verteidiger um 10 Uhr abends, daß bereits alles für die Exekution fertig gestellt ist. Um 12 1/2 Uhr nachts telegraphiert er nochmals persönlich nach dem Palais des General-Gouverneurs. Und heute erfahren wir, daß trotz all dieser gesetzlichen Schritte, trotz des abgesandten Vergnügungsgesuches, heute um 8 Uhr früh Kasprzak heimlich in aller Eile hingerichtet worden ist! Und seine Frau wurde nicht einmal davon benachrichtigt! Man hat dem menschlichen Gemordeten nicht einmal den üblichen Abschiedsbesuch der allernächsten Verwandten — der Frau und des einzigen Sohnes — gewährt! . . . In Eile, bei Tagesanbruch, nur von dem verhassten Anblick der Gendarmen bis zuletzt umgeben, mußte der Tapfere das Gericht besteigen, von dem ihn dann Gendarmenhande als kalten Leichnam herunterholten. . .

Ueber den wahrhaft heldenhaften Tod Martin Kasprzaks erhalten wir folgenden Einzelheiten:

Warschau, 9. September. (Fig. Ver.) Ueber die letzten Augenblicke Kasprzaks ist es doch gelungen, näheres zu erfahren und zwar von dem Geistlichen, der, wie üblich, von den Sargen dem Opfer noch wie zur Verhöhnung der letzten Augenblicke in die Zelle geschickt wurde, damit er seine Sünden gegen den Zaren beichte. . . Es war dies der Pfarrer Biski, der nachher der Frau Kasprzaks von seinem Besuche erzählte. „Was sich der Mann dachte, erzählt der Geistliche wirklich, begreife ich nicht. Statt mit Nahrung, hat er mich fast mit Hohn im Gesicht empfangen. Und als ich anfing, Gebete für ihn zu lesen, und er an zu singen, zu preisen, sich laut zu sonntagen und zeigte mir in jeder Weise, daß ich ihm lästig sei, um mich aus der Zelle hinauszusetzen. Erst als man ihm das Leichenhemd angezogen hatte, wurde er plötzlich verklärt, sein Gesicht wurde ruhig und hell, sein Blick leuchtend. So behielt er auch, mit verklärtem Gesicht und in aufrechter Haltung, ruhig das Gesicht.“

Warschau, 9. September. (Fig. Ver.) Gestern hat das Warschauer Komitee der Sozialdemokratie Polens und Litauens aus Anlaß der Hinrichtung Kasprzaks ein kurzes Flugblatt verbreitet, in dem es zu Ehren Kasprzaks für Montag, den 11., in Warschau den Generalkrieg proklamiert.

Ein Telegramm des „L.-A.“ meldet: Warschau, 11. September. Heute früh 9 Uhr wurde in allen Fabriken die Arbeit eingestellt. In den Arbeiterquartieren geht es lebhaft zu, die Menge verhält sich aber ruhig. Starke Militärpatrouillen bewachen die Fabriken. Der Streik wurde inszeniert wegen der Hinrichtung Kasprzaks.

Der Warschauer Korrespondent des „L.-A.“ telegraphiert seinem Blatt über die letzte Stunde Kasprzaks:

Um 5 Uhr morgens begab sich der Militärgeistliche in die Zelle des zum Tode Verurteilten, den er trösten wollte; Kasprzak empfing ihn jedoch mit dem Lied von der „Noien Fahne“. Später kam ein maskierter Henker, der ihm das Totenhemd anlegte und die Hände fesselte. Kasprzak, welchen die 13-jährige Kerkerhaft physisch gebrochen hat, sah aus wie ein Mann von mehr als 60 Jahren, obwohl er erst 46 zählte. Als er seinen letzten Gang antreten sollte, richtete er sich hoch auf und schritt klaren Auges in ruhiger und lähner Haltung zum Hinrichtungsplatz, der von Militär und Gendarmen umgeben war; beim Besteigen des Galgens stolperte der Verurteilte. Als ihm der Henker den Saß über den Kopf schloß, rief Kasprzak mit leiser, aber deutlich vernehmbarer Stimme: „Es lebe die Revolution!“ Dann ergab er sich ruhig in sein Schicksal. Der General-Gouverneur, Generalleutnant Skalon, hatte nicht nur dem Verteidiger Kasprzaks, sondern auch dessen Frau und Sohn den Zutritt zu ihm verweigert; es wurde ihm nicht gestattet, von seinen Angehörigen Abschied zu nehmen.

Ferner wird aus Warschau gemeldet: Der Wägbige Schuhmacherselle Abraham Chmielniski, der im Juni auf der Straße eines Infanteristen durch Messerschnitte verwundet, wurde vom Kriegsgericht zum Tode durch den Strang verurteilt. Auch in diesem Falle wurde das Kassationsgesuch vom General-Gouverneur abgelehnt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. September.
Klassenkampf in der Aristokratie.

Eine Kriegserklärung gegen das industriell versuchte Magnatenium bringt das „Deutsche Adelsblatt“. Von der Erscheinung ausgehend, daß sich gerade der reichste Adel nicht in der Adelsgenossenschaft organisiert hat, werden diese Kaufheime wie folgt als Frevler gegen das sozialaristokratische Prinzip gekennzeichnet:

„Ein Aristokrat, der im Kampfe des Tages in den Reihen der Parteigänger der Frevler steht, der mit den Korymben der Würde und des Hochsitzes um allerlei Opportunitäten willen liebäugelt, verrät seine eigene Sache, so glanzvolle Standesattribute ihn auch schmücken mögen.“

Der ganze von den industriellen Tendenzen gereinigte Adel müßte sich zusammenschließen:

In einem solchen Ritterorden, dessen Ziele aller Welt frei vor Augen lägen, könnte der gefährdeten Gesellschaftsordnung, dem christlich-monarchischen Staat und dem Königtum von Gottes Gnaden die schneidigste Wehr entgegen. Der hohe Adel hat wahrlich keinerlei Ursache, der bisher wesentlich vom Kleinadel geförderten Reformbewegung mit Mißtrauen und einer bis auf spärliche Ausnahmen so offensichtlichen Reserve zu begegnen. Es sind wunderliche Tendenzen, die vielfach im Kreise unierer Magnaten vorherrschen. Man sollte fast meinen, sie gipfeln im Sport, im Rennspiel, im Automobilsport. In Anlehnung an die Tagesmode, in Konfessionen an die „öffentliche Meinung“ und damit nur allzu oft an links gerichtete Strömungen, die geistig und politisch dem Liberalismus zuführen, scheint so manches Glied der hohen und höchsten Aristokratie alles Heil der Gegenwart zu suchen. . . . Treibt hierzu eine Umbildung der Schale, die der eigene Grund und Boden gewährt, eine industrielle Wirksamkeit nach Art der Fürsten des Hochsitzes, so deutet sich das Gesamtbild eines derartigen Magnaten nahezu völlig mit dem Typ des Finanz- und Waffensinherrschers. Dann kann man es allerdings erleben, diese beiden Gesellschaftsgruppen auf völlig parallelen Bahnen wandeln zu sehen. Haben wir es doch in der Grönderzeit fastfam erfahren, daß die Namen der edelsten Geschlechter in enger Genossenschaft mit denen der jüdischen Geldwechsler auf den von der Börse langierten Prospekten prangten. Wie lichtvoll erscheint gegenüber den Schattenreichen, in denen sich die Zeichnung des entgleiten modernsten Aristokraten darstellt, die Charaktergestalt eines rechten und echten, von dem erhebenden

Gedanken seines sozialaristokratischen Berufes getragenen großen Herrn!

Die Nichtgestalten der echten Aristokratie, die ihre christliche Weltanschauung durch Brot- und Fleischwucher mästen, scheinen die großkapitalistisch-industriellen Landnabobs als Konkurrenten in der Hinstüt zu fürchten, daß diese als Interessenten des Industriestaates und der Ausbeutung der Industrieproletarier nicht mehr allein auf den Lebensmittlwucher angewiesen sind, vielleicht sogar zu freihändlerischen Tendenzen gelangen.

In diesen pathetischen Behauptungen der echten Ritter vom Brot- und Fleischwucher über die „entgleiten“ Kompagnons jüdischer Geldwechsler und arischer Schlotmillionäre steckt also die Manifestation des reinen agrarischen Grundrenten- und Konsumentenausbeuters gegen den industriellen Mehrwertfabrikanten. Und alles dies im Namen des Christentums, der Monarchie und der Ordnung! —

Die Karriere zur Abhilfe der Fleischnot. Fürst Wilow hat sich plötzlich ins Hoflager nach Koblenz begeben. Um entscheidende und radikale Abhilfe der Fleischnot darzutun? Das offiziöse Telegraphenbureau meldet, Fürst Wilow habe den Charakter als Generalmajor erhalten und beim Parademarsch das Königs-Kaufmannregiment bei Wilhelm II. vorbeigeführt.

Da diese Charaktererhöhung gerade in die gegenwärtige Zeit fällt, glauben wir vermuten zu können, wie Fürst Wilow sich die Zünderung des furchtbaren Notstandes denkt. God ist Generalleutnant, also immer noch militärischer Vorgesetzter des Kanzlers. Wilow hofft nun bald über den Generalleutnant kommandierender General zu werden, und dann ist der große Augenblick gekommen, wo Wilow einfach kraft seiner Kommandogewalt dem Generalleutnant Pobjelski befehlen kann, die Grenzen für Schweine und Rindvieh zu öffnen.

Das deutsche Proletariat hungere erwartungsvoll diesem erhabenen Moment entgegen. —

In den Wahlen in Schwarzburg-Rudolstadt wird uns in Ergänzung unserer Ausführungen in der vorigen Nummer gefächelt:

Als es bei den Landtagswahlen im Jahre 1902 der Sozialdemokratie gelang, von den überhaupt vorhandenen 16 Sitzen 7 zu erobern, da war man im gegnerischen Lager vollständig darüber einig, daß dieser Erfolg lediglich auf das neue Einkommensteuer-Gesetz zurückzuführen sei. Dieses verlangt nämlich schon bei 1500 Mark Einkommen Deklaration, während es auch die niedrigsten Einkommen mit Steuern belegt. Zweifellos hat das Gesetz damals etwas zu den Wählerfolgen unserer Partei beigetragen, aber doch längst nicht in dem Maße, als die für ihre Niederlage einen Grund suchenden Gegner sich gern einredeten. Beweis dafür ist, daß in diesem Jahre das Einkommensteuer-Gesetz bei der Wahlaktion eine äußerst untergeordnete Rolle spielte und die Wählerfolge sowohl in bezug auf die Vermehrung der Mandate als auch insbesondere in bezug auf die Erhöhung der Zahl der abgegebenen Stimmen, jene vom Jahre 1902 bei weitem übertrafen. Demals 4048 Stimmen und 7 Mandate, diesmal 5778 Stimmen (42 Proz. Vermehrung) und 8 Mandate; außerdem stehen wir noch in zwei Kreisen in Stichwahl, von denen die eine, im Kreise Stadtilm, sehr aussichtslos ist (Genosse Scholl 444, zwei Gegner zusammen 482 Stimmen), die andere, im Blankenburger Kreise, vollständig aussichtslos ist (Genosse Wünsche 263, vier Gegner zusammen 712 Stimmen). Unter den acht eroberten Mandaten sind zwei Doppelmandate enthalten, da Genosse Winter sowohl in Schlotheim als auch in Frankenhäusen, und Genosse Hartmann in Rudolstadt-West und in Oberweißbach gewählt ist. Die Radwahlen sind für uns jedoch absolut sicher, denn Frankenhäusen-Stadt ist unsere alte Domäne, die seit 1887 stets einen sozialdemokratischen Vertreter entsandte, und Oberweißbach hatte eine Mehrheit von 208 Stimmen. Am beträchtlichsten war unsere Stimmenzunahme im Landratsamtsbezirk Rudolstadt (fünf Wahlkreise) mit 71 Proz., alsdann folgt das Landratsamt Königsee (vier Wahlkreise) mit 33 Proz. und das Landratsamt Frankenhäusen mit 26 1/2 Proz. Die Gegner sind, wie dies auch die „liberale“ „Rudolstädter Zeitung“ zugibt, verblüfft durch unsere Erfolge; die Jede hat allein der Liberalismus zu tragen. Das schmerzt umso mehr, als die „Honorigen“ durch einfache Arbeiter verdrängt wurden. Anstatt der Mandate und Bürgermeister, die vor noch vier Jahren das Gros des Landtages ausmachten, senden wir zwei Tischler, einen Korbmacher, einen Konsumvereinskassierer, einen Porzellanformer und zwei Knopfmacher in das Parlament, und glückt es in der Stadtilmer Stichwahl, so wird sich diesen noch ein Gerber anschließen.

Mit Interesse darf man der demnächst beginnenden Tagung des Landtages entgegensehen, da unsere Genossen das Schicksal aller Beratungsgegenstände und des Stats bestimmen können. Voraussetzlich dürfte es bald zu einer Auflösung des Landtages und zu Neuwahlen kommen; daß diese aber eine andere Landtagszusammensetzung bringen werden, daran glaubt kein Mensch. So wäre denn der Landtag des kleinen Schwarzburg-Rudolstadt (das ganze Land hat 95 000 Einwohner) das erste deutsche Landesparlament, in dem die Sozialdemokratie eine in jedem Falle ausschlaggebende Stellung einnimmt. Was sich jetzt abspielt und was in den Wahlergebnissen zum Ausdruck kommt, das ist die Quittung einer aufgewachten Arbeiterklasse für die Schikanen und Drangsalierungen in früheren Jahren. Der alte Landtagsbeschluss, daß „Arbeitervereine a. u. b. durch verboten sind“, galt in Schwarzburg-Rudolstadt noch bis vor vier Jahren, und da Landratsämter und Ministerium gemeinsam die Auffassung hatten, daß jede Arbeiterversammlung „quasi“ einen Arbeiterverein darstelle, da eine Versammlung nur durch die Vereinigung vieler entstehe“, so vergingen oft Jahre, ehe wir wieder einmal eine Versammlung erlaubt bekamen; insbesondere war es unser Reichstags-Abgeordneter A. Hofmann, der früher einmal infolge Uffas des Landrats Berner in bezug auf Versammlungstätigkeit für lange Zeit aus dem Landratsamt Königsee „ausgesperzt“ war. Jedenfalls darf man gespannt sein, ob die heutige Regierung (Minister v. d. Rede) versteht, sich in die veränderten Verhältnisse zu finden. Die Erfolge in Schwarzburg-Rudolstadt aber dürfen wohl von jedem Genossen als ein Zeichen betrachtet werden, daß es vorwärts geht und daß die Entwicklung und die Macht der Verhältnisse stärker sind als selbst die stärkste Reaktion. —

Zur Wahl in Thorn-Kulm.

Es wird uns gefächelt: Der Ausfall der Reichstags-Erwahl Thorn-Kulm-Briesen veranlaßt die halaktische Volkspresse zu postfaktischen Freudenstößen. Ein „beisider“ Sieg ersten Ranges und besonders die „soziale Vankrotterklärung der Sozialdemokratie“ soll das Resultat des 7. September sein. Wir haben nicht die geringste Bekanntschaft, und gegen das Wahlergebnis etwa blind zu stellen. Der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen von 998, die wir 1902 erhielten, auf jetzt 400 ist sicher nicht erfreulich. Aber eine im geistigen Ringen mit den Gegnern erlittene Schlappe stellt dieser Ausgang zweifellos nicht dar. Ein christlicher Kampf um die politische Ueberzeugung ist ja im Wahlsitz und besonders seitens der teutschen Sozialisten überhaupt nicht geführt worden. Der schließlich mit Ach und Krach als brotwuchernder Nationalretter erkorene Regierungskandidat Landdirektor Ortel lehnte jede politische Neuerung

Jogar direkt ab. Ja, der freisinnig-volksparteiliche Landtags-Abgeordnete Müller erklärte eine allgemeine Wählerversammlung für Thoren für völlig unnötig, weil es hier gar nicht auf die Politik, sondern nur auf den Mann ankomme! Und so beschränkten sich denn die vereinigten germanischen Nationalhelden darauf, für den Regierungskandidat Ortel und das erhabene Ostmarken-Evangelium mit der daunistischen Heppigkeit in der strapellosten Weise Stimmzettel zusammen zu reißen! Man verfuhr reichlich nach dem Rezept des „Glaubensgenossen“, der nach der Hauptwahl 1903 vielen Wählern ganz öffentlich vorwarf, daß sie „ihre“ Arbeiter nicht zur Wahlurne geführt hätten. Das sei nicht nur ihre Pflicht im „nationalen Interesse“, sondern die „praktische Arbeiterpflicht“ gebiete ein solches „Entgegenkommen“ in erster Linie. Ja, dieses halatistische Spezialreptil entblödete sich damals nicht, in einem „Eingekleideten“ ungeniert zu erzählen, daß ein gewisser Arbeiter den sozialdemokratischen Stimmzettel vor dem Wahllokal mit dem reaktionären vertauscht habe und dieses Beispiel der „Belehrung“ zur Nachachtung zu empfehlen! Hat man vor solchen kleinen Mitteln schon 1903 nicht zurückgeschreckt, so hat man jetzt auf diesem Gebiet, weil man verhindern wollte, daß die Sozialdemokratie wieder die Entscheidung für die Stichwahl erhielt, mit Hochdruck gearbeitet.

Wesentlich ist das Wahlergebnis auch durch den Kandidatenwechsel beeinflusst worden. 1903 kandidierte der damals in Thorn ansässige Genosse Bierreiter, dem jetzt, nachdem erst Morawski ins Auge gefaßt war, der Senener Stremöki folgte. Die Sozialdemokratie hat hier bereits einmal durch den Kandidatenwechsel die Laune des Wahlgüldes zu kosten bekommen. So erhielt der Thorer Genosse Witkeginski 1898 1136 Stimmen, während auf Storch-Stettin, der 1898 kandidierte, nur 435 Stimmen entfielen. Die Kandidatenfrage ist zweifellos in den Kreisen besonders bedeutsam, die bisher nur von der blädesten Rationalitätensbege durchstößt wurden und in denen die Sozialdemokratie mehr als anderswärts noch politischen Urwald zu roden hat.

Einen besonders nachteiligen Einfluss haben auf das Wahlergebnis aber ganz gewiß die besonders jetzt wieder in der Partei mit Wollwampf voraus und oft in sehr wenig genösslichen Formen geführten Debatten zwischen den Genossen gehabt, die doch ein sehr feines Gefühl auch für die Fernwirkung ihrer Differenzen haben sollten. Die Genossen, die so heftig die Parteirettung besorgen, sollten sich doch selbst sagen können, daß diese durchaus unerfreulichen Kämpfe auf dem Rücken derer ausgefochten werden, die an der politischen Kulturgenosse für die Ideale des Sozialismus harte Pionierdienste leisten müssen. Man kann es der halatistischen Reptilienpresse noch gar nicht so sehr verdenken, daß sie die sozialdemokratische Verdrücktheit bis zum Ueberdruß durch entsprechend jervierte „rote Liebenswürdigkeiten“ beleuchtete. Der Ueberreifer mancher Genossen sollte an diesem Wahlausgang also nicht achtlos vorbeigehen.

Trotz all dieser Umstände ist aber am allerwenigsten erfreulich, daß die Stadt Thorn nebst dem Vorort Roder so vollständig enttäuscht. Hier befindet sich das einzige Saallosal des ausgedehnten Wahlkreises. Etwas fünf Gewerkschaften vereinigten fast sämtliche Berufsangehörigen um sich und haben noch in letzter Zeit durch erfolgreiche Streiks Lärre errungen, die ihnen erhebliche Vorteile brachten. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter reicht nahe an 1000 heran. Bei der ausgiebigen Wahlagitatorik hätte eigentlich die Einsicht dieser bereits so erheblich vorgeschrittenen Arbeiterkreise so erweitert werden müssen, daß sie sich der sozialistischen Arbeiterpartei anschließen. Das Gewicht fällt allerdings die Erwägung mancher polnischen, ionst der Sozialdemokratie zugeneigten Kreise, daß sie, um die Stichwahl zu vermeiden, gleich in der Hauptwahl für den sich sehr demokratisch gebendenden Volks-parteiliche Partei stimmten. Die halatistischen Gegner haben aber sicher keinen Grund zu lautem Freudenjubel über ihren Pyrrhus-sieg. Die westpreussischen Genossen werden sich durch das Warnungs-signal des Wahlergebnisses nicht entmutigen lassen. Der ansonsten den Mahnung Thomas-Gorhies: „Arbeiten und nicht verzweifeln“ mit doppelter Kraft nachsetzend, werden sie allen halatistischen zum Trotz schließlich doch beweisen, daß Bestreuhens Proletariat nicht auf ewig verdammt sind, die bebauernswerten Opfer der bodenlos niedrigen Rationalitätsverheerung zu bleiben.

Das heut bekannt gegebene amtliche Wahlergebnis lautet: Bei der am 7. September im 4. Wahlbezirk des Wahlkreises Thorn-Stadt abgehaltenen Reichstagswahl wurden insgesamt 28 811 Stimmen abgegeben. Hiervon erhielt Ortel (nationalliberal), Kandidat in Thorn, 14 833 Stimmen, Stremöki (Sozialdemokrat), Kandidat in Bosen, 468 Stimmen. Zerplittert 2 Stimmen. Gewählt ist mithin Ortel.

„Jung-nationalliberal.“ In Stuttgart hielt der Verband der Vereine der nationalliberalen Jugend am Sonnabend und Sonntag einen Verbandstag ab. Reichstagsabg. Dr. Döttger sprach über nationalliberale Mittelstandspolitik, welche ein großes Zweiteilungsgebilde ist von großkapitalistischen Religionen und zünftlichen Konzeptionen.

Auf Begrüßungsworte des Vorsitzenden Dr. Fischer erwiderte Abg. Wassermann, daß er als Vorsitzender des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei erschienen sei. Die Position mancher der Nationalliberalen nicht wohlgeformter Leute, daß durch die Organisation der Jugend der Partei eine Trennung eintreten werde, sei zu schanden geworden. Als Hauptaufgabe für die kommende parlamentarische Tätigkeit bezeichnete Abg. Wassermann die Frage der Reichsfinanzreform, der Reorganisation der Kolonialverwaltung, „vor allem den Ausbau und die Stärkung unserer jungdeutschen Flotte“. Der Verbandstag nahm darauf gegen eine sehr erhebliche Minderheit einen Antrag auf Erweiterung des Kreises derjenigen Stände an, aus denen die Laienrichter ausgewählt werden. Ein weiterer Antrag, der Annahme fand, fordert die jugendliberalen Vereine auf, sich bis zur nächsten Vertreterversammlung mit der Frage der Reichsfinanzreform, insbesondere der Reichs-Erbzinssteuer und Reichs-Wehrsteuer zu beschäftigen. Darauf beschäftigte sich die Versammlung mit dem Thema „Ultramontanismus und deutsches Geistesleben“, über das als erster Rechtsanwält Rehe-König referierte. Er polemisierte heftig gegen den deutschen Katholikentag und die Forderungen des „Ultramontanismus“, die in der Wiederherstellung des mittelalterlichen katholischen Einheitsstaates gipfelten. Hieraus sprach Oberlehrer Dr. Vogt-Quisburg über die heutige Zentrumspolitik. Insbesondere wandte er sich gegen den Referanzantrag des Zentrums. Unter Zustimmung der Versammlung bezeichnete der Redner es als eine Gefahr, daß das bevorstehende Volksschulunterhaltungs-Gesetz die gesetzliche Festlegung der konfessionellen Volksschule enthalte. Das bedeute eine weitere Stärkung des Zentrums. Die Nationalliberalen müßten die Weiterentwicklung der Schulangelegenheit auf dem Wege der Gleichberechtigung verlangen. Zum Schluß sprach Bäckermeister-Eberfeld über die Kolonialfrage. Redner verlangte nicht weniger als folgendes: 1. Errichtung eines selbständigen Staatssekretariats für die Kolonien, 2. Vermehrung der ständigen Sängtruppe, 3. energischen Ausbau der Eisenbahnen in den Kolonien, 4. umfangreiche Zuzugung der kaufmännischen Elemente namentlich auch in den Konsumstellen. Hinsichtlich der Flotte verlangte Redner: 1. Vermehrung der Auslandskreuzer, 2. daß das Reichsmarineamt Panzerschiffe den Größenverhältnissen der ausländischen Flotten entsprechend ohne Rücksicht auf Zentrum und Sozialdemokratie fordere. Die Versammlung nahm Kenntnis von den Anregungen, stimmte ihnen grundsätzlich zu und empfahl wegen vorgezogener Zeit die einzelnen Themen der Berücksichtigung der einzelnen Vereine.

Das nennt sich verjüngter Nationalliberalismus: Mehr Steiner, mehr Kolonialwahn, viel mehr Flottenrüstung! Das konnten die alten Nationalliberalen auch und man braucht nicht den Schein der Jugend erheucheln.

Ein Kampf um Titel und Uniform. Oberst a. D. Gädle hat ein Schreiben an den Kriegsminister gerichtet, in dem er sich scharf gegen die Ungeheuerlichkeit und Verfassungswidrigkeit der Ehrengerichte gegen verabschiedete Offiziere wendet und anfügt, daß er seinen Oberstitel fortführen werde, obwohl ihm infolge ehrengerichtlichen Spruches durch kaiserliche Entschreibung der Offiziersitel und die Verechtigung zum Tragen der Uniform aberkannt worden ist. „Ich werde“, so schreibt Herr Gädle, „unter allen Umständen zu dem Mittel greifen, durch die Berliner Straßen in Uniform zu fahren, und diese Tatsache alsbald veröffentlicht lassen. Erwinge ich dadurch keine Anklage, so wird die Dummheit und Hilflosigkeit der Militärbehörden vor aller Augen in unbehaltener Klarheit daliegen, und jeder Verabschiedete wird fortan die Beteiligung an einem Ehrengerichte, die zur Farce geworden wäre, lächelnd ablehnen. Ich will gern anerkennen, daß die Behörden in einer schwierigen Lage sind, nachdem man einmal bedauerlicherweise die königliche Autorität engagiert hat, die ich nicht. Was ich verlange, ist darum nicht viel. Euer Erzellenz wollen mich entweder unter Anklage stellen oder in aller Stille veranlassen, daß nach wie vor sämtliche Behörden mir im amtlichen Verkehr, wie in Preußen ohne alle Ausnahme üblich, den ehelich erworbenen Titel weitergeben.“

Die Angelegenheit hat für weitere Kreise nur deshalb Interesse, weil der ehrengerichtliche Spruch gegen Gädle wegen der in bezug auf die persönlichen Ereignisse erfolgten Aenderung erfolgt ist, daß die Offiziere gegen eine vaterlands- und verfassungseindliche Dynastie das Recht der Empörung haben. —

Die Reichstagswahl für den auf der Afrikafahrt verstorbenen Abgeordneten Fries im 2. sachsen-weimarschen Wahlkreis (Eisenach-Deimbach) ist auf den 7. November festgesetzt worden. —

Ein offizielles Dementi

erfährt heute die auch von uns übernommene Mitteilung der „Schleswig-Holst. Volksztg.“ über die budgetwidrige Verwendung von Geldern beim Bau von Unterseebooten durch die „Germania-werft“. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt:

„Das Reichsmarineamt hat niemals der „Germania-werft“ für die früher von dieser vorgenommenen eigenen Versuche auch nur einen Pfennig bezahlt. Die für das Jahr 1905 vom Reichstag für Unterseebootsversuche bewilligte Summe von 1/2 Millionen Mark wird für Versuche mit einem bei der Germania-werft im Auftrage des Reichsmarineamts im Bau befindlichen Unterseeboot, das zurzeit noch nicht einmal vom Stapel gelassen ist, verwendet werden. Der Beginn der Versuche wird sich wegen der im Interesse der Sicherheit der zukünftigen Versuche verlangten sehr eingehenden Vorversuche und Erprobungen aller einzubauenden Apparate und Materialien noch voraussichtlich längere Zeit hingziehen und schwerlich vor dem Spätherbst beginnen können.“

Ingeachtet der ganz besonderen Gründlichkeit und Vorsicht, welche das Reichsmarineamt beim Bau seines ersten Unterseebootes beobachten läßt, muß es als ein starkes Stück bezeichnet werden, wenn man demselben die Annahme eines von einer anderen Nation wegen eines Konstruktionsfehlers verworfenen Bootes zumutet.“

Man wird abzuwarten haben, was die „Schleswig-Holst. Volksztg.“ diesem Dementi gegenüber zu sagen hat.

Um den allgemeinen Wert solcher Dementis richtig zu würdigen, braucht man ja nur an die Aenderung der Torpedoboote an Rußland zu erinnern. Die Aenderer-Behörde war damals so gewissenhaft, den Weitertransport dieser als „Lustjachten“ deklarierten Torpedoboote zu inhibieren. Die Regierung jedoch ließ durch einen „Vertrauensmann“, der zugleich Beamter derselben Germania-Werft war, von der die Torpedo-Lustjachten geliefert worden waren, ein Oberzeugnis dahin abgeben, daß die auf „Haar“ Torpedoboote gleichenden Fahrzeuge in der Tat Lustjachten seien! Diese famosen Lustjachten wurden dann auch richtig an Rußland geliefert. Eine Regierung, die solche Dementis vollbringt, kann kaum erwarten, daß man ihren Erklärungen ohne weiteres Glauben beimißt! —

345 Mißhandlungen durch einen Unteroffizier.

Ein großer Mißhandlungsprozeß beschäftigte das Kriegsgericht der 2. Gardebataillon in seiner letzten Sitzung. Auf der Anklagebank saß der Unteroffizier Than von der 9. Kompagnie des Königin Augusta Garde-Grenadier-Regiments. Nicht weniger als

345 Fälle von Mißhandlungen Untergebener und 106 Fälle des Mißbrauchs der Dienstgewalt

legte die Anklage dem Unteroffizier zur Last. Als Zeugen waren die Mitglieder der gesamten Korporalschaft des Unteroffiziers erschienen. Neun Monate etwa liegen die Mißhandlungen zurück.

Am 19. Juli unternahm der Rekrut Jaspers von der 9. Kompagnie abends auf der Mannschafsstube einen Selbstmordversuch. Er schoß sich mit seinem Dienstgewehr eine Wundstichverletzung ins Gesicht. Unterhalb des Auges drang das Geschos ein. Der Rekrut wurde nach dem Garnison-Lazarett in Tempelhof gebracht, wo er längere Zeit hindurch zwischen Tod und Leben schwelte. Jetzt ist die Lebensgefahr beseitigt, doch ist das Gesicht des J. durch die Wirkung des Schusses dauernd entstellt. Es wurden sofort eingehende Untersuchungen nach der Ursache des Selbstmordversuches angestellt und ermittelt, daß der Rekrut häufig von seinem Vorgesetzten, dem Unteroffizier Than mißhandelt worden war. Auch am Abend des fraglichen Tages hatte der Unteroffizier Jaspers auf seine Stube bestellt. Der Rekrut glaubte wohl, er solle wieder geschlagen werden und griff zur Waffe gegen sich selbst. Rehe heute liegt er im Lazarett. Auch die übrigen Leute seiner Korporalschaft hatte der Angeklagte fortgesetzt geschlagen, gestöhen usw. Die Mißhandlungen wurden fast stets im Dienst ausgeführt. Durch die Untersuchung wurden 345 Fälle festgestellt. Außerdem stellte es sich jetzt heraus, daß der Unteroffizier sich in 106 Fällen des Mißbrauchs der Dienstgewalt an den Untergebenen schuldig gemacht habe; er hatte sich von seinen Leuten Gelder im Betrage von 5 Pf. bis zu 6 M. „geliehen“.

Vor dem Richter gab der Angeklagte die Mißhandlungen zu. Er will dieselben jedoch niemals ohne Veranlassung begangen haben. Immer hatten kleinere dienstliche Vergehungen bei den Geschlagenen vorgelegen. Eines besonders schweren Fall bestritt der Angeklagte. Als der Rekrut Rober, der neben Jaspers am meisten unter dem Vorgesetzten zu leiden hatte, einmal besonders schwer mißhandelt worden war, wollte er sich krank melden. Than hielt ihn durch Mißbrauch der Dienstgewalt von der Meldung ab.

Als Entschuldigung gab der Unteroffizier an, er leide an nervöser Ueberreizung und sei stets von dem Ehrgeiz beiseit gewesen, seine Korporalschaft zu der möglichst besten in der Kompagnie zu machen. Die Beweisaufnahme ergab im wesentlichen das Bild, wie es der Angeklagte selbst entrollt hatte. Ein besonders schwerer Mißhandlungsfall, den Than ableugnet, wurde durch den Rekruten Rober klargestellt. Bei einer Uebung, die der Soldat nicht schnell genug ausgeführt habe, schlug ihm der Angeklagte ein Stück Holz derartig ins Gesicht, daß das Holz brach. Nach etwa siebenstündiger Verhandlung beantragte der Vertreter

der Anklage zwei Jahre Gefängnis und Degradation. Der Verteidiger, Rechtsanwält Ulrich, wies in seiner Verteidigungsrede insbesondere darauf hin, daß es unmöglich angängig sein könne, die von der Anklagebehörde durch Befragen der Leute, die doch alle nur schätzungsweise Angaben machen konnten, herausgerechneten 345 Mißhandlungen und 106 Einzelfälle des Mißbrauchs der Dienstgewalt festzustellen. Offenbar liege in beiden Punkten eine fortgesetzte Handlung vor, da sich der Angeklagte von vornherein vorgenommen habe, die von den Untergebenen begangenen Vergehungen im Dienst nicht erst zu melden, sondern auf der Stelle durch einen Rippenstoß oder eine Backpfeife zu korrigieren. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und nahm nicht Einzelfälle, sondern eine fortgesetzte Handlung an. Einerseits zog es die von der Verteidigung vorgebrachten Milderungsgründe in Betracht, andererseits aber verkannte es nicht, daß der Angeklagte durch seine Handlungsweise dem Regiment schwer geschadet und dem Unteroffizier-Korps Schande bereitet habe. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren sowie auf Degradation.

Das sind also für 451 Vergehungen 546 Tage Gefängnis, für jedes Vergehen also eine Strafe von 1 1/2 Tag! Danach ist es also für Soldatenschänder rätlich, Mißhandlungen jahrelang fortzusetzen. Kommen sie dabei doch ungleich wohlfeiler fort, als wenn sie ihre Leute in ein Paar lumpigen Dutzend Fällen mißhandeln!

Durch solche Strafen kann die Soldatenschänderi natürlich nicht ausgerottet werden. —

Kein kriegsministerieller Erlaß gegen Soldatenmißhandlungen.

Kürzlich ging die Mitteilung durch die Presse, daß der Kriegsminister v. Einem wieder einmal einen schon früher von ihm herausgegebenen Erlaß den Unteroffizieren hätte einschränken lassen, wonach diese sich zur Vermeidung von Soldatenmißhandlungen stets drei Schritte von den Mannschaften entfernt halten sollten. Die „Kreuz-Ztg.“ bestreitet nun, wie schon vor einigen Tagen die „Sächs. Ztg.“, daß v. Einem einen solchen Erlaß überhaupt habe ergehen lassen.

Der vermeintliche Erlaß des Kriegsministers wurde sogar von bürgerlichen Blättern zwar als ein Beweis des guten Willens des Kriegsministers, aber als leider ganz unzulängliches Mittel zur Bekämpfung der Soldatenmißhandlungen bezeichnet. Wenn nun Herr v. Einem nicht einmal den guten Willen zur Bekämpfung der Soldatenschänderien bewiesen hat, so ist das um so trauriger! —

Aus Deutsch-Ostafrika. Ein Telegramm des Kommandanten S. R. S. „Bussard“ vom 9. September aus Dar-es-Salaam meldet: Leutnant zur See Schröder von Kissa-Kitindje zurückgezogen. Lindi-Fluß 8. 9. abgefahren, habe dort Schröder mit 16 Mann zurückgelassen, in Mikindani ein Desoffizier zehn Mann. Am 9. 9. in Dar-es-Salaam eingetroffen. Paasche ist abgegangen am 30. 8. von Mohoro mit Teil Marine-detachment und schwarzen Soldaten zusammen mit Abteilung Schutztruppe nach Kissa. Am 4. September ist Paasche in Mwanza zurückgeblieben, um diesen Platz zu sichern, während die Schutztruppe nach Kibitta weiter marschiert ist.

Berlin, 11. September. Ein Telegramm aus Bindhuil meldet: Leutnant Emil v. Apell, geboren am 25. März 1878 zu Cassel, ist am 8. September 1905 abends im Uval nordlich Weitzabis an Herzschlag gestorben. Am 9. September auf Leitungspatrouille zwischen Wasserfall und Ukanaris gefallen: Reiter Albert Scholl, geboren am 21. Mai 1885 zu Heilbronn; Reiter Richard Boer, geboren am 29. Januar 1883 zu Peterwitz, früher im Husaren-Regiment Nr. 4.

Huoland.

Dänemark.

Die Prügelstrafe ist nun in Dänemark mit dem 8. September eingeführt worden. An diesem Tage ist das bereits im April dieses Jahres beschlossene Prügelgesetz oder wie es eigentlich heißt, das „vorläufige Gesetz über einige Änderungen in der Strafgesetzgebung“ in Kraft getreten. Das dieses Gesetz — mit Ausnahme der Bestimmungen über die Straffreiheit der Kinder — nur vorläufig, und zwar bis zur Revision des allgemeinen Strafgesetzbuches, höchstens aber 6 Jahre lang gelten soll, ist eine Folge der Reichstagsverhandlungen; der Justizminister Alberti wollte die Strafrechtsreform dauernd durch die Prügelstrafe bereichern.

Mit der dringend notwendigen Revision der allgemeinen Strafgesetzgebung hat es der liberale Justizminister lange nicht so eilig. Vorbereitungen dazu zu treffen, verpasst er bereits kurz nach dem Ministerwechsel von 1901 infolge einer Anfrage der Sozialdemokraten im Folkething. Aber erst im August 1905 setzte er eine Kommission ein, die Vorarbeiten zur Revision der Strafgesetze erledigen soll. Diese Kommission ist aber aus größtenteils verdorrten Juristen und Praktikern zusammengesetzt, weder Kerste noch Pabagone noch praktische Sozialpolitiker sind vertreten, und man muß darauf gefaßt sein, daß das, was die Kommission zutage fördert, im Sinne einer wirklich humanen Verbesserung der Strafrechtspflege unbrauchbar sein wird. —

Afrika.

Die Unruhen in Marokko.

Tanger, 11. September. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus“.) In ihrem gestrigen Kampfe gegen Raisuli führten die Ankeras ihren Angriff nicht durch, sondern beide Parteien zogen sich zurück. Das Hauptergebnis ist die Festigung von vier Dörfern. Das letzte, was man von Raisuli hörte, war, daß er Feindlich belagerte und daß es ihm gelang die Gegner zurückzuwerfen sowie ein bedeutendes Dorf des Wadrahstammes, der sich den Ankeras angeschlossen hatte, in Brand zu stecken. Die Truppen des Ankeras nahmen an dem Kampfe keinen Anteil, begünstigten aber Raisuli durch ihr neutrales Verhalten. Der Gesamtverlust beläuft sich auf 20 Tote und 20 Verwundete. Man befürchtet, daß der jetzt herrschende Zustand der Gefolgslosigkeit noch längere Zeit andauern wird, da die Regierung nicht die Macht besitzt, ihm ein Ende zu machen.

Amerika.

Rußlands Dank für die Friedensvermittlung.

Minister Witte hat dem Präsidenten Roosevelt mit dem Dank für seine Bemühungen in Sachen der Friedensvermittlung die Mitteilung gemacht, daß alle russischen Sonderzölle auf amerikanische Produkte durch kaiserlichen Ulas aufgehoben sind.

Die Unruhen in Japan.

London, 11. September. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio: In Tokio ist jetzt wieder die Ruhe vollkommen hergestellt. Viele tausend Soldaten mit aufgepflanzten Bajonetten sind über die ganze Stadt verteilt. In Kibijima-Parc, der als Lagerplatz benutzt wird, sind Zelllager aufgeschlagen worden, sogar die Kasernengebäude werden zeitweise zur Unterbringung von Truppen verwendet. In anderen Stadtteilen sind die Truppen mit Quartierbills untergebracht worden. Vor der Wohnung der Minister stehen Soldaten, vor den staatlichen und Regierungsgebäuden, auf den öffentlichen Plätzen und vor allen Gesandtschaften sind Volksempfänger aufgestellt. Die Vorübergehenden werden scharf beobachtet. Infanterie und Kavallerie-Patrouillen durchziehen die Straßen. Marquis

No lehnte eine Kavalleriebedeckung zum Schutze seines Hauses ab, ebenso wird berichtet, daß die Generale Kogi und Kodzu ebenfalls darauf verzichteten. Aus den Provinzen laufen Nachrichten von zahlreichen gegen die Polizei verübten Ausschreitungen ein. In dem ganzen Lande werden Versammlungen abgehalten, in denen scharfe Reden gehalten und die Unzufriedenheit ausdrückende Beschlüsse gefaßt werden. Die Zensur wird noch immer an allen nach dem Auslande gehenden Telegrammen ausgeübt.

Tokio, 9. September. (Meldung des „Neuterschen Bureaus“.) Die Mitglieder der progressiven Partei haben eine Resolution angenommen, in der die Regierung wegen des Friedensschlusses scharf verurteilt wird. Derselbe sei demütigend und habe einen Aufbruch in Tokio herbeigeführt, der die Proklamierung des Belagerungszustandes nötig gemacht habe. Das sei ein unwürdiger, beispielloser Vorgang. Die Friedensbedingungen widersprechen diametral den nationalen Interessen. Die Befestigung der Redefreiheit sei das Unwärdigste, was seit der Einsetzung der konstitutionellen Regierung vorgekommen sei.

Tokio, 10. September. (Meldung des „Neuterschen Bureaus“.) Der Polizeichef von Tokio hat sein Amt niedergelegt; man glaubt, daß auch der Minister des Innern demissioniert hat. Ministerpräsident Graf Katsura hat versprochen, daß das Parlament zu einer Tagung im Oktober einberufen werden soll. Man erwartet, daß das gesamte Kabinett dann vom Amte zurücktreten wird.

Tokio, 10. September. (Meldung des „Neuterschen Bureaus“.) Die Bevölkerung verhält sich ruhig. Die Erregung hat bedeutend nachgelassen, aber die politische Agitation hält noch an. Er werden keine weiteren Ausschreitungen erwartet. Eine Schätzung der bei den Tumulten getöteten und verwundeten Personen ist unmöglich, da viele Verwundete heimlich in ihre Wohnungen geschafft wurden. Die Polizei machte, anstatt sich der Revoluzzer zu bedienen, von ihnen Säbeln Gebrauch, und aus diesem Grunde sind zahlreiche weniger schwere Verletzungen zu verzeichnen. Seitdem der Belagerungszustand erklärt worden ist, ist keine Ausschreitung vorgekommen, welche ein Eingreifen der bewaffneten Macht notwendig gemacht hätte. Die Straßenbahnen haben ihren Betrieb wieder aufgenommen.

Tokio, 11. September. (Meldung des „Neuterschen Bureaus“.) Der Minister des Innern hat seine Entlassung eingereicht, die aber vom Kaiser nicht angenommen wurde. Man glaubt indessen, daß der Kaiser das Entlassungsgesuch später genehmigen wird.

Der Waffenstillstand in der Mandchurei

Godshaban, 9. September. Heute mittag 1 Uhr trat bei dem russischen Posten an der Eisenbahn ein japanischer Parlamentär ein mit weißer Fahne und begleitet von 50 Soldaten. Der Parlamentär übergab dem wachhabenden russischen Offizier, der ihm entgegen gegangen war, ein Schreiben des Marschalls Oyama an General Linewitsch. In diesem findet der Marschall dem russischen Heerführer Grüße und Glückwünsche aus Anlaß des Friedensschlusses und der Beendigung des Krieges. Er ersucht ferner Linewitsch, einen russischen Bevollmächtigten für die Angelegenheiten des Waffenstillstandes zu ernennen; er selbst hat zu diesem Zweck den General Fushikuma als japanischen Bevollmächtigten bestimmt und schlägt als Ort für die Zusammenkunft der Bevollmächtigten die Station Schahedja vor.

Der Schrecken im Kaukasus.

Tiflis, 10. September. (Meldung der „Petersburger Telegr.-Agentur“.) In Vaku dauert das Schießen fort. Aus dem Hause eines Mohammedaners wurde auf eine Patrouille geschossen; mehrere Personen sind heute getötet worden. Die Polizei und das Militär bereiteten (?) Versuche zu Brandstiftungen und Plünderungen. Zur Wiederherstellung der Ordnung sind energische Maßnahmen getroffen. Die Arbeiter der niedergebrannten Betriebe verlassen in Massen Vaku.

Aus dem Sangezur-Distrikt laufen sehr beunruhigende Nachrichten ein. Viele Armenierdörfer sind ganz vernichtet. Viele Hunderte von Personen sind ermordet. Da die Militärstationen weit entfernt sind, verzögert sich die Hilfeleistung. Die gesamte tatarische Bevölkerung ist im Aufruhr, 4000 bewaffnete Kurden vom persischen Ufer des Ausflusses haben sich den Tataren angeschlossen. Es sind Verhandlungen mit der persischen Regierung eingeleitet worden.

Tiflis, 9. September. (Meldung der „Petersburger Telegr.-Agentur“.) In Schemum sind seit dem 5. d. M. die Landarbeiter unruhig. Der Statthalter hat angeordnet, daß bei der geringsten Ausschreitung gegen die Gutsbesitzer energische Maßnahmen ergriffen werden sollen. In Schuscha ist gestern die Ausschöpfung zwischen Armeniern und Tataren zustande gekommen, die Einwohner wurden entwaффnet und die fremden Elemente nach ihrer Heimat fortgeschafft. Patrouillen bewachen die Stadt. General Talaitschwill telegraphiert von Schuscha, die ihm vorliegenden Meldungen berechtigten zu der Annahme, daß die Bevölkerung sich beruhige.

Tiflis, 9. September. (Meldung der „Petersburger Telegr.-Agentur“.) In Vaku ist die Lage hoffnungslos. Man vernimmt dort wieder Artillerie- und Gewehrfeuer. Die Brandstiftungen dauern an. Es herrscht Mangel an Wasser und Brot; die Arbeiterbevölkerung hungert. Der Generalgouverneur von Vaku beauftragte den Polizeichef Schirinikoff, die energischsten Maßnahmen zum Schutze der Banken zu ergreifen.

Der Hochschul-Streit.

Petersburg, 11. September. Die „Russka Wjedomosti“ veröffentlichte nachstehende motivierte Resolution des Moskauer Professorenkongresses:

In Ansehung dessen, daß im Lande auch gegenwärtig noch nicht die Bedingungen bestehen, welche eine normale Tätigkeit der Schule sichern, gleichzeitig aber auch mit tiefem Bedauern über den unermesslichen Schaden, welcher dem Lande durch die Einstellung der wissenschaftlichen Arbeiten zugefügt wird, ist der Kongress zu dem Beschlusse gekommen, daß die Hochschulen trotz der fortbestehenden schweren Bedingungen ihre Tätigkeit wieder eröffnen müssen, doch selbstverständlich ohne jede PreSSION seitens der Administration.

Die blutigen Ereignisse im Lande und die fortdauernde administrative Willkür beim Fehlen elementarster Wohltaten politischer Freiheit bilden nach wie vor eine Bedrohung für den ruhigen Gang der Beschäftigungen. Der Zustand des verstärkten Schutzes in vielen Universitätsstädten schafft beständig Ereignisse, welche das Leben der Lehrinteressierten stören und aufhalten können. Der Kriegszustand in Odeßa und Warschau macht nach Ansicht des Kongresses dort ein normales akademisches Leben unmöglich und die Wiedereröffnung der Hochschulen ist für die Lehrenden mit fürchtbaren Folgen verbunden. Außerdem bildet das Fortbestehen der alten Ordnung der Hochschulen ein erstes Hindernis für die Herstellung des normalen Lebens in ihnen.

Der Hecker arbeitet!

Sewastopol, 9. September. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Nach zehntägiger Verhandlung gegen

75 Matrosen des Panzerschiffes „Georgi Pobjedonoszew“ sind vom Militär- und Marinegericht drei Angeklagte zum Tode, 19 zur Zwangsarbeit, 33 zur Einreihung in eine Arrestantenkompanie verurteilt und 20 freigesprochen worden.

Moskau, 9. September. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Kullikowski, der den Moskauer Stadthauptmann Grafen Schwalow tötete, ist zu lebenslänglicher Zwangsarbeit „begnadigt“ worden.

Demonstrationen in Lodz.

In Lodz wurde Sonntag abend im Großen Theater während der Vorstellung von der Galerie eine Menge Proklamationen auf das Publikum hinabgeworfen, die für die Rationalisierung der Polenshule Stimmung machen. Militär umzingelte das Theatergebäude und verhaftete 200 Galeriebesucher, die bis jetzt in den Kasernen der Konstantinowstrasse zurückgehalten wurden. („Tag.“)

Waffen.

Helsingfors, 10. September. (Meldung der „Petersburger Telegr.-Agentur“.) Die Zollbehörden haben auf einer oben Insel im Bottnischen Meerbusen drei Kilometer vom Flecken Kemi 33 Kisten, enthaltend 660 Kavalleriekarabiner mit Bajonetten, und 60 Kisten mit 122000 Patronen entdeckt. Die Karabiner haben das Kaliber 10 Millimeter, sind schweizerischen Fabrikats und meist schon gebraucht.

Ministerieller Geheimerlaß über den Moskauer Semstwo-Kongress.

„Ministerium des Innern. Besondere Abteilung. 13./26. Juli 1906. Nr. 9130. Streng geheim. Zirkularisch. An die Herren Gouverneure und Stadthauptleute. Anfangs Juli versammelten sich in Moskau trotz des Regierungsverbotes, einige Semtwos und Stadtverordnete und auch einige Privatpersonen, wobei sie sich den Namen Semtwo- und Städtebevollmächtigte und ihrer Versammlung den Namen eines Kongresses der Semtwo- und Städtevertreter beigelegt haben. Ihren Beratungen haben sie besprochen, in welcher Weise die in dem allerhöchsten Reskript vom 18. Februar (3. März) d. J. befristete Sezanzziehung der würdigen, vom Volke mit Vertrauen ausgestatteten gewählten Persönlichkeiten zur Teilnahme bei den Vorbereitungen der „Gesamtwürde“ verwirklicht werden soll. Die Teilnehmer des erwähnten Kongresses haben offensichtlich den genauen und klaren Sinn der diesbezüglichen allerhöchsten Weisungen, die auf Verbesserung der Staatsordnung und auf Verbesserung des Volkswohlstandes bei der bedingungslosen Beibehaltung der Reichsgesetze, der wahren Alleinherrschaft gerichtet waren, entstellt, haben den Gesetzentwurf, den der Minister des Innern ausgearbeitet hat, als mit den allerhöchsten Weisungen nicht übereinstimmend, verworfen und haben einen eigenen Entwurf der Volksvertretung nach dem westeuropäischen Muster, der auf dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht basiert ist, ausgearbeitet. Daraus haben die Kongreßteilnehmer beschlossen, alle Kräfte zur Verwirklichung des ausgearbeiteten Gesetzentwurfes daranzusetzen, und sie planen, die Bevölkerung mit ihrem Entwurfe mittelst weitestverbreiteter entsprechender Flugblätter und Organisierung von Versammlungen in den Städten und besonders in den Dörfern bekannt zu machen. Die in Moskau versammelten Persönlichkeiten wollen also offenbar der gesetzmäßigen Regierung den offenen Kampf erklären mit dem bestimmten Ziele, die jetzt existierende Staatsordnung umzustürzen. Es ist notwendig, den unumgänglichen Konsequenzen der Verwirklichung der Pläne der Teilnehmer der Moskauer Beratung und ihrer Bestimmungsgenossen vorzubeugen. Angehts der zweifellosen Anhänglichkeit der großen Majorität der Stammbewohner an den Thron und die Alleinherrschaft ist diese Propaganda selbstverständlich nicht imstande, die Existenz der heutigen Staatsordnung zu bedrohen; aber sie kann das von den letzten Ereignissen obendies erregte Volk leicht in Verwirrung bringen und örtliche Verletzungen der öffentlichen Sicherheit hervorufen. Diese Befürchtungen sind umso begründeter, da die Teilnehmer der Moskauer Beratung bei den trefferischen Interpretationen der Regierungsmassnahmen nicht stehen blieben, sondern überdies die Regierung beschuldigen, die allerhöchsten Weisungen entstellt zu haben.

Es ist kein Zweifel, daß sie dieselben Methoden der Bevölkerung gegenüber auch bei der Kommentierung nunmehriger Weisungen in weitem Maße zur Anwendung bringen werden. Andererseits wird die Hauptmasse der Dorfbewohner in ihrem jetzigen Entwicklungsstadium nicht immer imstande sein, sich von der Lügenhaftigkeit der Erläuterungen, die ihr zuteil werden, zu überzeugen. Dies ist umso wahrscheinlicher, als die Personen, welche sich der Verbreitung von gegen die Regierung gerichteten Anschauungen unter der Bevölkerung zur Aufgabe gemacht haben, es nicht verfehlen werden, ihre öffentliche Stellung als politisch tätige Männer und Mitglieder von Institutionen, welche von der Regierung eingesetzt sind, auszunutzen. Indem sie unter dieser Maske handeln werden, werden sie die Bevölkerung täuschen und in Einzelfällen selbst Vertrauen zu sich erwecken können. Es ist erforderlich, schon jetzt alle Maßnahmen zur Abwendung der schädlichen Wirklichkeit dieser Personen zu ergreifen und sie, wo eine solche Wirkung nur aufkommen wird, zu unterdrücken. Aus diesem Gesichtspunkte erachte ich es für notwendig:

- anzuordnen, eine besonders sorgfältige Kontrolle über die Männer, welche die Ausführung der Bestimmungen des Kongresses auf sich genommen haben;
- die Verbreitung der von diesen Personen publizierten Flugblätter, Auftrufe, Mitteilungen unter dem Volke zu hindern;
- auf keinen Fall die Organisierung von Versammlungen der Dorf- und Stadtbevölkerung zu diesem Zwecke zuzulassen.

Es ist selbstverständlich, daß alle diese Maßnahmen nur dann mit dem nötigen Erfolge zur Ausführung gebracht werden können, wenn die Volkspolizei einmütig und energisch beschaffen werden, wenn sie über das Wesen und den Zweck dieser Propaganda, zu deren Bekämpfung sie aufgefördert werden, genau orientiert sein werden. Mit Rücksicht darauf haben Sie die Beamten der Ihnen anvertrauten Polizei mit dem Inhalt dieses Rundschreibens genau bekannt zu machen, ihnen die ganze Wichtigkeit und Unausweichbarkeit der zu treffenden Maßnahmen klar zu machen, auf die nach den lokalen Verhältnissen sich richtenden besten Methoden zu deren Durchführung hinzuweisen und die gegenseitigen Mitteilungen der Polizeigenossen und anderer Administrativorgane untereinander zu organisieren, um in den Handlungen möglichst Solidarität und möglichst volle Orientierung über die Lage der Dinge nicht nur im eigenen Rayon, sondern in den benachbarten zu erlangen.

Indem ich nun die unverzügliche Vornahme der angegebenen Maßregeln Ihrer besonderen Aufmerksamkeit übertrage und Ihrer unmittelbaren Aufsicht unterstelle, habe ich die Ehre, Sie zu bitten, mir alles Bemerkenswerte sofort mitzuteilen.

Untersfertigt: Name unleserlich.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Lohnbewegung der Schanerleute.

Hamburg, 11. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Eine vierstündige Verhandlung mit den Reedern, Schiffsmaklern und Stauern endete mit dem Angebot einer zehnprozentigen Lohnerhöhung, außerdem Bewilligung der Nebenforderungen. Die Arbeiterkommission empfiehlt der heutigen Versammlung die Annahme des Angebots.

Von den Manövern diesseits und jenseits des Rheines.

Koblenz, 11. September. (W. T. V.) Bei der heutigen Parade auf dem Rheine bei der Kaiser einen Trinkspruch aus, welcher folgenden Wortlaut hatte:

Nicht im sichten Paradekleide, sondern wie zum ernstlichen Kampfe standen die Söhne des Rheinlandes heute vor mir. Feldmarschall! war die Heberjährt über dem heutigen Tage. Die Marine nennt das „Mar zum Geheiß!“ Die schönste Wehr, die der preuhische Soldat tragen kann, ist das Kleid, in dem er seinem Gegner im Felde hehrreich entgegentritt, das schönste Gewand, das ein Grenzforps tragen kann, wenn es vor seinem Kaiser sich zeigt. Daß dieses Grenzforps die Macht am Rhein gut halten wird, darauf vertraue ich in Ruhe nach dem, was ich heut gesehen habe. Das achte Armeekorps hurra, hurra, hurra!

Montauban, 11. September. (W. T. V.) Präsident Loubet gab heute zum Anschluß der Ostmanöver ein militärisches Frühstück zu 270 Gebeten, an welchem auch die fremden Offiziere teilnahmen. Kriegsminister Berthelet dankte dem Präsidenten für das Interesse, welches er an den Manövern genommen habe. Die Geschichte Anordnung derselben verdanke man einerseits der vollendeten militärischen Kunst der Leiter derselben und ihrer Menschenkenntnis, andererseits aber auch der Loyalität und Tapferkeit sowie dem unermüdblichen Eifer der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, welche den deutschen Beweis lieferten, daß jedermann in Frankreich militärisches Pflichtgefühl besitzt und freudig dies bekennt. Dieses erhebende Schauspiel werde unvergänglich bleiben und könne Frankreich in seiner friedlichen Arbeit als großes Vertrauen bieten. Der Minister sprach schließlich die Hoffnung aus, daß die fremden Offiziere eine angenehme Erinnerung von den Manövern mitnehmen möchten. Jedermann sei glücklich gewesen, ihnen den Aufenthalt möglichst angenehm zu gestalten und ihnen Beweise der lebhaftesten Sympathie zu geben.

Montauban, 11. September. (W. T. V.) Nach der Rede des Kriegsministers Berthelet begrüßte Präsident Loubet die fremden Offiziere. Der Präsident fuhr dann fort: „Ich trinke auf das Wohl der Souveräne und Staatsoberhäupter, welche unserer Einladung Folge leisteten und spreche denselben meinen Dank aus. Seit mehr als 30 Jahren umgibt die Republik die Armees mit liebevoller Fürsorge und hat trotz vorübergehender Schwierigkeiten kein Opfer gescheut, um ihre Ausbildung, ihr Wohlergehen und ihre Stärke zu sichern. Die Armees, in welche die gesamte Jugend unseres Landes eingereiht wird, weiß dies und zeigt durch ihren guten Will, ihre Disziplin und ihr Vertrauen zu den Führern, daß die Republik auf sie rechnen kann als Hüterin ihrer Ehre und ihres Gebietes.“

Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften haben heute morgen, vereint in der Erfüllung einer gemeinsamen Pflicht, im Gehorsam gegen die Befehle und in der Treue zu ihren Fahnen, mit vollem Vertrauen dazu erfüllt, daß Treiberereien von außen her sie nicht zu verwirren vermögen.

Es hieße ihnen eine unbedingte Kränkung zu fügen, wenn man glaube und aussprechen würde, man könnte in ihren Reihen Männer finden, die fähig sind, ihre Pflicht, die Treue gegen unseren Einrichtungen zu vergessen, wie es die Ration selbst verlernen hieße, wenn man glaubte, daß ein Aufruf zur Gehorsamsverweigerung oder zur Fahnenflucht von denen gehört werden könnte, die unter die Fahnen gerufen worden sind. Sie wissen es, meine Herren, und ausschließlich damit beschäftigt, das Vertrauen zu rechtfertigen, welches Land und Regierung in Sie setzen, geben Sie sich Mühe, Ihre schwere Aufgabe zum Besten des Landes mit jedem Tage besser zu erfüllen.

Ihre Aufgabe wird noch schwerer, Ihre Pflichten werden noch strenger werden in dem Augenblick, in dem die Verringerung der Dauer des Militärdienstes für einen Teil des Kontingentes es nötig machen wird, die technische Ausbildung und die moralische Erziehung mehr zu beschleunigen. Ich kenne zu sehr den Wert und den Eifer der französischen Offiziere, um nicht versichert zu sein, daß trotz dieser Einschränkung unsere Armees in jeder Beziehung einheitlich und das bleiben wird, was sie schon ist, eine leistungsbietende Macht im Dienste der Rechte und eine Gewähr für die Aufrechterhaltung des Friedens.

Meine Herren, Ihre ausdauernden Ausstrengungen, die Hingabe, die Sie täglich in der Erfüllung Ihrer Pflichten bezeugen, Ihre beständige Sorge für das Wohlergehen Ihrer Truppen, das Beispiel endlich, das Sie Ihnen geben, sichert Ihnen die Achtung und das Vertrauen der Armees ebenso wie die Anerkennung der Nation, und ich schätze mich glücklich, Ihnen davon heute im Namen der Regierung öffentlich Zeugnis abzulegen und von ganzem Herzen erhebe ich mein Glas auf die Ehre der französischen Armees.

Verhaftung Domela Nieuwenhuis.

Köln, 11. September. (W. T. V.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet: Die hiesige Kriminalpolizei nahm heute nachmittag den Führer der holländischen revolutionären Sozialdemokratie Domela Nieuwenhuis fest, als er beabsichtigte, den Zug 8 Uhr 23 Minuten, der in Ehrenbreitenstein nach dem Süden geht, zu benutzen. Nieuwenhuis wollte sich angeblich nach Würzburg begeben.

Zur Wahlrechtsfrage in Ungarn.

Budapest, 11. September. (W. T. V.) „Magyar Nemzet“ schreibt: Wir können in unanfechtbarer Weise feststellen, daß sich der Standpunkt des Kabinetts in der großen Frage des allgemeinen Wahlrechts auch heute nicht geändert hat, und daß die Regierung auch heute ebenso fest an der praktischen Verwirklichung des großen Prinzips festhält, wie vordem. Ministerpräsident Fejervary, der nach Wien gereist ist, um der Krone über den Beschluß des heutigen Ministerrats zu berichten, wird dem Könige diesen unbedingten Standpunkt zur Kenntnis bringen.

Bekämpfung der Konfiskation beschlagnahmter Dampfer.

Nagasaki, 11. September. (Meldung des Neuterschen Bureaus.) Der Appellhof in Tokio hat die Konfiskation der beschlagnahmten britischen Dampfer „Apollo“, „Bhefeld“ und „Sylviana“, sowie der österreichischen Dampfer „Birna“ und „Siam“, des niederländischen Dampfers „Wilhelmina“ und des Dampfers „Dollar“ bestätigt.

Die Cholera.

Hamburg, 11. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Unter Hinweis auf die Cholerafälle im Weichselgebiet, wodurch infolge des regen Schiffsverkehrs auch eine Infektion der Elbe erfolgen kann, warnt die Polizei (Abteilung Medizinalbehörde) vor dem Genuß unfiltrierten Elbwassers.

München, 11. September. Amlich wird gemeldet, daß es sich bei den Erkrankungen in Jägersburg in der Pfalz wie manneht feststellt, nicht um Cholera handelt. Die bakteriologische Untersuchung ergab vielmehr Typhus, und zwar Paratyphus von außerordentlicher Giftwirkung. Das Befinden der im Krankenhaus zu Gomburg unterliegenden Personen aus Jägersburg ist vollständig zufriedenstellend.

Wien, 11. September. (W. T. V.) Die „Wiener Abendpost“ berichtet: Am 9. und 10. September hat sich in Galizien kein Cholerafall ereignet. Am 11. September mittags ist dem Ministerium des Innern über einen in der Nähe von Chojnek (Bezirk Tarnow) unter verdächtigen Symptomen erfolgten Todesfall Anzeige erstattet worden.

Die Schweizerischen Kantonsregierungen über die Durchführung des Fabrikgesetzes.

Die 25 Kantonsregierungen haben jüngst ihre Berichte über die Durchführung des Fabrikgesetzes in den Jahren 1903/04 veröffentlicht, in denen vor allem die Feststellung der industriellen Weiterentwicklung der meisten Kantone bemerkenswert ist.

Der in der Berichtsperiode, hauptsächlich im Jahre 1904 eingetretene neue wirtschaftliche Aufschwung hat auch auf die Bau-tätigkeit eine sehr lebendige Wirkung ausgeübt. Es sind Hunderte von Neubauten und Umbauten für gewerblich-industrielle Zwecke ausgeführt worden.

Die Beschaffenheit der Arbeitsräume, Ventilation, Heizung und Beleuchtung, die Schutzvorrichtungen usw. weisen abermals zahlreiche Mängel auf. In Basel wurden in einer Reihe von Betrieben Verbesserungen von Arbeitsräumen, an Maschinen, Abtrittanlagen usw. angeordnet.

Im Kanton Bern kam trotz des bundesgesetzlichen Phosphorverbotes ein Phosphorknorpel-Fall vor, der seine Erklärung darin findet, daß drei Fabrikanten in gesetzwidriger Weise giftigen Phosphor zur Zündholzfabrikation verwendeten.

Die Kontrolle der Zündmasse in den Fabriken, in denen sie hergestellt wird, angeordnet, und die Berner Kantonsregierung hat für den Amtsbezirk Frutigen, in dem bis auf eine sächsische Berner Zündholzfabrik betrieben werden, einen besonderen Ausschlußrat angeordnet.

Im Kanton St. Gallen stellte ein Zündholz-Fabrikant die Zündmasse in seiner Wohnung her, was ihm sofort untersagt wurde. Günstig lautet der Bericht aus dem Kanton Zürich, wo die Bezirksräte in den fünf Zündholz-Fabriken bezüglich des Gesundheitszustandes der Arbeiter günstige Verhältnisse feststellten.

Eine starke Vermehrung haben die Unfälle erfahren, so im Kanton Zürich von 9631 in 1901/02 auf 12 269 in 1903/04, Bern von 2499 auf 2968, Luzern von 1038 auf 1626 usw.

Die Arbeitsordnungen geben ebenfalls fortwährend zu Beanstandungen seitens der Behörden Veranlassung. So enthielt eine neue Luzerner Arbeitsordnung den Ausschluß der Arbeiter für mehrere Stunden von der Arbeit wegen Ruspätkommens.

Die Arbeitsordnungen geben ebenfalls fortwährend zu Beanstandungen seitens der Behörden Veranlassung. So enthielt eine neue Luzerner Arbeitsordnung den Ausschluß der Arbeiter für mehrere Stunden von der Arbeit wegen Ruspätkommens.

Die Arbeitsordnungen geben ebenfalls fortwährend zu Beanstandungen seitens der Behörden Veranlassung. So enthielt eine neue Luzerner Arbeitsordnung den Ausschluß der Arbeiter für mehrere Stunden von der Arbeit wegen Ruspätkommens.

Die Arbeitsordnungen geben ebenfalls fortwährend zu Beanstandungen seitens der Behörden Veranlassung. So enthielt eine neue Luzerner Arbeitsordnung den Ausschluß der Arbeiter für mehrere Stunden von der Arbeit wegen Ruspätkommens.

Die Arbeitsordnungen geben ebenfalls fortwährend zu Beanstandungen seitens der Behörden Veranlassung. So enthielt eine neue Luzerner Arbeitsordnung den Ausschluß der Arbeiter für mehrere Stunden von der Arbeit wegen Ruspätkommens.

Die Arbeitsordnungen geben ebenfalls fortwährend zu Beanstandungen seitens der Behörden Veranlassung. So enthielt eine neue Luzerner Arbeitsordnung den Ausschluß der Arbeiter für mehrere Stunden von der Arbeit wegen Ruspätkommens.

Die Arbeitsordnungen geben ebenfalls fortwährend zu Beanstandungen seitens der Behörden Veranlassung. So enthielt eine neue Luzerner Arbeitsordnung den Ausschluß der Arbeiter für mehrere Stunden von der Arbeit wegen Ruspätkommens.

Die Arbeitsordnungen geben ebenfalls fortwährend zu Beanstandungen seitens der Behörden Veranlassung. So enthielt eine neue Luzerner Arbeitsordnung den Ausschluß der Arbeiter für mehrere Stunden von der Arbeit wegen Ruspätkommens.

Die Arbeitsordnungen geben ebenfalls fortwährend zu Beanstandungen seitens der Behörden Veranlassung. So enthielt eine neue Luzerner Arbeitsordnung den Ausschluß der Arbeiter für mehrere Stunden von der Arbeit wegen Ruspätkommens.

Die Arbeitsordnungen geben ebenfalls fortwährend zu Beanstandungen seitens der Behörden Veranlassung. So enthielt eine neue Luzerner Arbeitsordnung den Ausschluß der Arbeiter für mehrere Stunden von der Arbeit wegen Ruspätkommens.

Die Arbeitsordnungen geben ebenfalls fortwährend zu Beanstandungen seitens der Behörden Veranlassung. So enthielt eine neue Luzerner Arbeitsordnung den Ausschluß der Arbeiter für mehrere Stunden von der Arbeit wegen Ruspätkommens.

Aus der Partei.

An die Delegierten zum Parteitag!

Bis jetzt sind etwa 200 Delegierte beim Lokalkomitee gemeldet. Um dem Wohnungsausschuß die Beforgung der Wohnungen in der letzten Woche zu ermöglichen, werden die Delegierten nunmehr, soweit sie es noch nicht getan, um schnelle Anmeldung ersucht.

Vom nächsten Sonnabend an ist der Wohnungsausschuß in der Wandelhalle des Volkshauses in Tätigkeit. Delegierte, die etwa nicht abgeholt werden, wollen sich dorthin begeben.

Ferner ersuchen wir alle Delegierten, nur auf den beiden Bahnhöfen, Saalbahnhof oder Weimar-Geraer Bahnhof, auszu steigen, die Haltestelle Paradies (Saalbahnhof) aber nicht zu benutzen. In den beiden erstgenannten Bahnhöfen stehen Genossen zum Empfang bereit.

Vom Sonnabend an ist die Adresse des Lokalkomitees: Leber, Jena, Volkshaus, Karl Zeiß-Platz.

Das Lokalkomitee.

J. A.: S. Leber, Jena,

Marienstr. 26.

Die Parteipresse wird um Abdruck gebeten.

Zum Parteitag in Jena.

Das Programm des Parteitages, soweit die Abendveranstaltungen und der Ausflug am Mittwochnachmittag in Frage kommen, ist nun endgültig festgelegt. Wir wiederholen, was wir bereits schon einmal erwähnt haben, daß Sonntag, den 17. September, nachdem der geschäftliche Teil des Parteitages erledigt ist, ein Empfangsfestmahl stattfindet. Am Dienstagabend eine Volksversammlung. Der Mittwochnachmittag soll einem Ausfluge nach der Leuchtenburg bei Kahlä gewidmet werden.

Die Leuchtenburg liegt auf Altenburger Grund und Boden. Und da nun jedenfalls die Altenburger Regierung erfahren hat, daß die Vertreter des Proletariats sich dort einige Stunden niederlassen wollen, sollen sie zur Strafe dafür verhungern und verdursten.

Der altenburgische Landtags-Abgeordnete Genosse Horn teilte am Sonnabend dem Lokalkomitee folgendes mit:

„Die Altenburger Regierung hat bis jetzt von allen Thüringer Bundesstaaten den Rekord geschlagen. Na, bange machen gilt nicht, die Leuchtenburg wird, falls es der Parteitag beschließt, trotzdem erliegen werden. Vielleicht befördert die Altenburger Regierung ein Regiment Soldaten nach Kahlä?“

Am Donnerstagabend findet ein Lokal- und Instrumentalkonzert statt und damit sind die Abendveranstaltungen beendet.

Zu Ehren des Parteitages werden zwei Lieder vorgezungen werden, die für diesen Zweck besonders verfaßt sind von Friedrich Thieme in Jena und komponiert sind von dem ebenfalls in Jena ansässigen Hendrik de Grote. Der Komponist wird die Lieder selbst dirigieren.

Das Lokalkomitee.

Zu dem ultigen Beschluß der altenburgischen Regierung gegen die Vergünstigung des Parteitages geht uns aus Altenburg noch eine Zuschrift zu, der wir einiges entnehmen. Die altenburgische Regierung stützt sich dem Wirt der Leuchtenburg gegenüber auf den Pachtvertrag, worin dem Wirt verboten ist, sein Lokal zu sozialdemokratischen Versammlungen oder sonstigen Veranstaltungen der Partei herzugeben. Wir sehen darin immerhin eine Konsequenz des staatlichen Lokaleigentümers gegenüber dem Verhalten anderer Saalbesitzer, die zwar sozialdemokratische Vergünstigungen in ihren Lokalen gern sehen würden, aber keine Versammlungen der Arbeiter dulden wollen.

Am 20. September wird, nachdem wir erfahren haben, die ganze altenburgische bewaffnete Macht, bestehend aus einem Major und 87 Gendarmen, auf der Leuchtenburg versammelt sein, um die Vorbereitungen des Parteitages zu bewachen.

Zu dem Kampfe gegen den „Vorwärts“ äußern sich jetzt wieder einige Parteiblätter. Die „Erzarter Tribüne“ läßt in einer die Artikel Kautskys und der „Leipziger Volkszeitung“ billigenden Notiz an, daß sie ihre Leser über den Streit informieren werde.

Die „Sächsischen Arbeiterzeitung“ schreibt H. B. eine Artikelserie unter der Überschrift „Prinzipienkampf oder Literatentrakatel“, worin er sich wesentlich mit der Frage des Generalstreiks beschäftigt und dabei an unserer Auffassung der Frage Kritik übt. Die „Mainzer Volkszeitung“ hat unter der Überschrift „Die Parteiplage“ eine Artikelreihe begonnen, die sich scharf gegen Kautsky und Wehring wenden.

Die „Dresdener Volksmacht“ überschreibt einen Artikel „Die Leipziger Volkszeitungs-Frage“, worin sie eine Anzahl der Stimmen zusammenstellt, die sich in letzter Zeit gegen die „Leipziger Volkszeitung“ und gegen Kautsky gewandt haben und worin sie ihre Stellung gegen die „Leipziger Volkszeitung“ nochmals scharf kennzeichnet. Unter der Überschrift „Wir brauchen kein Zentralorgan“ tritt das „Offenbacher Abendblatt“ dafür ein, daß der „Vorwärts“ Lokalblatt werde, wendet sich aber im übrigen gegen die Kampfmethoden der Leipziger Volkszeitung.

Parteipresse. Unser Parteiorgan in Augsburg, die „Schwäbische Volkszeitung“, die seit 1. April auch von den Parteigenossen aus dem ganzen Kreis Schwaben als Parteiorgan erklärt wurde, hat dadurch und durch die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe in diesem Jahre und nicht zuletzt durch die energische Agitation der Genossen so bedeutend an Momenten gewonnen, daß die Zeitung ab 1. Oktober ihren Inhalt verdoppeln kann. Im Jahre 1900 gegründet, erschien das Blatt zuerst zweimal wöchentlich, dann dreimal wöchentlich, bei Beginn der Reichstagswahl 1903 wurde es zum „Tagblatt“ umgewandelt und nachdem es bis jetzt täglich vierseitig erschien, wird es ab 1. Oktober täglich achtfseitig herausgegeben. Es kommen eine neue zweite Schnellpresse und zwei Segmaschneidern in Betrieb und zu gleicher Zeit wird der Acht-Stundentag mit diversen anderen Vergünstigungen eingeführt.

Der Landesparteitag unserer braunschweigischen Genossen findet am 22. Oktober in Seesen statt.

Die „Vorwärts“-Frage.

Indem wir nachstehend den achten Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ abdrucken, können wir den Lesern die erfreuliche Mitteilung machen, daß dem nur noch einer als Schlussartikel folgt. Dann werden sie von dieser „prinzipiellen“ Diskussion erlöst sein, da wir nach den Auseinandersetzungen mit Kautsky ein Eingehen auf die Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ für überflüssig halten. Die

werden uns mit einer Schlussbemerkung begnügen, bemerken aber schon heute, daß wir auf die lustigen Phantasien über die Eigenschaften der einzelnen Redakteure und ihr Verhältnis zu einander nicht eingehen werden, da es uns nicht angemessen scheint, über uns selber im „Vorwärts“ zu reden. Der Leipziger Artikel lautet also:

Je mehr sich im „Vorwärts“ die falschen Tendenzen bemerklich machten, die durch seine prinzipielle Entwurzelung hervorgerufen wurden, um so eifriger wurden die Bemühungen, ihn wieder ins richtige Geleise zu bringen. Aber da man das falsche Grundprinzip nicht anstakete, so führten diese Bemühungen, so richtig gedacht sie an sich und für sich waren, immer nur dazu, das Uebel zu steigern, das sie beseitigen wollten.

Rit gutem Tag hatte der Halle'sche Parteitag, wenn er ein Zentralorgan schaffen wollte, ihm auch einen Chefredakteur gegeben. Es ist eine vollkommen falsche Auffassung dieser Einrichtung, wenn man ihren Schwerpunkt darin sucht, daß der Chefredakteur gewissermaßen als überlegener Genius über den Fachredakteuren stehen und ihnen in ihre spezielle Tätigkeit, die sie gemeinlich viel besser verstehen als er, von oben herab hineinschreiben soll. Ein Chefredakteur, der seine Aufgabe so auffaßt, verdient lieber heute als morgen zum Teufel gejagt zu werden. Seine wirkliche Aufgabe besteht darin, den einheitlichen konsequenten Gang der Zeitung zu sichern und dafür der Parteioffiziant, der die Zeitung führt, sozusagen mit Kopf und Krone zu haften. Um die Frage an einem Beispiel zu erläutern, so gibt es in der Kriegsgeschichte — und die Parteioffizianten sind zum Kriegführen da — keinen unbestreitbaren und keinen unbestrittenen Sach, als daß auch ein mittelmächtiger General, der nach seiner Weise handelt und die moralische Verantwortung für seine Handlungen trägt, die Sache viel besser macht, als ein Kriegsrat der vorzüglichsten Strategen und Taktiker, von denen einer den anderen den Weg verrät, gerade je klüger sie sind, und schließlich keiner die Verantwortlichkeit trägt, die alle tragen sollen. Für ein Zentralorgan ist aber die einheitliche konsequente Haltung die erste und unbedingteste Notwendigkeit, und deshalb war es ganz selbstverständlich, daß der Halle'sche Parteitag dem „Vorwärts“ einen Chefredakteur gab.

Nicht minder selbstverständlich war, daß Viebnicht diese Stellung erhielt. Nicht nur weil er der Redakteur des früheren Zentralorgans gewesen war, sondern weil er unter den noch Lebenden — abgesehen von Engels, der nicht in Frage kommen konnte — die größten Verdienste um die prinzipielle und theoretische Auffklärung der Partei hatte. Allein alsbald zeigte sich, daß er der Aufgabe nicht gewachsen war, weil ihr kein Einzelner bei der damaligen geistigen Entwicklung der Partei mehr genügen konnte. Die richtige Erkenntnis wurde nur wieder dadurch verbunkelt, daß Viebnichts Kraft durch tausend andere Ansprüche der Partei gesplittet wurde, und er sich in einem Lebensakt befand, wo man das Bisherige technisch handgriffe, das zur Rettung eines großen Tageblattes gehört, nicht mehr lernt. Immerhin wirkte instintiv die Empfindung, daß die eigentliche Schwierigkeit mehr in der Sache, als in der Person liege, so weit mit, daß man nach Viebnichts Tode die Chefredaktion preisgab und dafür die Mehrheitsredaktion einführte.

Indessen war es nur eine äußerliche Logik, mit der man argumentierte: geht es auf diese Weise nicht, so muß es auf die andere Weise gehen. Man überhaupte davon zu reden, so ist eine Mehrheitsredaktion der Widerspruch in sich, und es beruht auf einem Trugschluß, sie eine „demokratische“ Institution zu nennen. Man verwechselt dabei das Gesetz der Demokratie mit dem Gesetze der Arbeitsteilung. Soll es nach dem Grundgeden der Demokratie, nach dem Grundgeden: Gleiches Recht für jedermann gehen, so mühten die Redakteurstellen an einem Parteiorgan reihum unter den Mitgliedern der Organisation gehen, der es gehört. Das ist natürlich ein Unsinn, den niemand will oder jemals gewollt hat. Tatsächlich werden die Redakteure nach dem Gesetze der Arbeitsteilung ausgewählt; die übrigen Organisationen besetzen die Stellen an ihren Zeitungen nach dem Maße der Fähigkeiten und Kenntnisse, das für einen politischen Redakteur, einen Feuilletonredakteur, einen Gewerkschaftsredakteur, einen Lokalredakteur usw. erforderlich ist. Diese Fähigkeiten und Kenntnisse schließen sich nun aber wiederum nach dem Gesetze der Arbeitsteilung gegenseitig aus; niemand — es sei denn irgend ein Ausnahmefall — kann ein gleich guter Redakteur in Politik und Feuilleton, in Gewerkschaftlichen und Lokalen usw. sein; vielmehr pflegt jeder, je besser er sein Fach versteht, sich um so weniger auf die anderen Fächer zu verstehen. Wählen nun die Genossen nach diesem Gesetze der Arbeitsteilung die Redakteure ihrer Blätter, und richten dann eine Mehrheitsredaktion ein, so heißt das im Grunde nichts anderes, als daß derjenige Redakteur, der sein Fach am besten versteht und eben deshalb an diese Stelle gesetzt ist, sich von seinen Kollegen majorisieren lassen soll, die sein Fach weniger gut oder auch gar nicht verstehen und deshalb an andere Stellen gesetzt worden sind.

Im Grunde, sagen wir, denn die Praxis korrigiert natürlich das an sich unhaltbare Prinzip durch gemeinsames Parteinterese, kameradschaftliche Gesinnung, Zwang der Verhältnisse usw. Gemeinlich macht sich die Sache wohl so, daß jeder Fachredakteur wie ein Cherub mit flammendem Schwerte vor seinem Ressort steht, sie alle aber für ihre unüberäußerlichen Vorrechte halten, dem politischen Redakteur dreinzureden, was ein schönes Zeichen für den politischen Eifer ist, der alle Genossen befeht, aber die einheitliche Haltung des Blattes nicht immer fördert. Gleichwohl liegt der Vorliebe vieler Parteitreue für eine Mehrheitsredaktion eine ganz richtige Empfindung zugrunde: ist sie nämlich aus gleichartigen Elementen zusammengesetzt, das heißt aus Genossen, die von denselben Grundanschauungen ausgehen und in allen wesentlichen Fragen der Theorie und Taktik übereinstimmen, dann mögen alle Nachteile verschwinden, die sich aus ihrem Prinzip ergeben.

Damit wollen wir keineswegs sagen, daß die inneren Gegensätze, die in der Partei bestehen, ein gemeinschaftliches Wirken in der Parteipresse ausschließen. Obgleich die „Leipziger Volkszeitung“ eine Gegnerin des Revisionismus ist, hat sie stets revisionistische Mitarbeiter gehabt und hat deren noch. Aber innerhalb der Redaktion selbst und ganz besonders innerhalb der politischen Redaktion, falls sie mehrere Mitglieder umfaßt, ist eine einheitliche Gesamtaufassung — in Einzelheiten werden sich ja immer Unterschiede ergeben, da glücklicherweise nicht alle Menschen über einen Stamm geboren sind — eine unbedingte Notwendigkeit. Wenn die Genossen eines Ortes beschließen, ihrem Blatte eine revisionistische Richtung zu geben, so haben sie nach unserer Auffassung das unbedingte Recht, einen Bewerber um eine Redakteurstelle abzuweisen, weil er eine radikale Gesinnung hat. Auf der anderen Seite können wir uns darauf berufen, daß ein revisionistisches Organ, das Dessauer Parteiblatt, kürzlich in anerkennendem Sinne schrieb: die Leipziger haben immer auf eine homogene Redaktion gehalten. Jede andere Auffassung führt dazu, die Redakteurstellen an den Parteiblättern als Versorgungsstellen für diejenigen Parteigenossen anzusehen, die zufällig Schriftsteller sind, womit das ganze Wesen der Parteipresse von Grund aus umgewandelt wäre.

Wird nun aber eine Mehrheitsredaktion durch die Gleichartigkeit ihrer Mitglieder durchaus lebensfähig, so werden alle ihre Nachteile auf die Spitze getrieben, wenn sie aus grundverschiedenen Elementen besteht, aus so grundverschiedenen Elementen, wie es innerhalb des allgemeinen Parteiramens nur immer geben kann. Dies eben wurde das Schicksal des „Vorwärts“, und wiederum aus durchaus achtungswerten Beweggründen. Wir sehen ganz davon ab, ob die Tatsache, daß den Berliner Genossen endlich ein Teil ihres berechtigten Anspruches eingeräumt und neben dem Parteivorstande das Aufsichtsrat über den „Vorwärts“ zugeordnet wurde, dabei mitgespielt hat. Dessenfalls ist darüber nichts bekannt geworden. In sich freilich liegt es auf der Hand, daß es die Aktionsfähigkeit eines Kampfblattes nicht erhöhen kann, wenn es unter zwei Instanzen steht, die sich nach ihren Aufgaben so unterscheiden, wie sich — um nochmals einen militärischen Vergleich anzuziehen — die Vorhut

dürftig, denn nur eine Firma in dieser Branche zahlt bis jetzt die geforderten Löhne.

Der partielle Kohlenarbeiterstreik, der in voriger Woche auf mehreren Kohlenplätzen ausgebrochen war, ist jetzt beendet. Auf den meisten Plätzen wurden die Differenzen durch mündliche Vereinbarungen und gegenseitiges Entgegenkommen geregelt, so daß die Lohnstreitigkeiten als erledigt betrachtet werden können.

Buchbinder und Buchbinder-Arbeiterinnen. Der Streik bei der Firma W. Kämmerer, Hochstraße 67/71 dauert unverändert fort. Die Einigungsverhandlungen, die vor dem Schiedsgericht angebahnt waren, haben sich zerfallen, da die Firma die Hauptforderung, die Entlassung der beiden Werkführer, ablehnte. Die Ausständigen, welche zum Teil schon jahrelang bei der Firma beschäftigt waren, beschloßen in gemeinsamer Abstimmung mit 68 gegen 6 Stimmen, die Forderung hochzuhalten und die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis die Werkführer aus dem Betriebe entfernt sind.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Buchbinder-Verbandes.

Achtung, Fliesenleger-Gehaltsarbeiter!

Die gestern Abend bei Patt, Dragonerstraße 15, stattgefundene und sehr zahlreich besuchte Versammlung der Fliesenleger-Gehaltsarbeiter beschloß einstimmig, heute bei den Firmen Rosenfeld u. Co., Bilsdorf u. Vogt, E. Ende und Perino u. Co. die Arbeit einzustellen. Diese Firmen zahlten bisher als Höchstlohn 50 Pf. pro Stunde, wo hingegen bei allen übrigen Firmen schon seit 1. Februar d. J. 54 Pf. und seit 1. August 55 Pf. für perfekte Fliesenarbeiter gezahlt werden. Bei den jetzigen Tarifverhandlungen legten die Firmen einen Entwurf vor, wonach Anfänger im ersten Jahre 48 Pf., im zweiten Jahre 50 Pf. und nach zweijähriger Tätigkeit 52 1/2 Pf. erhalten sollten. Mit diesem Angebot konnten sich die Arbeiter in keinem Falle einverstanden erklären. Da die Vertreter der genannten Firmen es ablehnten, auf anderer Grundlage, als wie die ihres Entwurfes, vor dem Gewerbegericht zu verhandeln, sind dieselben hiermit von heute ab gesperrt. Wir appellieren an das Solidaritätsgesühl aller Bauhandwerker, speziell der Fliesenleger, und in diesem Kampfe zu unterstützen und erwarten von den letzteren, daß sie keine Arbeit verrichten, die sonst Fliesenarbeiter verrichten. Wir betreiben noch auf die zu heute Abend im Infanterieklub angekündigte Versammlung und bitten, dieselbe zahlreich zu besuchen.

Der Vorstand des Ortsvereins Berlin der Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands, Abteilung II (Gehaltsarbeiter).

Deutsches Reich.

In der Zusammensetzung der Generalkommission der Gewerkschaften tritt eine wesentliche Veränderung ein. Der Gewerkschaftsausschuß wählte nach einer Mitteilung des „Correspondenzblatt“ für den Osten eines besoldeten zweiten Vorsitzenden der Generalkommission den Genossen H. Silberschmidt, bisher Gauleiter des Zentralverbandes der Maurer, und für den Posten eines zweiten Redakteurs und Expedienten den Genossen W. Janzon, bisher Angestellter des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins. Außerdem wurde für das Bureau der Generalkommission die Genossin Ida Ellmann gewonnen, deren Tätigkeit besonders in der Förderung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen bestehen soll. Fraulein Ellmann tritt gleichzeitig als Uebersetzerin in das internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen ein. Die drei Genannten werden ihre Amtler am 1. Oktober dieses Jahres antreten.

Die Ausschreibung der Holzarbeiter in Düsseldorf dauert schon über zwei Monate und immer noch ist das Ende nicht abzusehen, alle Verhandlungen sind bis jetzt resultatlos verlaufen. Die Unternehmer wollen keine Zugeständnisse machen und haben sie sich zum Ziel gesetzt, die Organisation der Holzarbeiter zu zertrümmern. Der Vorstand des Arbeiter-Schutzverbandes erläßt jetzt folgende Aufforderung:

„Angesichts der durch die unangenehme Haltung der Arbeitnehmer sich immer mehr zuspitzenden Lage in Düsseldorf ergeht hiermit an alle unsere Mitglieder die Aufforderung, unsere dortigen Kollegen durch Entsendung von Vertreter-Söhnen und überzähligen Töchtern tatkräftig zu unterstützen.“

Es ist den Unternehmern bis jetzt noch nicht gelungen, viele Streikbrecher heranzuziehen, man will es also nun mit Rekrutierung versuchen. Die Arbeitwilligen in Düsseldorf genießen den ausgiebigsten Schutz der Polizei, sie werden mit der Polizei von und zu der Arbeit geführt. Sogar Sonntage, wenn die Streikbrecher ein Vergnügungstafel aufsuchen wollen, steht die Polizei zur Verfügung. Die Polizei nimmt so einseitig für die Unternehmer Partei, daß die Ausgesperrten sich veranlaßt sahen, als Vorstellungen bei dem Chef der Polizei nichts fruchteten, in einer öffentlichen Versammlung Stellung zu den Vorcommissionen zu nehmen. Nach einem Referate und nach Wiedergabe ihrer Ergebnisse mit der Polizei seitens der Ausgesperrten, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die ausgesperrten Schreiner erbitten in dem übergroßen Aufgebote von Polizeimannschaften, welche zum Schutze der Arbeitwilligen beordert werden, für sich eine Benachteiligung. Durch das rigorose Auftreten verschiedener Polizeibeamten wird den Ausgesperrten unmöglich gemacht, den Schutz des § 152 der Reichsgewerbeordnung in der ganzen Form auszunutzen. Dies steht jedoch im schreiendem Gegensatz zur allgemeinen Rechtsfrage. Die Versammlung protestiert auf das allerentschiedenste gegen eine derartige Rechtsverletzung. Sie erwartet von der zuständigen Behörde, daß man die ausgesperrten Schreiner als gleichberechtigte Staatsbürger anerkennt, ihnen den gesetzlichen Schutz angedeihen läßt und die Polizeimannschaft zur Wahrung strengster Neutralität zwischen Unternehmern und Arbeitern ermahnt.“

Daß die Düsseldorfer Polizei ein scheinbares Vorgehen bezieht, geht auch daraus hervor, daß sie eine Versammlung auflöste, in welcher über „Generalstreik und Gewerkschaften“ von einem Berliner Anarchisten referiert werden sollte.

Der Bauarbeiterstreik in Arefeld ist durch einen Vergleich zwischen den streikenden Parteien beendet worden. Am Dienstag, den 12. September, wird die Arbeit wieder aufgenommen werden, gedauert hat der Streik 9 Wochen. Die Unternehmer, die sich strikte ablehnend gegen die Forderung eines Mindestlohnes verhielten, haben dieselbe nun doch anerkennen müssen, anerkannt wird von ihnen auch die Organisation. Von Seiten der Streikenden waren Stundenlöhne von 52 Pfennig für Maurer und 42 Pfennig für Bauhilfsarbeiter gefordert worden, bewilligt wurden 51 resp. 41 Pfennig, doch sollen diese Löhne vom 1. April 1906 ab um 1 Pfennig erhöht werden. Die Unternehmer werden nicht genügend Arbeitskräfte erhalten, ein großer Teil der Streikenden ist abgereist und hat in den umliegenden Städten lohnende Arbeit gefunden.

Nach dreimonatlicher Dauer des Bauarbeiter-Ausstandes in Lübeck, so meldet von dort ein Wolffisches Telegramm, beschloßen die Arbeiter die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Bei dem Erscheinen der Arbeiter auf den Bauplätzen verweigerten die Arbeitgeber gestern früh die Arbeit wieder aufzunehmen zu lassen, bevor nicht mindestens ein zweijähriger Lohnvertrag abgeschlossen sei.

Zur Arbeitseinstellung der Koer-Affordschauerleute in Hamburg.

Der Streik ist insofern in ein neues Stadium gekommen, als am Sonnabend Verhandlungen zwischen beiden Parteien stattfanden, die dazu führten, daß am Montagmorgen die Arbeit auf den angefangenen, noch nicht ganz entleerten Getreide-Dampfern aufgenommen wurde. Die Arbeitgeber erklärten in der Arbeitsvereinbarung einen Affordbruch, und um ihren zurückbehaltene Lohn nicht zu verlieren, erklärten sich die Schauerleute zur vorübergehenden Arbeit auf den in Betracht kommenden Dampfern bereit, während auf den neu eingetroffenen vier Dampfern die Arbeit ruht. — Auf dem griechischen Dampfer „Corvin Matjas“ wurde das Heizpersonal aufgefordert, Hilfsarbeiten zu verrichten, was abgelehnt wurde. Ein Deutscher und ein Russen verließen den „Corvin Matjas“ und begaben sich ins Streiktotal. Am Montagmorgen fanden neue Einigungsverhandlungen statt. Sollte es zu keiner Einigung kommen, so soll der Streik auf der ganzen Linie wieder aufgenommen werden.

Zum Streik der Hamburger Glaser. Wie schon mitgeteilt, haben die Großmeister sich mit den Gesellen geeinigt, indem sie außer den bis zum 1. April 1906 geltenden Bedingungen den von diesem Zeitpunkt ab stipulierten Tarifpositionen — u. a. dem Stundenlohn von 65 Pf. für volljährige Gesellen — zugestimmt haben. Die Junung, in der das Kleinrentarium tonangebend ist, erklärte sich am Sonntagmorgen mit dem ersten Teil der Forderungen einverstanden, dagegen fanden die geforderten und die von den Großmeistern bewilligten höheren Löhne ab 1. April 1906 keine Annahme. Der in der Versammlung anwesende Ausschuss gab die Erklärung ab, daß unter diesen Umständen eine Einigung mit der Junung nicht zu erzielen sei. Der Streik bei den Kleinmeistern, richtiger bei einem Teil derselben, da schon viele abgesprungen sind, dauert fort.

Der Streik der Holzarbeiter in Jülich, der noch immer über 1500 Mann umfaßt, dauert unverändert fort. Am Freitag und Sonnabend fanden vor dem dortigen Gewerbegericht Einigungsverhandlungen statt, an denen außer den örtlichen Organisationsvertretern der Landtagsabgeordnete Genosse Segitz, der Gauborstehrer des Holzarbeiterverbandes und ein Bevollmächtigter der Pilsch-Bunderischen Gewerksvereine teilnahmen. Die Forderungen der Arbeiter wurden von dem Vorsitzenden der Jülicher Zählstelle, Genossen Jöllner, begründet, der darauf hinwies, daß der in Jülich in Betracht kommende Teil der Holzindustrie fast ohne Konkurrenz bestehe und daß dort, wo sich die Anfänge einer solchen zeigen, die Löhne höher und die Arbeitszeit länger seien als in Jülich. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei mit Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter notwendig, da die intensive Arbeitsweise besonders die Lungen- und Nervenkrankheiten unter den Arbeitern fördere. Ebenso müsse gegen die fortgesetzte Verkürzung der Arbeitszeit Stellung genommen werden. Die Unternehmervertreter suchten die Behauptung zu widerlegen, daß sie die Konkurrenz nicht zu fürchten hätten, und wollten schließlich nur die 55 1/2 stündige Arbeitswoche unter Fortzahlung des bisherigen Lohnes, aber ohne Erhöhung der Affordlöhne zugesichern, während die Arbeitervertreter einstimmig erklärten, mindestens an der 54 stündigen Arbeitszeit festhalten zu müssen. Auch am Sonnabend war keine Einigung zu erzielen, weshalb die Verhandlungen auf nächsten Freitag verlegt wurden. Der Streik sieht bis jetzt für die Arbeiter sehr günstig, da nur wenige Streikbrecher zu verzeichnen sind.

Ausland.

Der englische Gewerkschaftsausschuß

Ist zu Ende. Seine Verhandlungen und Beschlüsse haben sich in mancher Beziehung recht vorteilhaft ab von seinen Vorgängern. Namentlich hat er gezeigt, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterpolitik unter den Trades-Unions immer weitere Fortschritte macht. Die unabhängige Arbeiterpartei und die Sozialdemokratische Föderation haben mit ihren Versammlungen, die sie während der Tagung des Kongresses abhielten, sehr gute Erfolge erzielt. Auch die Versammlung der Gasarbeiter, eine der fortschrittlichsten Gewerkschaften, bedeutet einen sozialistischen Erfolg. Das Parlamentarische Komitee hat gefaßt, dem Präsidenten Roosevelt für seine Bemühungen um den Frieden und dem König Edward für das Zustandekommen der friedlichen Verständigung mit Frankreich danken zu müssen. Gleichzeitig aber wurde vom Parlamentarischen Komitee auch eine Resolution votiert, in der es heißt, es sei den englischen Arbeitern wohl bekannt, daß ihre deutschen Kameraden einen gleichen Kreuzschicksal mit England herbeizuführen und anstreben, wie er so glücklich zwischen England und Frankreich zustande gekommen. Im weiteren wird verprochen, daß die englische Arbeiterschaft die äußersten Anstrengungen machen werde, ihre Regierung dahin zu drängen, eine systematische Abweisung durch Vereinbarung mit den anderen Staaten anzustreben. Schließlich appellieren wir an unsere deutschen Kameraden, bereit mit uns unaufhörlich gegen die chaotische Verheerung an beiden Seiten der Nordsee zu kämpfen und eine Verständigung zwischen beiden Völkern herbeizuführen zu helfen, zum allgemeinen Nutzen der internationalen Arbeit. — Die sich das Parlamentarische Komitee gegen den Jingoismus, so sprach sich der Kongress selbst ebenso energisch aus gegen die wirtschaftliche Abschließung des Landes durch Schutzzölle. Das Beispiel Deutschlands, die jetzigen teuren Fleischpreise, konnten als abschreckendes Vorbild herangezogen werden. Jede Abweichung von den Prinzipien des Freihandels — so heißt es in der mit 1253 000 gegen 26 000 Stimmen angenommenen Resolution — würde nicht bloß eine Schädigung der Arbeiterklasse bedeuten, sondern auch die Nation als Ganzes empfindlich treffen. Verworfen wurde der Protectionismus ferner als eine ständige Gefahr für den internationalen Fortschritt und als ein Hindernis für den internationalen Frieden. In größeren Debatten kam es dann nur noch bei dem Antrage von Ven Tillet auf Einführung obligatorischer Schiedsgerichte für gewerbliche Streitigkeiten. Dieser Antrag wurde gegen eine erhebliche Widerheit (765 000 gegen 673 000 Stimmen) abgelehnt. Am dritten Tage fand eine Resolution, welche die Nationalisierung der Eisenbahnen, Kanäle und Bergwerke fordert. Annahme. In sonstigen Beschlüssen sind noch zu erwähnen: Die Forderung des Achtstundentages bezu. die 45stündige Arbeitswoche. Von den Kooperativ-Gesellschaften wird die Einführung des Achtstundentages und die Beschäftigung von nur organisierten Arbeitern verlangt. Auf Antrag Steadman (Schiffbauarbeiter) wird beschlossen, die Einführung einer allgemeinen Alterspension zu fordern, wonach jeder Bürger nach vollendetem 60. Lebensjahre 5 Schilling Pension pro Woche zu erhalten hätte. Ein Protest gegen die Anwendung von Ausarbeit in Südafrika fand Annahme. — Als Sekretär des Parlamentarischen Komitees wurde Steadman gewählt. Des Sekretariats soll in Kürze zu einem ständigen mit einem besoldeten Beamten umgewandelt werden.

Gerichts-Zeitung.

Der Streik bei Westphal u. Reinhold bildete den Untergrund einer Anklage, die gestern vor der dritten Juri-Strasskammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Bei diesem Streik hatten der Arbeiter Kretzin, seine Ehefrau und der Arbeiter Roschinski ihre Kollegen im Stich gelassen und sich dem Ausstände nicht angeschlossen. Wie sie nun behaupteten, seien sie deshalb auf der Straße wiederholt belästigt worden. Eines Tages wurden sie, als sie die Fabrik verließen, auf der Straße von einem ganzen Trupp Arbeiter umringt und bedrängt, am Weitergehen zu hindern und mit bösen Redensarten bedacht. Unter anderem soll ihnen die Drohung zugerufen worden sein: „Wenn die Streikbrecher die Lude nicht bald verlassen, gibts Messerstücke!“ Auch Worte wie „Schimpf und Schande“ fielen und speziell dem Arbeiter Roschinski wurden die Titel „Lump“ und „Streikbrecher“ verliehen. Die Verleumdung soll nach der richtigeren Behandlung eines Zeugen dem Arbeiter Eduard Herzner zur Last fallen. Außerdem wurden der Schlosser Max Langer und der Richter Otto Lehmann bestimmt als solche Personen bezeichnet, die mit anderen an jenem Tage die Zeugen bedrängt hätten. Sie standen deshalb gestern wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I. Herzner außerdem auch wegen Verleumdung. Sie bestritten, das Geschehene zu haben und machten ihrerseits unter anderem geltend, daß gerade der Zeuge Roschinski ein Messer in der Hand gehabt und gedroht habe, jeden niederzustechen, der ihn belästigen werde. Der Staatsanwalt hielt nach der Zeugenvernehmung die Anklage für erwiesen und beantragte gegen Langer und Lehmann je zwei Monate, gegen Herzner drei Monate Gefängnis. Der Verteidiger bestritt die Anwendbarkeit der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung, da der Jurok des Streiks nicht die Erlangung, sondern nur die Erhaltung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, die den Arbeitern schon zugesichert waren, gewesen sei. — Der Gerichtshof tritt nach längerer Beratung der Ansicht des Staatsanwalts bei und verurteilt Langer und Lehmann zu je zehn Tagen, Herzner zu zwei Wochen Gefängnis.

Wegen Vergehens gegen das Gesetz vom 12. Mai 1901 betreffend die Privat-Versicherungsgesellschaften hatte sich der Vorsitzende des Verbandes der polnisch-katholischen Arbeitervereine, Wlad, gestern vor dem Schöffengericht zu verant-

worten. Der Verband hat eine Wohlfahrts-Einrichtung geschaffen, dergestalt, daß er im Todesfall den Hinterbliebenen Sterbegelder gewährt. Die der Angeklagte ausinaberrichte, ist dies eine reine Wohlfahrtsorganisation. Die Mittel werden dadurch geschaffen, daß 50 verschiedene Vereine pro Monat und pro Kopf ihrer Mitglieder 10—20 Pf. zu diesem Zweck an den Verband abliefern. Die Höhe der Sterbegelder wird jährlich nach den vorhandenen Mitteln berechnet, ein einlagbares Recht aber dadurch für die Mitglieder nicht hergestellt. Das kaiserliche Schöffengericht erachtete diesen Rodus nur für eine Umgehung der Bestimmungen des Gesetzes vom 12. Mai 1901, welches vorschreibt, daß Privatversicherungsgesellschaften — um eine solche soll es sich hier handeln — das Vorhandensein eines Reservefonds nachzuweisen haben. — Der Angeklagte bestritt entschieden, daß dieser reinen Wohlfahrts-Einrichtung der Charakter einer Privatversicherungsgesellschaft beizulegen sei und machte darauf aufmerksam, daß eine ganze Reihe anderer Verbände die gleiche Einrichtung haben, ohne daß gegen sie mit einer Anklage vorgegangen werde. Das Schöffengericht hielt die Anklage für berechtigt und verurteilte den Angeklagten zu 50 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 100 M. beantragt.

Ein Polenprozeß, bei dem zehn Mitglieder des Charlottenburger Solofs sich wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten hatten, kam vor dem Landgericht I zur Verhandlung. Am 29. Oktober v. J. feierte der Charlottenburger Solof sein Stiftungsfest. Die Polizeibehörde, welche das Fest als ein öffentliches anjah und die Solofs ihrer polnisch-nationalen Tendenz wegen als politische Vereine betrachtete, entsandte zwei ihrer Beamten, den Polizeiwachmeister Dalsberg und den Kriminalkommissar Zuehlke zur Ueberwachung. Von den Vorstandsmitgliedern des Solofs wurde den Beamten „höflich aber entschieden“ der Zutritt zum Festlichkeiten verweigert, mit dem Hinweis, daß es sich um eine „geschlossene Gesellschaft“ handele. Das Schöffengericht hatte sich dieser Auffassung angeschlossen, die Angeklagten kostenlos freigesprochen. Der Staatsanwalt selbst hatte die Freisprechung beantragt. Die Oberstaatsanwaltschaft legte jedoch auf Veranlassung der Charlottenburger Polizeibehörde Berufung ein, so daß die Angelegenheit in zweiter Instanz vor dem Landgericht kam. Die „herausgegebenen“ Polizeibeamten bezeugten, daß sie bei früheren Solofestlichkeiten „nichts Politisches“ wahrgenommen hätten, während der Charlottenburger Polizeikommissar Friedel auf den ausgesprochenen politischen Charakter der Solofs hinwies. Die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Liebnecht. Als Sachverständiger für Solofangelegenheiten wurde deren gründlicher Kenner Polizeikommissar Wänther aus Posen benannt. Der Gerichtshof beschloß für diesen Zeugen und den Kommissar Zuehlke bei ihrer vorgelegten Behörde um Entbindung von der Amtspflichtigkeit zu ersuchen und verlegte deshalb die Verhandlung.

In der Sonnabendnummer berichteten wir über den Diebstahlprozeß der gegen eine Krankenpflegerin Mathilde Künert angehängt worden ist. In dieser Angelegenheit erachtete sich die Krankenpflegerin Frau Elisabeth Künert, Czargarten 14, um Veröffentlichung der Mitteilung, daß sie mit der Angeklagten nicht identisch ist.

Vermischtes.

Zur Cholera-gefahr

Wird von einer ganzen Reihe Bezirke gemeldet, daß scharfe Vorsichtsmaßnahmen gegen ein Auftreten und eventuelles Weiterverbreiten dieser tödlichen Epidemie getroffen wurden. — Die Eisenbahn-direktion Stettin hat für den Führerbesatz 20 besondere Wagen in Betrieb gestellt, die in Verbis von eigens dazu bestimmten Personen geschlossen, in Frankfurt a. O. desinfiziert und dann leer wieder nach Bromberg zur Ueberführung zurückgeführt worden. — Die Errichtung der Cholera-Ueberwachungsstation in Köpenick hat zum Erfolg einer Regierungs-Polizeiverordnung geführt, nach welcher die Führer derjenigen Fahrzeuge und Hölze, welche die Fürstlichen Schläufe durchfahren haben, verpflichtet sind, 150 Meter oberhalb der beiden Köpenicker Brücken zu halten. Die Schiffsführer und Hölzer haben sich bei der Ueberwachungsstation an der Langen Brücke zu melden, sich der gesundheitspolizeilichen Kontrolle zu unterwerfen und den Anordnungen des Leiters der Ueberwachungsstation Folge zu leisten. Eine bakteriologische Untersuchung des Spreewassers ist noch nicht erfolgt, da man daselbst für einwandfrei hält. — Auch in den Provinzen Posen und Westpreußen werden umfangreiche Vorsichtsmaßnahmen getroffen. So hat der Posener Polizeipräsident angeordnet, daß alle Anordnungen zu unterlassen sind. Die Polizeiverwaltung von Posen hat den russischen Hölzern das Betreten des Stadtgebietes verboten und die Gastwirte angewiesen, keine Hölzer in ihren Lokalen zu dulden. — In Bromberg ist die Entnahme von Wasser aus dem Bromberger Kanal und der Wahe verboten. In Marienburg ist das Marienburger Schloß für den Fremdenverkehr geschlossen. Sämtliche Hotels haben der Polizei Fremdenlisten einzureichen. Die Straßen werden täglich durch die Wasserleitung gespült und die öffentlichen Schöpfstellen sind geschlossen. Die bisher zur Bekämpfung der Seuche in Westpreußen aufgewendeten Kosten betragen 250 000 Mark.

Die „Ostdeutsche Rundschau“ meldet über den Stand der Cholera im Bromberger Bezirk: Erkrankt in Czarnikau ein Hölzer, in Labischin ein Schiffsrumpf und ein Fischer, in Wjß eine Ortsarme, festgesetzt ist Cholera in weiteren vier Fällen in Wraschmünde, Rakel und Snesen.

Ferner sind der „Ostdeutschen Presse“ zufolge an Cholera gestorben: Ein Eigentümer in Schönlanke und das zweite Kind des Eigentümers Kroll in Drahig. Bei zwei Strafgefangenen, einem Weichensteller und einem Kanalarbeiter in Snesen sowie bei einem Manne in Stieglitz, Kreis Czarnikau, die unter Cholera-erbächtigen Erscheinungen erkrankt waren, ist Cholera nicht festgestellt worden. Im Regierungsbezirk Bromberg sind bis jetzt im ganzen 83 Fälle vorgekommen. Davon sind 15 tödlich verlaufen.

Von den an der Cholera erkrankten Personen ist in Wraschmünde ein 2 1/2 Jahre altes Kind, in Rakel ein Arbeiter und in Wjß eine Ortsarme gestorben.

Wie die „Neuen Westpreussischen Mitteilungen“ melden, ist ein russischer Hölzer im Krantenhaus Reuenburg unter Choleraerkrankung gestorben. Eine aus Gartonitz, Kreis Schwiege, gebürtige Schmittlerin ist unter Choleraerkrankung erkrankt. In Graudenz ist bei einem zweijährigen Kinde, bei einem Moskauerputzer und zwei Arbeitern die Cholera bakteriologisch festgestellt worden. In Graudenz sind eine Frau und ein aus Kalm zugewandelter Arbeiter unter Cholera-erbächtigen Erscheinungen erkrankt. In Nieder-Aus-Maach ist bei einem dreijährigen Kinde, das am Sonnabend verstorben ist, Cholera amtlich festgestellt worden. In Kurzebrack sind zwei weitere Kinder des Rührmanns Weier unter Choleraerkrankung gestorben. Dasselbe ist in Jesewitz bei zwei Kindern einer dort an der Cholera verstorbenen Fischerfrau der Fall. Bei einer seit dem 4. September unter Beobachtung stehenden Wuhnenarbeiterstochter in Kalm sind Cholera-bakterien festgestellt worden.

Weitere Meldungen bezogen: Marienburg, 11. September. Im Laufe des heutigen Vormittags ist hier ein, in Heubuden sind zwei neue Choleraerkrankte Fälle festgestellt.

Graudenz, 11. September. Bei dem Manne Rambach vom 4. Manen-Regiment in Thorn, der mit anderen Manen in der hiesigen Artillerielafarne einquartiert war, ist Cholera amtlich festgestellt worden.

München, 11. September. Die Korrespondenz Hoffmann teilt mit: In der pfälzischen Orttschaft Jägersburg, Bezirksamt Homburg, sind in den letzten Tagen sieben Personen unter Erscheinungen des Wucherdurchfalls erkrankt, zwei hiervon (ein Knabe und ein alter Mann) sind gestorben; die übrigen, welche sämtlich zur gleichen Familie wie der verstorbenen Knabe gehören, wurden sofort in das Homburger Krankenhaus gebracht und befinden sich mit Ausnahme des Vaters bereits wieder besser. Nach den amtlichen Erhebungen und Sektionsergebnissen sind die Erkrankungen

wahrscheinlich gewöhnliche Durchfälle. Das Resultat der bakteriologischen Untersuchung steht noch aus. Die strengste Isolierung aller Beteiligten sowie die Desinfizierung der Anwesen sind sofort angeordnet und durchgeführt worden.

Das Erdbeben in Italien.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet: Bis jetzt ist die Summe des Schadens, den die Erdbebenkatastrophe in Kalabrien verursacht hat, noch nicht bekannt. Erst gestern langten Meldungen des Spezialkorrespondenten an, aber auch sie geben nur die ersten Eindrücke, keine Gesamtstatistik bekannt, nur daß im Gebiet Catanzaro 100 000 Menschen obdachlos und daß der gänzlich zerstörte Ort Martina bei Pizzo allein 2200 teils tote, teils verwundete Opfer zählt. In Monteleone sind die Verheerungen größer als bei dem kurzbarren Erdbeben im Jahre 1883.

Die Zahl der durch das Erdbeben Getöteten wird auf 5000 angegeben. In Stefanacoli liegen die Toten auf offener Straße, meist Frauen und Kinder. Der größte Teil der zerstörten Ortschaften wird nicht wieder aufgebaut. Die Bewohner verlangen freie Fahrt nach Amerika, da sie das Land verlassen wollen.

In ganz Italien herrscht große Einmütigkeit in Geldsammlungen. Der König reiste nach dem Erdbebengebiet ab, in seiner Begleitung befindet sich der Herzog von Costa.

Kaiser Wilhelm und andere Staatsoberhäupter haben dem König von Italien aus Anlaß der Erdbebenkatastrophe in Kalabrien telegraphisch ihr tiefes Bedauern und ihre lebhafteste Sympathie für Italien, das so schwer getroffen ist, ausgesprochen. Der Ministerpräsident beschloß, wie telegraphisch aus Rom gemeldet wird, in seiner gestrigen Sitzung, 250 000 Lire zum Besten der Opfer der Erdbebenkatastrophe zu verwenden. Das Ministerratspräsidium und verschiedene Ministerien steuern außerdem zusammen 25 000 Lire bei für die nationale Sammlung zum Besten der Verunglückten; der Navigazione Generale Italiana hat Fortis 10 000 Lire für die Geschädigten zur Verfügung gestellt.

In Goldminen verpfändet. In den Unterschlagungen bei den Oberschlesischen Kokswerken wird berichtet, daß bisher jede Spur des Desfranchanten Hupo Spiegel fehlt, doch nimmt man an, daß Spiegel nach Amerika geflüchtet ist. Mit welchem Raffinement Spiegel verfuhr, erhellt daraus, daß er, wie nunmehr festgestellt ist, schon seit Jahren bei Antritt seines Sommerurlaubes jedesmal ungefähr eine Viertel Million Mark, die er sich auf betrügerische Weise verschaffte, mit auf die Reise nahm. Er verfolgte damit den Zweck, für den Fall, daß während seiner Abwesenheit seine Malversationen entdeckt würden, mit reichlichen Mitteln für seine Flucht versehen zu sein. Spiegel, der Produzent der Oberschlesischen Kokswerke und gleichzeitig Direktor eines Zweigunternehmens dieser Gesellschaft, der Russischen Montanindustrie-Aktiengesellschaft war, genoss das unbedingte Vertrauen seiner Vorgesetzten. Seine Defraudationen wurden ihm durch den Umstand erleichtert, daß er Kassierer war und gleichzeitig die Kassenbuchführung unter sich hatte. Den größten Teil der veruntreuten Summen verlor Spiegel in umfangreichen Spekulationen, und zwar hauptsächlich in Goldminen, die er bei zwei hiesigen mittleren Bankfirmen unternahm. Seine Familie täuschte Spiegel über seine recht luxuriöse Lebensweise dadurch, daß er ihr gegenüber sein Einkommen, das etwa 20 000 Mark betrug, als wesentlich höher angab.

Explosion im Pulverwerk. Der Draht meldet aus Connessville: Eine große Explosion fand in den Pulverwerken in der Nähe von Uniontown statt. Von den aus zehn Gebäuden bestehenden Werken blieb keine Spur mehr übrig. Fünfzehn Menschen kamen ums Leben. Im Umkreise einer Meile stürzten die Häuser ein.

Bund der techn. industr. Beamten, Ortsgruppe Berlin. Freitag, den 13. September, abends 8 Uhr, in den Germania-Beachtställen, Chausseest. 103: Versammlung. Tagesordnung: „Gesellschaftsorganisation und Klassenbildung“. Ref.: Privatdozent Dr. v. Wieje. Nachher freie Aussprache. Gäste sind eingeladen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 50. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Friedens- und Verfassungsfragen. — Zum Parteitag. Von R. Kautsk. — Die „Gerichtskronik“ in der Parteipresse. Von Wlad. Zursky. — Die Organisationsfrage und der Parteitag. Von Heinrich Schulz. — Sozialdemokratie und Volksbildung. Von Ad. Für-Brandenburg. — Neue Briefe von Ferdinand Lassalle. Von Rudolf Hilferding. — Noch einmal die unumgängliche Diskussion. Von R. Kautsk. — Einmütigkeiten und Unmütigkeiten auf dem Ortskrankenlagentage zu Dresden. — Literarische Rundschau: Dr. Alexander Tille, Der soziale Ultramontanismus und seine „katholischen Arbeitervereine“. Von Gustav Hoch. — Notizen: Die Unfallgefahr ausländischer Arbeiter. Von E. G.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„**Kommunale Praxis**“, Wochenschrift für kommunalpolitisch und Gemeindefortschritt. Herausgegeben von Dr. H. Siedelmann, Berlin. Daß der Gedanke, die Gemeinden sollten durch eigene Herausgabe der Zeitschrift steuern, Wurzel geschlagen hat, beweisen nicht nur die Vorgänge im Berliner Stadtoberordnetenkollegium, sondern auch die Zeugnisse aus der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, die wir in der neuesten Nummer der „Kommunalen Praxis“ zusammengefaßt finden.

Der reichhaltige Inhalt des Heftes wird unseren Gemeindevertretern und allen, die sich für kommunale Politik interessieren, wieder viele Anregung bieten.

Probenummern der Wochenschrift sind kostenlos jederzeit vom Verlage der „Kommunalen Praxis“, Berlin W. 15, zu beziehen.

„**Jena**“ heißt diesmal das Zeitgedicht des „Südd. Postillon“, das Ernst Maar als Prolog dem Parteitag widmet. Dilem! schließt sich „Was in der Welt vorgeht“ an. — Kirchenstaat (Geb.) — Väterchen Goliath. Eine Fabel von William Bromme. — Die Abheilung der Fleischnot. (Geb.) — Daselbe Thema behandelt das farbige Titelbild: „Nationale Samwirtschaft“. — Das Mittelbild zeigt uns drei schlumme Geister, flüsternd und rauchend im deutschen Blätterwald; wohl will der Michel seine Taschen zugeknöpft halten, aber — — ?! Schließlich bringt der „Südd. Postillon“ in seiner Nr. 19 noch eine Schmetterlingsjagd mit flügendem Gedicht und noch eine Reihe Kleinigkeiten.

R. G. May. Zur Hamburger Wahlrechts-Vorlage Material zur Kritik ihrer Begründung. (Hamburg, G. Boyesen.)

A. Hamon. Socialisme et Anarchisme. Paris. E. Sansot et Cie., 53, Rue Saint-André-Des-Arts, 53.

Verband deutscher Bergarbeiter. Protokoll der 16. Generalversammlung, abgehalten zu Berlin vom 10. bis 15. Juni 1905. Preis 1 M. für Mitglieder 30 Pf. 328 Seiten. Druck von D. Handmann u. Co. Bochum.

Der politische Massenstreik und die politische Lage der Sozialdemokratie in Deutschland. Vortrag von Ed. Bernstein. Verlag der „Volksmacht“, Breslau III, Graupenstr. 6.

Ernst Abbe, ein Lebens- und Charakterbild von Fr. Thieme. Sonderabdruck aus der „Thüringer Warte“. Verlag von Bruno Feigenplan in Jöhnd. Preis 50 Pf.

Arminius, Gewalt geht vor Recht. (Zul. v. Ehlers, Hensburg.)

Sozialer Fortschritt. Heft 47/48: Wille, Th.: Vorteile aus der Invalidenversicherung (Unfall- und Krankentafel) für den Versicherten. (30 Pf.) — Heft 49/50: Zepher, R. R.: Volkshochschulen. (30 Pf.) — Heft 51: Kallher, L.: Die Siedlungsvereine als Lösung der Arbeiterfrage. (25 Pf.) Verlag: Felix Dietrich, Leipzig, Brüderstr. 49.

Reuvert, Malvine: In den menschlichen Dschungeln. Die deutsche Rädchen im Auslande rechtlos sind. Ein Gedicht. (Rechtsfragen Heft 4. 50 Pf.) Verlag: Felix Dietrich, Leipzig, Brüderstr. 49.

Goermann, Frz.: Gold und Geldverwertung. Auf Veranlassung des Deutschen Vereins für ländliche Volkshilfe- und Heimatspflege herausgegeben. 31/32 Bogen. 1 M. Verlag: Felix Dietrich, Leipzig, Brüderstr. 49.

Massenstreik und Eihil von Dr. Rudolph Benzig. Frankfurt a. M. Neuer Frankfurter Verlag. Preis 75 Pf.

Hilgers illustrierte Volksbücher. Bd. 33. Die Nordpolforschung von Dr. phil. Fritz Regel. (Hermann Hilgers, Berlin, Leipzig.)

Briefkasten der Redaktion.

Leber, Jena. Ihre Zuschrift ist am Sonnabend nicht eingegangen und konnte deshalb in der Sonntagsnummer nicht gebracht werden. —

Parlament. Der König herrscht, aber er regiert in England nicht. In der lateinischen Form: rex regnat, sed non gubernat. — **Haugenauer.** Sie können zu dem Gelegenheitsverkauf nichts tun. Es bleibt Ihnen nur die Möglichkeit, mit Verlust an die Gesellschaft zurückzuerkaufen. — **F. B. 12.** Eine politische Zeitschrift ist kein Adressenbureau. Fragen Sie in einer größeren Deutscher Buchhandlung nach. — **Angler 50.** Unsere Redaktion achtet weder auf den noch „häusliche“ Band- und Regenwärmern. Vielleicht erhalten Sie Auskunft durch einen weltverwehnten Angler bezw. durch die „Fischer-Zeitung“ in Reudamm, R./M., Redaktion in Schwerin, Medlenburg. — **W. H. a)** Richtig. **b)** Auch richtig. **c)** Eins schließt das andere nicht aus. Wo eine unentschiedene und überflüssige Sache. — **B. 9.** Döberanerstr. 6, Rostock. Dort Redaktion der sozialdemokratischen „Volkszeitung“. Alle Einzelheiten können Sie von dort her erfahren. — **e. a. a.** Nicht „a. a.“: E. Bernstein, R. d. R.

C. G. Bei genauerem Studium hätten Sie sich die Anfrage erbarmen können, da die gewünschte Angabe schon in Nr. 210 vom 8. September erfolgt ist.

Briefkasten der Expedition.

J. R. Die gemünzten Nummern sind noch zu haben. — **Karolus.** Der Roman „Klammern“ von Hegeler ist in Buchform zu haben und durch die Expedition des „Vorwärts“ zu beziehen.

Witterungsbildbericht vom 11. September 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C	Temp. u. F. °F.	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C	Temp. u. F. °F.
Eisenmende	760	SSW	4	bedeckt	15	59	Haparanda	747	SD	4	wollig	13	55
Hamburg	760	SSW	5	bedeckt	13	55	Petersburg	—	—	—	—	—	
Berlin	762	SSW	1	bedeckt	15	59	Sibirj	761	SSW	4	halb bed.	14	57
Frankf. a. M.	762	R	1	Regen	15	59	Udredten	752	SSW	1	bedeckt	8	46
München	765	SSW	4	wolkig	17	63	Paris	761	OND	1	bedeckt	14	57
Wien	765	SW	—	wolkig	17	63							

Wetter-Prognose für Dienstag, den 12. September 1905. Nimmlich kühl, teilsweise anflarend, vorwiegend trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 8. September. Elbe bei Hufsch + 0,54 Meter, bei Dresden + 0,78 Meter, bei Magdeburg + 1,34 Meter. — **Unstrut** bei Craunfurt + 1,40 Meter. — **Oder** bei Kallbor + 1,88 Meter, bei Breslau Unterpegel + 5,02 Meter, bei Breslau Unterpegel - 1,36 Meter, bei Frankfurt + 1,54 Meter. — **Weser** bei Brahmünde + 2,57 Meter. — **Wartbe** bei Bojen — Meter. — **Recke** bei Hufsch + 0,98 Meter.

Gegründet 1825.

Fr. Hahn Berlin C. 25 Alexander-Platz.

Neuheiten in Herbst-Kleiderstoffen.

- Kostümstoffe** im Herrenstoffgeschmack, meliert, getreift und kariert, 110—130 cm breit, Meter 1,50, 1,80, 2,00 bis 6,50
- Melierte Tuche** in zwei- und mehrfarbigen modernen Melangen, 110 cm breit, Meter 2,15, 2,40, 2,80 bis 7,00
- Karierte Tuche** glänzende, gute Qualitäten in kleinen u. größeren Karostellungen, 110—130 cm breit, Meter 2,25, 2,60, 3,00 bis 6,80
- Karierte Fantasie- und Lup-Stoffe** kleine und größere Karos mit buntfarbigem Lup oder Krimmer, 95 bis 108 cm breit, Meter 1,35, 1,50, 1,75 bis 4,80
- Farbige glatte Damentuche** beste Qualitäten mit bleibendem Glanz, 110—130 cm breit, 2,00, 2,50, 3,00, 3,75 bis 8,00

- Einfarb. karierte Stoffe** auf Lasting oder Tuchfond, auch mit Ombrewirkung, 100 bis 110 cm breit, Meter 1,50, 2,00, 2,25 bis 3,80
- Einfarbige glatte Satins u. Satin-Tuche** glänzende, gediegene Qualitäten in allen neuen Farben, 110 cm breit, Meter 1,50, 1,75, 2,00 bis 4,00
- Gestreifte u. karierte Blusenstoffe** große Auswahl in aparten, neuen Farbenstellungen, 95—110 cm breit, Meter 1,10, 1,30, 1,50, 1,80 bis 3,00
- Brochierte Blusenstoffe** auf kariertem oder gestreiftem Fond, mit aparten Ringel- und Objektivmustern, 95—110 cm breit, Meter 1,50, 1,60, 1,80, 2,00 bis 3,80
- Gestreifte Flanelle** matte, verschwommene Grundstoffe mit schmalen oder breiten Streifen, 80 bis 110 cm breit, Meter 1,25, 1,80, 2,25 bis 3,00

Moderne Seidenstoffe Gestreifte Blusenstoffe reine Seide, aparte neue Streifen Meter 1,75, 2,00, 2,50 bis 4,00
 Reinseid. Chinestoffe auf Louisinod. Taffetfond Meter 2,50, 2,80, 3,50 bis 5,00

Reinseidene Taffet-Schotten auch mit Atlasstreifen, Meter 2,00, 2,50, 2,80, 3,00 bis 5,00
Reinseidene Damasses für Gesellschafts- und Straßenroben in allen modernen Farben, auch zweifarbig changierend, Meter 2,50, 2,80, 3,00 bis 6,50

Nach auswärts bitte Proben zu verlangen.

Der reich illustrierte

Herbst- und Winter-Hauptkatalog wird auf Wunsch zugesandt (kostenlos und portofrei).

„Das patriarchalische Verhältnis.“

Der Aufsatz in Nr. 127 dieser Zeitung, in dem über den Prozeß gegen Dr. Hartwig in Caputh berichtet wurde, trug die Ueberschrift: „Der Gutbezirker auf der Anklagebank.“ Der Vorsitzende der Strafkammer in Potsdam, die am Sonnabend in der Berufungsinstanz in jenem Prozesse verhandelte, hätte die Verhandlung kaum anders leiten können, als er es tat, wenn er die Absicht gehabt hätte, das Urteil zu bestätigen, das sich in jener Ueberschrift unseres Aufsatzes ausdrückte, das Urteil nämlich, daß es sich in dem Prozeß zwischen Amtsvorsteher und Arzt in Caputh um typische Zustände handelt, um Zustände, die sich in den Gutbezirken der preussischen Landgemeinden allgemein vorfinden. Wir haben im Juni im Anschluß an den Prozeßbericht die geschichtliche Entwicklung dieser Zustände beleuchtet und die Erwartung ausgesprochen, daß der Prozeß von Caputh Anlaß geben werde, den Kampf gegen die Gutprivilegien, der das neunzehnte Jahrhundert hindurch von der Stein-Gardenbergischen Gesetzgebung bis zur Landgemeindeordnung Hertfurths gedauert hat, wieder aufzunehmen. Die bürgerliche Presse hat allerdings den Beweis geliefert, daß sie auch auf diesem ihr durch hundertjährige Tradition zukommenden Gebiete den Zusammenhang mit ihrer Ueberlieferung gänzlich verloren hat: der Prozeß hat in der liberalen Presse keine nennenswerte Beachtung gefunden.

Vielleicht bestimmt sich diese Presse auf ihre Aufgabe im weiteren Verlaufe der Angelegenheit; vielleicht wird die Verhandlung vom letzten Sonnabend, über die wir schon berichtet haben, einen kleinen Ruck in die träge Masse bringen, als welche sich die erwähnte Presse mit wenigen Ausnahmen gegenüber dem Falle Hartwig gezeigt hat.

Der Präsident der Strafkammer gebrauchte im Laufe der Verhandlung und selbst im Urteil, das er verkündete, wiederholt die Wendung, es handle sich eben um patriarchalische Verhältnisse; der Amtsvorsteher sei zugleich Gutbesitzer, und wenn er als Gutbesitzer für ihn entwendete Kleinigkeiten einen vielfachen Ersatz von dem angeblich Schuldigen verlange, so habe das mit seinen Amtsvorsteherpflichten nichts zu tun, er dürfe in solchen Fällen die ihm von Polizei wegen obliegende Verpflichtung zur Strafverfolgung unterlassen und statt ihrer die gezahlte Entschädigung in seine Gutsvorsteherkasse stecken; es wurde auch nicht dabei gefunden, daß der Amtsvorsteher, der für die Kosten der Polizeiverwaltung in seinem Bezirk zum Teil aufkommen muß, 60 M. von einer Pioniertruppe in die Amtskasse zahlen läßt, weil die Pionier falsche Nachfahrerarten benutzt haben, ein Vergehen, das in keiner Weise in die Kompetenz des Amtsvorstehers gehört, es sei denn insofern, als er die Schuldigen der Staatsanwaltschaft zuführen müßte. Nach dem Urteil der Strafkammer in Potsdam trifft den Gutbesitzer und „Amtsvorsteher von Thümen“ auch nicht der leiseste Vorwurf, wenn er seinen von ihm zu besoldenden Stellvertreter Thurley anweist, 75 M. in die eigene Tasche zu stecken, die Thurley zur Verteilung an die Armen Capuths bekommen sollte: die Strafkammer findet es patriarchalisch begründlich, daß Herr von Thümen in der Anweisung des Geschenkgebers, daß die 75 M. verteilt werden sollten, die zarte Anspielung entdeckt hat, Thurley solle sie für sich haben. Als Herr von Thümen erfuhr, daß die 75 M. für die Armen bestimmt waren, hat er sofort dafür gesorgt, daß sie verteilt wurden, so hieß es wörtlich in den mündlich verkündeten Urteilsgründen vom Sonnabend. Das Urteil ist aber in dieser Hinsicht in einem starken Irrtum befangen, denn es ist in beiden Instanzen festgestellt worden, daß der Amtsvorsteher von Thümen, als der Geber der 75 M. auf deren Verteilung an die Armen drängte, diesem einen keineswegs freundlichen Brief geschrieben und ihm angedroht hat, er würde event. noch eine Rechnung für die Bemühungen des Gericht Thurley zu erwarten haben. Am 31. Mai vor dem Schöffengericht fenntzeichnete Rechtsanwalt Werthauer den Fall, um den es sich handelt, dahin, daß eine noch nicht verjährte Amtsunterstellung auf Seiten Thurleys und auf Seiten Thümens wegen des Briefes,

den diese an den Geber der 75 M. geschrieben, Begünstigung vorliege.

Den Fall Faust hat das Urteil der Strafkammer nicht weiter in Betracht gezogen, obwohl er gerade für die patriarchalischen Verhältnisse in Caputh und das Verfahren des Amtsvorstehers und Gutbesitzers sehr charakteristisch ist. Auf Veranlassung von Thümens hatte Thurley von der Frau des Arbeiters Faust 20 M. erprecht unter der falschen Anschuldigung, daß Faust aus der Gutsdorf 3 Akazien entwendet habe. Als Faust selbst von diesem patriarchalischen Geschäft zwischen dem Amtsvorsteher und seiner Frau etwas erfuhr, klagte er gegen von Thümen und Thurley und der Zeuge, von dem der Amtsvorsteher seine Wissenschaft haben wollte, der Gemeindevorsteher Bernide, versagte vollständig und beschwor, daß er dem Amtsvorsteher Thurley auch nichts weiter gesagt habe, als die sehr wahren Vermutungen über Fausts Täterschaft, die er vor Gericht bezeugte. Dieser Zeuge bekundete aber weiter, daß es sich um ein paar Bäume gehandelt habe, die höchstens 1-2 M. wert gewesen seien. Staatsanwalt und Gericht fanden es Sonnabend ganz patriarchalisch in der Ordnung, daß von Thümen in solchen Fällen einen tüchtigen Aufschlag in Rechnung stelle und wie der Staatsanwalt sich ausdrückte, in solchen Fällen gleich ein ganzes Strafregister abbüßen lasse. Herr von Thümen aber hielt es doch für nötig, seinen patriarchalischen Aufschlag von 900 Proz. im Falle Faust etwas geringer darzustellen; er beschwor, daß es sich um 20jährige Akazien gehandelt hätte mit einem Werte von je 5 M.; selbst der Riese Madnow würde an einer 20jährigen Akazie artig zu tragen haben. Faust ist ein alter, schwacher, gelähmter Mann und soll 3 Stüd solcher Akazien auf einmal geschleppt haben.

Daß das Gericht in Potsdam für die patriarchalischen Verhältnisse in Caputh ein so gültiges Verständnis bekundete, darf nicht wundernehmen, denn die Verhandlung selbst bewegte sich ebenfalls in patriarchalischen Formen. Als der Präsident die Zeugen zur Wahrheit ermahnte, kommandierte er militärisch „Einlaum, raus!“ Wenn Zeugen bekundeten, wie es eine ganze Anzahl taten, daß sie, obwohl unschuldig der Entwendung von Holz oder Streu bezichtigt, dennoch die von ihnen verlangte Entschädigung an Herrn v. Thümen gezahlt hätten, bemerkte der Präsident ironisch, Caputher sind noble Leute, sie zahlen, wenn man sie des Diebstahls bezichtigt, auch mit gutem Gewissen 5 M., 3 M. usw. Mehreren Zeugen gegenüber, die bekundeten, daß ihnen die Einquartierungsgelder nicht ausgezahlt worden seien, und daß sie nach einhalbjährigem Warten die Quartierzettel nicht mehr im Besitz hatten, erklärte der Präsident, warum haben Sie die Zettel nicht ausbenutzt, nun kann man Ihnen glauben, daß Sie nichts gefriert haben, oder auch nicht. Die Zeugen, einfache Leute, verstanden diese Beleidigung wohl kaum, aber sie würden nach unserer Meinung sehr in ihrem Rechte sein, wenn sie sich darüber bei dem Vorgesetzten des Landgerichtsdirektors beschwerten. Einen für die Verhandlung charakteristischen Zwischenfall veranlaßte der Staatsanwalt. Als einige Zuhörer — ein Offizier a. D., dessen Frau, die Frau des Angeklagten und wir Journalisten — bei einer etwas fomischen Auslage eines Zeugen lächelten, ohne dabei im entferntesten laut zu sein, suchte der Staatsanwalt den Präsidenten zum Einschreiten zu veranlassen mit der Erklärung, die Zuschauer betrügen sich nicht anständig. Der Staatsanwalt blidte und dabei mit imponierendem Grimme an, der Präsident ging auf die Anmerkung nicht weiter ein, als mit den Worten, dafür werde ich schon sorgen. Als sehr bald darauf bei einer anderen Gelegenheit der Staatsanwalt selbst und einige Richter lachten, bemerkte der Präsident: „Na, na, nicht lachen!“ Wir haben auch diesen keinen Zug hervor, weil er uns für das Milieu des Urteils vom Sonnabend bemerkenswert erscheint.

Der Rechtsanwalt Josefsohn kennzeichnete das patriarchalische Verhältnis von Caputh dahin: Die Macht des Amtes und des Stärkeren sei gegen die Caputher dießmal ausgeübt und gemißbraucht worden. Das Entschädigungsverfahren des Gutbesitzers sei eine offenbare Verletzung der Gerechtigkeit.

Dr. Hartwig hat, damals noch mit v. Thümen befreundet, es versucht, gegen diese patriarchalische Geschehensverwicklung die Caputher zu schützen, zunächst durch einen freundlichen Brief an Herrn v. Thümen. Die Antwort, die er darauf erhielt, mag als ein so charakteristisches Dokument am Schluß hier Platz finden. Der Gutbesitzer antwortete, als er auf die Amtsführung seines Vertreters aufmerksam gemacht war: „Kümmern Sie sich nicht um Dinge, die außerhalb Ihres Berufes liegen. Die Erfahrung, die auch Ihnen nicht ganz abgeht, lehrt, daß man damit wenigstens nach einer Seite hin anstößt, es ist vorteilhaft, sich beide Seiten frei zu halten.“ Die Verlesung dieses wunderbaren Briefes erregte anscheinend nicht das geringste Interesse bei dem Gerichtshofe.

Versammlungen.

Die traurige Lage der Einkassierer der Abzahlungsgeschäfte wurde am Donnerstag in einer öffentlichen Versammlung dieser Branche besprochen, die vom Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter einberufen war. Nach dem, was der Referent

Bernhardt ausführte und auch die Diskussion ergab, herrschen in diesem verantwortungsvollen und nicht gerade angenehmen Beruf die traurigsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die elendeste Bezahlung für schwere Arbeit, die teilweise mit dem Kassieren selbst gar nichts zu tun hat, daneben freie Mißachtung der Gesehbestimmungen über die Sonntagsruhe findet man bei vielen Firmen, die durch große Kellame das abzahlungsfähige Publikum heranzulocken. Einige Abzahlungsgeschäfte halten sich sogar nur Sonntagskassierer; man findet tagtäglich in den Annoncenblättern wie „Lokal-Anzeiger“ und „Morgenpost“ derartige Stellenangebote, und es finden sich leider auch noch immer Personen — sogar Arbeiter, die es durchaus nicht gerade nötig haben, sollen sich dazu hergeben — welche sich auf diese Weise einen Nebenverdienst verschaffen, aber damit selbstverständlich den berufsmäßigen Kassierern schändliche Konkurrenz bereiten. Wer mit den Verhältnissen nicht bekant ist, denkt vielleicht, daß der Einkassierer nur Geld herbeizuschaffen habe. Das ist aber nicht so. Er hat auch die Waren, und meistens handelt es sich ja um schwere Stücke, wie Möbel, nach dem Kunden zu schaffen, ja, er wird oft sogar gleichsam als „Mädchen für alles“ ausgenutzt. So wurde von der Firma Kreischmann u. Co. erwähnt, daß ihre Einkassierer auch mit Einholen, Stubenwischen, Putzen und dergleichen mehr beschäftigt werden, und das alles für 20 bis 22 M. die Woche, und bei Partel in der Jorndorferstraße sollen sie sogar auch als Teppichklopper tätig sein. Die Waren müssen sie auf einem Hundetage transportieren, wollen sie es schneller und leichter machen und Pferd und Wagen mieten, müssen sie das aus eigener Tasche bezahlen. Wohl wurde in der Versammlung betont, daß derartige Arbeiten, wie sie die Einkassiererem aufgebürdet werden, keinen Menschen schänden, doch müht man hier offenbar diese Leute als willenslose Ausbeutungsobjekte an Stelle besser bezahlter Arbeiter und Fahrleute aus. Die tägliche Arbeitszeit der Einkassierer erstreckt sich in mehreren Geschäften 13 Stunden und mehr. Es wurde erwähnt, daß sie bei Krause in der Kastanien-Allee von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends wärht, bei Kaliski von 7-8. Diese Firma soll sich auch durch elendeste Löhne — 12 M. und 2 Proz. von der Einnahme — auszeichnen. In dieser Hinsicht wurde auch noch besonders das Nähmaschinengeschäft von Zittauer erwähnt, wo den Einkassierern 18-19 M. Wochenlohn garantiert wird. Wenn man bedenkt, daß die Einkassierer durchweg keine jungen Leute sind, sondern größtenteils Familienväter, so erscheinen diese Zustände um so unerträglich. Vom Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter wird jetzt eine lebhafteste Agitation entfaltet, um durch die Organisation erträglicher Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Um der gesetzlichen Sonntagsruhe Geltung zu verschaffen, wird man, wenn andere Mittel fehlschlagen, die Hilfe der Behörden in Anspruch nehmen, wie das bereits in München mit Erfolg geschehen ist. Außerdem soll für die völlige Abschaffung des Sonntagskassierens die organisierte Arbeiterschaft Berlins zur Mitwirkung herangezogen werden. In allen Versammlungen wird man die Arbeiter auffordern, nur an Wochentagen Zahlungen zu leisten und sich außerdem zu erkundigen, ob die betreffenden Kassierer ihrer Berufsorganisation angehören. Ferner werden Vorarbeiten zur Durchführung eines einheitlichen Lohntarifes getroffen. — Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die verammelten Einkassierer der Abzahlungsgeschäfte Berlins protestieren gegen die jahrelang geübte Ausbeutung und Ausnutzung ihrer durch Gesetz festgelegten Ruhezeit am Sonntag. Die verammelten verpflichten sich, soweit sie noch nicht organisiert sind, Mann für Mann ihrer Berufsorganisation, dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter beizutreten, um mit dessen Hilfe in allernächster Zeit mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die vollständige Sonntagsruhe zu erringen. Die bereits im Verbande organisierten Einkassierer rechnen bei ihrem Vorgehen zur Erringung der schon seit 15 Jahren gesetzlich gewährleisteten Sonntagsruhe auf die tatkräftigste Unterstützung der Berliner Bürgerchaft, besonders aber der Berliner Arbeiterschaft, indem sie aufgefordert wird, von jetzt ab ihre Zahlungen an Sonntagen zu verweigern und nur an Wochentagen kassieren zu lassen. Des weitern protestieren die Verammelten gegen die sogenannten Sonntagskassierer. Spezialität einiger Abzahlungsgeschäfte ist es, Sonntagskassierer zu beschäftigen. Es sind dies meistens Leute, welche zu feige sind, durch Beitritt zu einer modernen Gewerkschaft ihre Löhne auf eine Höhe zu bringen, wie sie von den organisierten Arbeitern bisher erringen wurden und nun zur Erlangung von ein paar Bierpfennigen den festangestellten Kassierern das Brot nehmen und das große Heer von Arbeitslosen noch vergrößern helfen. Die organisierte Arbeiterschaft fordert wir auf, in jeder Werkstatt, in jedem Betriebe nach dieser Sonntagskassiererei Umschau zu halten und ihnen ihre verwerfliche Handlungsweise vor Augen zu führen.

Von der Polizeibehörde erwartet die Versammlung, daß sie Sonntags ihr Augenmerk auch auf die Einkassierer richtet und von jetzt ab jeden Unternehmer zur Verantwortung zieht, der im Interesse seines Geldsacks sich über die gesetzlichen Bestimmungen hinwegsetzt.



Sunlight Seife

verwende man zur Wäsche und zu allen Reinigungsarbeiten im Haushalte und lasse alle Zutaten fort. Sunlight-Seife allein genügt, um Ihre Wäsche vollständig zu reinigen. Sie können mit dieser Seife Alles waschen, was zu waschen ist — die feinsten Spitzen, die größten Wäschestücke — und Alles reinigen, was gereinigt werden muß: Holz, Dielen, Oelanstriche, Küchengeräte etc. Sie ist ausgiebig und billig. Jede Hausfrau ist über den Erfola entzückt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 12. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyrenhaus. La Traviata (Violetta). Schauspielhaus. Ein freilich Tag Neues. Ein Sommernachtsstraum. Weiten. Der Rigennerbaron. Zentral. Die Geisha. Thalia. Bis früh um fünf! Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Gwissenswurm.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Rudolf'sches Theater.) Die Logenbrüder.
Leffing. Die Erziehung zur Ehe. Hierauf: Die stilles Forderung. Weibens. Die Höhle des Löwen. **Tranon.** Das Ende der Liebe. **Carl West.** Geschlossen. **Welle-Affiance.** Den All Beg. **Luifen.** Kabale und Liebe. **Deutsch-Amerikanisches.** Aber, Herr Herzog!
Kafino. Der Adelsnarr.
Metropol. Auf ins Metropol!
Apollo. Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Herzfeld. Die Wehrhains.
Wintergarten. Lole Fuller. Spezialitäten.
Berliner Vater-Theater. Der rechte Weg.
Waffage. Volbt Augustin. Herr Tacianu. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubentrafike 48/49.
Invalidentrafike 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Anfang 8 1/2 Uhr:
Rustspielhaus. Der Familientag.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtsstraum.
Mittwoch u. folgende Tage:
Ein Sommernachtsstraum.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Mittwoch: Die Kinder der Exzellenz.
Donnerstag: Der letzte Leutnant.
Freitag zum erstenmal: Lumpen-geinsel.
Sonnabend: Die Kinder der Exzellenz.
Sonntag nachmittag: Der jüngste Leutnant. Abends: Flesco.
Montag: Die Kinder der Exzellenz.

Kasino-Theater

Lehringstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Der Adelsnarr.
Vorher: Die Zaubergeige von Offenbach.
Original Kämmler Compagnie zum 1. Male in Berlin Duo Serdan. Sonnt. 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Apollo-Theater.

Täglich:
10 Uhr. Ein Abend in einem amerik. Tingel-Tangel
Dazu: Hochzeitsabend v. Paul Lincke und die neuen September-Spezialitäten.
Metropol-Theater
Präzise 1/8 Uhr
zum 4. Male:
! Auf in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Kapellmeister Max Roth. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schults.
Walden a. D. x MIB Clifford a. D.
Bender x Giampietro
Josephi x Frid-Frid x Massary
Behrens-Linke.
Rauchen in all. Räumen gestattet. Anfang 1/8 Uhr.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Das Ende der Liebe.
Seltliches Lustspiel in vier Akten von Roberto Bracco.
Deutsch von Otto Henschel. Anfang 8 Uhr.
W. Noack's Theater.
Direktion: Rob. Oll. Brunnstr. 16.
Heute: Geschlossen.
Sonnabend, den 16. September cr.:
Eröffnung der Winter-Spielzeit.
Borgungs- resp. Familienarten hierzu sind in allen mit Plakaten belegten Geschäften sowie im Theater v. 9 bis 11 unentgeltlich zu haben.

Urania Taubenstr. 46/49.

8 Uhr:
Die deutsche Nordseeküste.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Joël's Traum!
Im Restaurationsaal:
„D'Kochelsee'r.“
Oberbayr. Gesangs-, Tanz- u. Gebirgs-Szenen.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert
Eintrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Lustspielhaus.

Abends 8 1/2 Uhr.
Der Familientag.
Mittwoch zum erstenmal: Jungfer Ambrosia.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute zum erstenmal. Anf. 8 Uhr:
Die Höhle des Löwen.
Schwank in 3 Akten v. R. Hennequin und G. Béraud.
Morgen und folgende Tage: Die Höhle des Löwen.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Selma Kammerzofe.

Passage-Theater.

Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr, nachm. Sonnt. 3, Bochent. 5 Uhr.
Poldi Augustin
die fische Soubrette.
Herr Tacianu
Damen-Imitator.
Das glänzende September-Programm.

Carl Weiß-Theater.

Dr. Frankfurterstr. 132.
Heute: Geschlossen.
Mittwoch zum erstenmal:
Der Weltumsegler wider Willen.
Wentenerliche Fosse mit Gesang und Ballett in 6 Bildern von G. Raeder.
Sonnabend abend 8 Uhr: Galispiel von Paula Klär: Maria Stuart.

Gebüder Herrnfeld-Theater.

Zum 142. Male:
Die Meyerhains.
Komödie in 3 Akten mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-9 Uhr.

Bernhard Rose-Theater

Gefundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich das sensationellste Musiktheater-Volkstheater.
Der Fluch des Goldes
sowie die großartigsten Spezialitäten
Paul Coradini
Drei Harders, The Ottorini
Sevillo und Pifo.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entrée 30 Pf. Nummer Platz 50 Pf.
Kassonarten haben Günstigkeit.

Deutsch-Amerikan. Theater.

Köpenickerstraße 67/68.
Zed. Abends 8 Uhr, Galip. Ad. Philipp
Der erste Schlager
der Saison
Aber Herr Herzog.
Jeden Sonntag nachmittags 3 Uhr, halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Gwissenswurm.
Bauernkomödie mit Gesang in 4 Akten von Ludwig Angenbrüber.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Hofgast.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Nora. (Ein Puppenheim.)
Schiller-Theater N. (Friedr. Wilh. Th.).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.
Schwank in 3 Akten von Carl Hauß und Kurt Knack.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Nora. (Ein Puppenheim.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.

XI. Berliner Saison.

Zirkus Busch

Donnerstag, den 14. September, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Premiere.

Billettpreise: Logensitz 5 M., Parkett 3 M., Balkon 2 M., I. Platz 1,50 M., II. Platz 1 M., Galerie 50 Pf.
Die Zirkuskassen sind von Montag, den 11. September, ab täglich von 10 Uhr an geöffnet. Billette sind ferner zu haben: beim Invalidendank, Unter den Linden 24 und im Warenhaus Wertheim, Leipzigerstr. 132/133.

Schwarzer Adler

Friedrichsberg, Fernsprecher Nr. 8.
Dienstag, den 12. September: **Große Soiree der Führmann-Walde-Sänger**
Sons haben Günstigkeit.
Während der Winter-Saison finden diese Soireen jeden Mittwoch statt. Nach der Vorstellung:
Familien-Kränzchen.
Gebr. Arnhold.

Fröbels Allerlei-Theater

Schöndorfer Allee Nr. 118.
Heute: **Keine Vorstellung.**
Morgen Mittwoch der beste Sonderabend. 10 neue Attraktionen.
Die Nacht des Liedes.
Volkstheater von Anselm.
Extraktanz. X Kaffeetische.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entrée 30 Pf.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 24.
Eingang Hofgangstraße, vis-a-vis d. Börse. 2 Min. v. Hof. Börse.
Das phänomenale Eliteprogramm.
12 Kunstnummern I. Ranges.
Nur das Beste vom Besten!
Per Rohrpost.
Schwank in einem Akt v. R. Reichardt.
Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Familienarten sind in allen Parfiers, Parfiers u. Zigarren-geschäften sowie im Theater-bureau unentgeltlich zu haben.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.
Heute:
Der rechte Weg.
Volkstheater mit Gesang in 4 Akten.
The Rievers Pantomime.
Mizzi u. Göza Varad-Duett.
Pantomime. Spezialitäten. Ball.
Schluß der Saison
Freitag, 15. September.
Anfang 4 Uhr. Entrée 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater

Frankfurter-Allee 85.
Täglich das großartige September-Programm u. a.
Eine tolle Nacht.
Große Fosse mit Gesang.
Großer Lacherfolg.

Otto Pritzkows Berliner Abnormitäten-Theater

Münsterstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man.
Der Mensch mit der Gummihaut.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.

Bereine.

Habe noch Sonnabends und Sonntags Saal mit Bühne zu vergeben. Eberts René Klubhaus, Kommandantenstr. 72. (Amt I. 3651.)

Lieferant für alle 4295L

Krankenkassen

Victoria-Bad Kottbuser Damm 75 vis-a-vis Hohenstaufenplatz Amt IV 8152.
Friedr. Wilhelms-Bad Chausseestraße 81 vis-a-vis Liesenstraße. Amt II 4496.

Sämtliche Bäder.

Auch für Damen täglich sämtliche Schwitz- und Massage-Bäder.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Stat. der Hochbahn.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag:
Erstes Gastspiel des Löwe-Ensemble:
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 4 Akten von Ebnel.
Morgen Mittwoch: Galispiel des Löwe-Ensemble: Dorf und Stadt.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Montag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

ELYSIUM.

Kommandantenstr. 3-4.
Vollständig neu renoviert. V. Auftreten v. 36 erstklassigen Intern. Spezialitäten.
Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich
Gottschalk-Konzert.
Regelbahn noch frei.

Feldschlößchen

Müllerstraße 142.
Heute
sowie jeden Dienstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
(Direktion: Fr. Fanter).
Entrée 30, retern. 50 Pf.
Vorzugskarten Günstigkeit.
Nach der Vorstellung: Tanz.

Pre-Ussina Zigarren

überall käuflich.
Für Wiederverkäufer zu haben bei 42929*
H. Preuss,
Zwincmünderstr. 66. I.
Zigarren- u. Tabak-Fabrik und Engros-Lager.
Bekannt, billigste u. realste Bezugsquelle nur für Wiederverkäufer.
Rezeptionsleistungen unter lauesten Bedingungen und höchst zünftiger Anfertigung.
Tel.: III, 6940.

Möbel-Halle

Harry Goldschmidt
Moritzplatz 59.
Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-geschäften, welche ohne Kontonummer führen.
Extra-Abteilung
verliehen gewesener Möbel
wöchentliche od. monatliche Teilzahlung gestattet!
Vergleichen Sie die Qualität mit dem Preis!

Die Stuhlfllechter-Genossenschaft Berlin.

bestehend nur aus kleinen Familien, empfiehlt sich, jede Art von Stuhlfluchgeschäften zu den realsten Preisen dauerhaft und sauber anzufertigen. Bestellungen von Arbeiten werden in nachbezeichneten Arbeitsstellen angenommen:
Schulze, Ballhofstr. 18.
Kieffers, Kolbergerstr. 15.
Bitter, Heidebergstr. 37.
Völke, Köpenickerstr. 3.
Küddiger, Bornimstr. 43.
Geffe, Falkensteinstr. 37.
Schroder, Blücherstr. 23, Nord-west.
Schroder, Alexanderstr. 20.
Kochstr. 26, Ritterstr.
Dannenberg, Elisabethstr. 45a.
Die Arbeit wird auf Wunsch vom Besteller abgeholt und wieder abgeliefert. Das Genossenschaftsbureau ist Bornimstr. 31 bei H. Küddiger. 15326

Vorwärts-Buchhandlung

SW. Lindenstraße 69, Laden.

Parteitags-Protokolle.

Anlässlich des bevorstehenden Parteitag empfehlen wir den Parteigenossen die Protokolle der früheren Parteitage. Derselben bieten reiches Material zur Geschichte der Partei, ihrer Grundzüge, Kämpfe und Taktik. Wir heben nachstehend die Hauptpunkte der Verhandlungen aus der jeweiligen Tagesordnung hervor:

Galle. 1896. Reorganisationsprogramm; Programm der Parteitag; Stellung zu Streik und Boykott; Auseinandersetzung mit den „Unabhängigen“. 50 Pf.
Erfurt. 1891. Festlegung des Programms; Programm der Parteitag; Stellung zu Streik und Boykott; Auseinandersetzung mit den „Unabhängigen“. 50 Pf.
Berlin. 1892. Begriffen.
Röln. 1893. Gewerkschaftsbewegung; Antifeminismus; Wahlrecht und Beteiligung an preussischen Landtagswahlen. 40 Pf.
Franfurt. 1894. Budgetveränderungsfrage in den Landtagen; Agrarfrage; Traktat; Ringe und Kartelle. 25 Pf.
Breslau. 1895. Agrarprogramm; Hausindustrie. 30 Pf.; gebd. 50 Pf.
Gotha. 1896. Begriffen.
Hamburg. 1897. Preuss. Landtagswahlen; Militärismus. 50 Pf.; gebd. 60 Pf.
Stuttgart. 1898. Koalitionsrecht; Vergewaltigung; Preuss. Landtagswahlen; Roll- und Handelspolitik. 35 Pf.; gebd. 60 Pf.
Hannover. 1899. Bornim-Debatte; Buchhandlungsfrage; Militärfrage. 50 Pf.
Wiesbaden. 1900. Weisepolitik; Verlehrs- und Handelspolitik; Taktik bei den Landtagswahlen; Anhang: Bericht über die Frauenkonferenz. 50 Pf.
Hilberf. 1901. Begriffen.
München. 1902. Begriffen.
Dresden. 1903. Begriffen.
Bremen. 1904. Kaiser, Kämpfer, damer Kongress; Organisationsfrage; Fall Schippel; dritte Frauenkonferenz. 70 Pf.; gebd. 1 M.
Jemer empfehlen wir die Schrift der Genossin Roland-Golt über „Generalkritik und Sozialdemokratie“ mit Vorwort von Kaufmann zur Anschaffung, da die Frage des Generalkritik auf dem Parteitag zu Jena zu lebhaften Debatten führte und vorstehende Schrift Gegenstand eingehender Erörterung sein dürfte. Der Preis beträgt 1,20 M. 265/1*

Dr. Leil

wohnt jetzt: Rosenthalerstrasse 26 II.
Hombach und Spezial-Kryst für Haut, Darm- und Geschl.-Leiden. 11-2 u. 5-8. Sonnt. 11-3.

Wer-Stoff-hat,

fertige Herrenanzug, 20 M., ohne Konturen, feinste Jukat, 2 Knop. Für guten Sitz belag gold. Webaile. **Ludwig Engel, Preislauderstr. 23, II.** (Alexanderplatz). — Begründet 1892. 1653/2*

Versuchten Sie schon

das vornehmste u. absolut konfurrenzlose Mittel zum Auf- oder Um-reisp. Reinfärben von Anzügen, Röcken, Damen- und Herren-Garderoben, Bekleidern, Gardinen, Vorhängen, Bändern, Spitzen etc. Eine funderleichte Anwendung, kein Abfärben an Haut oder Unterzeug, sondern Dünne und Tüpfel sind unentgeltlich, die Ihnen kein anderes Hausmittel bietet. Alle Farben sind untereinander mischbar und deshalb jede, auch die neueste Nuance bei einigem Farbverhältnis sofort herzustellen. Die gefärbten Stoffe sind waschbar.
Dr. Ed. Arnold's

Schottland-Farbseife

erhalten Sie in den einschlägigen Geschäften a 30 u. 50 Pf. **Dr. Ed. Arnold,** Chemische Fabrik, Berlin O. 54, Sophienstr. 8.

Wärzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Ungar-Würzburg. — 20 Pf.
In Berlin: Salomon-Apothek, Charlottenstraße, Groß-Apothek, Bornimstr. 33.
In Breslau: 3612L* Victoria-Apothek, Friedr. Wilhelmstr. 43

Spezial-Geschäft für Uhren.

1 neue Uhr, Feder Ia 75 Pf.
1 neue Uhr, Feder Ib 15 Pf.
1 neues Uhr-Glas 10 Pf.
1 neuer Uhr-Ring 10 Pf.
1 neuer Uhr-Feder 10 Pf.
1 neuer Uhr-Schloß 5 Pf.
Neue Uhren in größter Auswahl, genau reguliert.

E. Möbis,

14 Benthstr. 14 (am Spittelmarkt).
Annoles Geschäft: Koppenstr. 82.

Zahn-Klinik.

Preise: beliebige Teilzahlung. Invalidenstr. 143.
Olga Jacobson,

Parteigenossen! Mittwoch ist Zahlabend in Berlin und den Vororten!

Partei-Angelegenheiten.

Die Lokalkommission sieht sich veranlaßt, von den nachfolgenden bedauerlichen Vorkommnissen Mitteilung zu machen. Eine Anzahl Arbeiterkassierer der Provinz Brandenburg haben sich schwere Verstöße in bezug auf Innehaltung der Lokalfisze zuschulden kommen lassen. Ein sportlicher Verband, welcher sich den schön klingenden Namen „Arbeiter Radfahrerbund Freiheit“ zugelegt hat, scheint auf diesem Gebiete erstaunliches zu leisten, wenn man sich folgende festgestellte Tatsache vor Augen führt: Der Radfahrerverein „Brennabor“ in Bernau, welcher dem erwähnten Bunde angeschlossen ist, veranstaltete am Sonntag, den 6. August, in dem gesperrten Lokale „Kassergarten“ ein Vergnügen. Da die Parteigenossen von Bernau noch in letzter Stunde hieron Kenntnis erhielten, setzten sie alle Hebel in Bewegung, um dieses Vergnügen zu inhibieren; der Vorsitzende des Vereins, ein Zimmererpolier, von den Genossen darüber zur Rede gestellt, tat den denkwürdigen Ausspruch: „Alle Lokale, welche Schulheißer führen, sind frei!“ Daß die Bundesleitung, welche sich in Berlin befindet, Kenntnis von der Sache hatte, geht daraus hervor, daß dem Wirt versprochen wurde, daß etwa 600 Radfahrer aus Berlin zu dem Feste kommen würden, und daß ferner die drei Vereine „Stern“ Berlin, „Vorau“ Berlin und „Komet“ Nizdorf programmäßig dazu bestimmt waren, auf diesem Feste Weigen zu fahren. Ferner kommt noch hinzu, daß die Führer des Bundes am Vormittag desselben Tages, an welchem das Fest stattfinden sollte, den Wirt zu bestimmen suchten, sein Lokal freizugeben. Der Wirt lehnte dieses jedoch ab. Die Bernauer Parteigenossen hatten aber doch mit ihrem energischen Eingreifen erreicht, daß die große Mehrzahl der aus Berlin erschienenen Radfahrer nach dem Abzuge nicht das gesperrte Lokal, sondern die für die Arbeiterkassierer freien Lokale aufsuchten.

Ganz anders liegt aber die Sache im nächsten Falle, welcher sich in Jechenid abgepielt hat. Vor uns liegt die Nr. 191 des „Jechenider Tageblattes“, vom Donnerstag den 17. August 1905. In diesem Blatte, welches sich als „Amtliches Publikationsorgan“ bezeichnet, ist folgendes Eingeladene zu lesen:

Bei dem am Sonntag hier abgehaltenen Stiftungsfeste des Radfahrervereins „Zufriedenheit“, an welchem zahlreiche auswärtige dem Radfahrerbunde „Freiheit“, Berlin, angehörende Vereine teilnahmen, ereignete sich folgendes: Als der Vorzug die Wirtsstube passierte, stand daselbst der Schulmeister Herr M. aus der Dammhahstraße und rief den fremden Vereinen unter den unglücklichsten Gebärden fortwährend zu: „Das Lokal ist gesperrt!“ Die fremden Teilnehmer glaubten einen plötzlich irtümlich gewordenen Menschen vor sich zu haben. — Wenn Herr M. glaubte, durch seine Prüferei die Berliner Vereine davon abzuhalten, das Schlegelische Lokal zu betreten, so hatte er sich geirrt. Das hätte sich derselbe aber auch selbst denken können, da doch der vorausfahrende Bundesvorsitzende eine schwarzweisse Schärpe trug. Hauptächlich war das Ganze wohl auch nur ein Nachakt gegen den Wirt Schlegel, weil dieser den M. aus seinem Lokale ausgewiesen hatte, da derselbe vor etwa einem Jahre in einem Haß Neunungen, das auf dem Schantisch stand, in Abwesenheit des Wirtes „geangelt“ hatte und die dafür verlangten Gebühren nicht bezahlte. Trotz dieses Zwischenfalles ist das Fest sehr gut verlaufen, was die Einnahme in Höhe von 180 M. beweist.

Mehrere Mitglieder des Radfahrervereins „Zufriedenheit“, um die ganze Dreifachheit dieser Erklärung zu versehen, sei mitgeteilt, daß der Schulmeister M. der Genosse Klammer, früherer Vorsitzender des dortigen Wahlvereins ist. Klammer hat nun in Gemeinschaft mit den übrigen Jechenider Parteigenossen vollst. seine Pflicht getan, indem er den Berliner Radfahrern klar machte, daß das Schlegelische Lokal gesperrt sei. (Frei ist nur das Lokal von Buchholz.) Nicht nur allein, daß die Berliner Radfahrer trotz der Warnung in dem gesperrten Lokal eintraten, kommt man noch her und verhöhnt und verkleumdet in einem Buchblatt unsere Parteigenossen, welche ihre Schuldigkeit getan haben. In der letzten Nummer des „Freien Radler“ vom 1. September (das Organ des „Freiheit“-Bundes) wird der Verein „Zufriedenheit“, Jechenid, als neuester Bundesverein aufgeführt, mit dem Bemerkung, daß sich das Vereinslokal bei Schlegel befindet. Was nun die Verkleumdung in bezug auf die Neunungen anbelangt, so sei bemerkt, daß der Genosse Klammer bereits Schritte unternommen hat, um die Verkleumder zur Rechenschaft zu ziehen.

Wenn diese Vorkommnisse nun auch bereits einige Zeit zurück liegen (die Kommission hat erst jetzt davon Kenntnis erhalten), so sind wir der Meinung, diese Angelegenheit der Öffentlichkeit noch nachträglich unterbreiten zu müssen. Denn wenn man in Betracht zieht, wie schwer es den Genossen in der Provinz wird, ein freies Lokal zu erhalten, so ist es gar nicht zu begreifen, wie Berliner Radfahrervereine den schmerzlichen Wohltribus begeben können und so den Genossen in der Provinz in den Rücken zu fallen. Die organisierten Arbeiterkassierer werden deshalb gut tun, sich einer derartigen sportlichen Vereinnahmung fernzuhalten.

Die Lokalkommission.
6. Wahlkreis. Sonnabend, den 10. September, feiern die Parteigenossen des Wedding und der Dramenburger Vorstadt in den Germania-Besslingen, Chausseestr. 103, ihr Herbstfest. Da das Programm sehr reichhaltig ist — Gesangsaufführungen des Gesangsvereins Nordwacht, Spezialitäten und Theateraufführungen der Volkssängergesellschaft S. Anse und D. Leubowitsch, Konzert von zwei Kapellen der Zivilmusik — so ist allgemeines Anwesenheit wohl vorauszusetzen. Billets sind bei den Bezirksführern zu haben.

Berliner Nachrichten.

Berlin und die Fleischnot.

Professor Dr. Reinhard Ebert, der Verfasser des auch von uns erwähnten Artikels in Nr. 10 der „Kommunale Praxis“, schreibt dieser von unserem Parteigenossen Dr. Südekum herausgegebenen Zeitschrift zu der Frage, wieviel Schweine Berlin auf seinen Rieselgebirgen füttern könne:

Berlin hat 60 000 Morgen Land. Das „Berliner Tageblatt“ rechnet, weil Kleinbetrieb, auf 10 Morgen ein Schwein und kommt so auf 6000 Schweine. Das ist sicherlich viel zu wenig! Man muß nicht vergessen, daß auf den 10 Morgen noch sehr vieles andere geschieht als Schweinezucht, daß das Schwein nur Nebenprodukt ist, oft recht vernachlässigtes Nebenprodukt! Man muß zum Vergleich nicht unsere guten, sondern Schweinefarmen heranziehen. Nun rechnet man aber selbst in dem nördlichen und deshalb weniger fruchtbaren Kanada 25 Schweine auf 3 1/2 bis 7 1/2 Morgen nach einer amtlichen Enquete.

Was die Kanadier können, können die Berliner dießmal. Aber rechnen wir vorsichtig, amtlich sogar und ganz ohne zu berücksichtigen, wieviel anders ein Morgen unter warmem Berliner Rieselwasser trägt als auf der kanadischen Prärie. Rechnen wir, daß von den 60 000 Morgen nur 50 000 zur Schweinezucht kommen und daß je 25 Schweine 7 1/2 Morgen beanspruchen, so gibt das

7x25x1000=175 000 Schweine. Dabei ist auf das Weisfutter der städtischen Abfälle noch gar nicht geachtet.

Die Forderung, um 100 000 Schweine zu züchten, war also äußerst mäßig!

Legt man nicht die schlechtesten Annahmen zugrunde, sondern eine größere Annäherung an die günstige Wirklichkeit und dazu die Abfallverwertung, so kommt man ganz gut auf eine dritte Million für eine spätere Praxis. Tun es die Vororte mit ihren Rieselgebirgen der Hauptstadt nach, so wird sich Groß-Berlin eine halbe Million Schweine selbst erzeugen, drei Viertel Million schlachtet es!

Weiter schreibt Professor Dr. Ebert: Das „Berliner Tageblatt“ spricht der Berliner Gemeindeverwaltung Mut zu, damit sie wagt, auf ihren 60 000 Morgen Land 6000 Schweine zu ziehen!

Es meint, wenn sie „Courage“ hat, wird sie es sogar wirklich tun. Es verspricht dafür 100 000 Mark Rüstprämie. Ist denn die Schweinezucht wirklich ein so gefährliches Handwerks?

Jeder Landpater treibt sie, jeder Dorfschulmeister versteht sie, der sprichwörtliche Bauer, der die größten Kartoffeln hat, hat die eifrigsten Schweine dazu! Wenn der Vädereffelle sich in der Provinz selbständig macht und sich ein Weib anschafft, schafft er sich auch zwei bis drei Schweine an; wenn der Maurer oder Zimmerer aus der Provinz nach der Großstadt zur Arbeit zieht, mäht dabei seine Frau unter den elendesten Lebensbedingungen ein Schwein oder zwei, die ihm das Rückgrat zum Streifen häufen; wenn der Gütenbesitzer in Oberböhmen die Humanität kriegt und Arbeiterhäuser baut, so baut er seinem letzten Kassenhändler einen Schweinestall dazu, damit dieser mit mindestens sechs Weinen an die Scholle gefesselt ist.

Alle diese Dilettanten- und Amateurekräfte der Schweinezucht — die Bauern eingeschlossen — brauchen nicht erst Mut zu fassen dazu. Sie sind ihres Erfolges sicher! Denn das Schwein verträgt die zweischwibrigste Haltung; es frißt sich durch und sogar fett dabei.

Dann braucht Berlin gewiß keinen besonderen Mut. Berlin mit seinen Tier- und Pflanzenphysiologen und Tierzuchtprofessoren und Bakteriologen! Und vor allem mit seinen Kaufleuten! Mit seinen Viehhändlern und Getreidehändlern! Der Mut soll die Angst überwinden. Aber nun ist die Schweinezucht sehr gewinnbringend, und jetzt außerordentlich gewinnbringend. Dieses bei untauglichen Mitteln in ungeschickten Händen.

Wieviel einträglicher muß sie sein bei sachverständiger Leitung und bei den städtischen Vorteilen, den Weiden, wo das Rüttel der Rieselweide in üppiger Fülle — häufig allzu üppiger Fülle — entgegenkommt, den idealen Futterabfällen und den großen Abfällen!

Diese Abfälle werden die Großviehhändler zu den äußersten Anstrengungen im Gemeindegeldern lösen bei Anschaffung des Ragerviehes, falls Eggelens Hobbiedel die versprochenen Ferkel gerade so liefert wie die verproderten billigen Schlachtschweine auf September und die Getreidehändler die Beschaffung des Körnerfutters. Wenn der kleine Mann beim kleinen Händler eine kleine Portion Mais kauft, so ist erfahrungsgemäß die Schweinezucht lohnend — Dann muß sie zur Goldgrube werden mit dem Bestand der Vorkente, dem Bestand irgend eines von den gewiegten weiblichen Kaufleuten, der in fünf Minuten 50 Kahnladungen Futtergetreide abschleift, und im Durchschnitt so günstig, daß alle Agrarier schimpfen.

Wenn jemand da noch den Stadtgewaltigen Mut zuspricht, muß man lächeln. Welche Einschätzung der Gemeindegeldern von ihren nahen Freunden, wenn diese meinen, jene brauchten bei solcher Sachlage noch zur Schweinezucht Extra-Courage!

Der Reservefonds der Berliner Sparkasse betrug am 1. April d. J. rund 25 1/2 Millionen Mark; die Zunahme stellt sich danach für das Jahr 1904/05 auf rund 2 1/2 Millionen Mark bei einem Vermögen der Sparkasse von rund 335 Millionen Mark nach dem Kursverste von 31. März 1905 und einem Guthaben der Sparte von rund 310 1/2 Millionen Mark. Angesichts dieser günstigen Finanzlage haben die Minister der Finanzen und des Innern genehmigt, daß ein Teil der Ueberflüsse der Sparkasse zu allgemeinen Zwecken verwendet werden dürfen.

Die Kopfkrankheit hat in der letzten Zeit in Berlin, den Vororten und in der Provinz Brandenburg zugenommen. Es haben bereits eine Menge Herde getötet werden müssen. Die sämtlichen Pferde des II. Brandenburgischen Dragoner-Regiments (Schwedier), Kommandeur Prinz Heinrich Albrecht von Preußen, sind wegen Kopfverdauchs auf dem Schlachtplatz in Paraden untergebracht. Das Regiment kann weder am Herbstmanöver teilnehmen, noch in seine Garnison zurückkehren. Die Pferde sind vermutlich auf dem Marsche angefaßt worden. Die Fürstentwälder Wägen können ebenfalls an den Körpermanövern nicht teilnehmen, weil unter deren Pferden die Brusteise ausgebrochen. Aus all diesen Gründen wird jetzt von der Veterinärpolizei eine scharfe Aufsicht über Pferde und auch über verdächtige Stallungen ausgeübt.

Die Prinzengasse, nicht zu verwechseln mit der Prinzenstraße eine der ältesten Berlins, wird gänzlich eingehen. Die Prinzengasse verbindet den Schinkel-Platz mit der Niederlagstraße. Die Plan für Handel und Industrie (Darmstädter) möchte zur Vergrößerung ihrer Geschäftsräume das ungefähr 300 Quadratmeter große Straßengelände zum Preise von rund 210 000 Mark vom Magistrat kaufen und dann bebauen. Da die Prinzengasse keinen Verkehr hat, und weder die Tiefbau-Deputation noch der Polizeipräsident Bedenken wegen der Einziehung der Gasse haben, so wird der Magistrat der Stadtvorordneten-Versammlung die Annahme des Angebotes empfehlen.

Die Wünsche der Fahrkartenausgeber. Unter den Fahrkartenausgebern der Eisenbahn zirkuliert zurzeit eine Petition, die, mit den Unterschriften sämtlicher hiesigen Beamten versehen, dem Verkehrsminister überreicht werden soll. Sie bitten um die Demittierung der Stellenzulage und bezeichnen sich selbst als eine „überlebende Beamtenkategorie“, indem sie hervorheben, daß fast sämtliche Beamte der Eisenbahn in den letzten Jahren die sogenannte Stellenzulage erhielten, die sich in Höhe von 100 bis 200 Mark p. a. bewegt.

Aus der Praxis des Mördersanges.

Zur Kluslat in Jenthen, aber die wir in einem Teil des Blattes vom Sonntag berichtet haben, wird uns noch gemeldet:

Ueber den Pflichterfüller der Behörde bei der Suche nach dem Mordtäter stimmen bürgerliche Wäiter ein Loblied an; sie sind begeistert von den „energievoll und mit Eifer betriebenen Nachforschungen“. Der „Lokal-Anzeiger“ wußte sogar bereits in seiner Sonntagsgabe zu berichten, daß noch Sonnabend abend spät eine von Königs-Wäiterhänden erschienene Lokalkommission „bei Fackelbeleuchtung“ den Lokalbefund feststellte habe.

Was ist wahr, was bleibt übrig von der „sicherhaften Tätigkeit“ der Behörden?

Die Leiche der Ermordeten wurde aufgefunden am Sonnabendnachmittag gegen 5 Uhr. Spätestens um 8 Uhr war die Amtsanwaltschaft in Königs-Wäiterhänden benachrichtigt; aber auf das Erscheinen der Lokalkommission wartete die aufgeregte Bevölkerung von Jenthen vergeblich. Und ungehindert konnte von jedem einzelnen Neugierigen der Tatort betreten werden und unter Umständen der Ort ein ganz anderes Aussehen gewinnen. Abends

9 1/2 Uhr noch mußte sich der Hofkammerförster Theise telephonisch Instruktionen erbitten darüber, ob das Eintreffen der Lokalkommission noch für den Sonnabend zu gewärtigen oder ob Radtwaße zu stellen sei. Beim Eintreffen einer Wahnlaterne wurde schließlich Waße gehalten. Die Lokalkommission aber traf Sonntag vormittag 9 1/2 Uhr ein, also volle 18 Stunden nach Anmeldung der Tat. Wie, wenn inzwischen ein starker Regenguß etwa alle Spuren verwischt hätte?

Um 10 Uhr vormittags war der „Lokalbefund“ beendet. Jetzt geschah auch, was bereits 18 Stunden vorher hätte geschehen müssen: der Tatort wurde abgesperrt, wenn auch nur durch eine Leine.

Als eine Person aus dem zahlreich erschienenen Publikum in die Worte ausbrach: „Endlich nach 20 Stunden!“ begann auch die siederhafte Tätigkeit der Behörde äußerlich bemerkbar zu werden. An das Publikum erging die Aufforderung, den Platz zu räumen und auseinander zu gehen und zwar von der Drohung begleitet, daß andernfalls der Gendarm „stampfen“ werde. Was dies Wort zu bedeuten hat, ist uns bei unserer geringen Kenntnis der behördlichen Terminologie nicht klar.

Eine kleine Episode sei noch erwähnt, die für den Fall an sich nicht weiter in Betracht kommt, aber zur Naturgeschichte des Wesentums in nächster Nähe von Berlin immerhin als interessanter Beleg gelten kann. Ein Freund unseres Blattes richtete an den vorhin erwähnten königlichen Hofkammer die Frage, ob Vertreter der Presse bei dem Lokalbefund zugegen sein dürften. „Nun ja“, meinte der Beamte, „das schon, aber nicht der Reporter jedes Wäiterblattes. Welche Zeitung vertreten Sie denn?“ war weiter die Frage. — „Den „Vorwärts“.“ — „Den „Vorwärts“? Ausgeschlossen! Wäitermeister, entfernen Sie den Herrn!“ Mit der beruhigenden Versicherung, daß er sehr wohl ohne Vermählung der Gendarmen seinen Weg zu finden wisse und der Bitte, diesen Beamten lieber zu notwendiger und nützlicher Tätigkeit zu verwenden, entsetzte sich unser Gewährsmann.

Uns amüsiert natürlich die merkwürdige Auffassung vom Wesen der Staatsanwaltschaft, die der Hofbeamte hier der Öffentlichkeit preisgegeben die Freundlichkeit hatte. Er scheint vom Geiste des hochseligen Herrn v. Oppen noch in sich zu tragen.

Wieviel bedeutet ihm aber gelegentlich ein erfahrener Kriminalist, daß ein Mord denn doch eine ernste Sache ist, bei der es sich von selbst verbietet, die Presse von seinem staatsbreitenden Standpunkt aus zu behandeln.

Der Maurer- und Zimmermeister John aus Fürstentwälder, welcher bekanntlich an der Hedwigische in Berlin vor einiger Zeit einen Ueberfall auf einen Kassenbeamten beging, aber wegen Geisteskrankheit nicht zur Verantwortung gezogen werden konnte, wird voraussichtlich in nächster Zeit als Geisteskranker in Irrenanstalt entlassen werden. Der Bankier Koehler in Fürstentwälder, welcher der Konkursverwalter in dem Johannischen Konkurs, bei dem viele Handwerker große Verluste erleideten, ist, machte diese verblüffende Mitteilung in einer Gläubigerversammlung, die zu Fürstentwälder im „Deutschen Hause“ stattfand. Es kam dabei zur Sprache, daß die Buchführung im Johannischen Konkurs eine derartige gewesen ist, daß sich niemand daraus zurecht finden könne. Nun soll Georg John in nächster Zeit persönlich nach Fürstentwälder kommen, um Auskunft über viele Geschäfte zu geben. War man über den Jersinn von so kurzer Dauer in den Gläubigertreffen überfordert, so war man dies noch mehr über die Mitteilung, daß beachtlich sei, mit den Verwandten des Schuldners einen Vergleich herbeizuführen. Man griff den Direktor der Reichsbanklebenskasse zu Frankfurt a. O. an, weil er zugunsten einiger Gläubiger ein bei der Reichsbank von John hinterlegtes Depostum verwendet haben soll, statt solches der Masse zuzuführen. Wie hoch die Aktiva und Passiva in dem Johannischen Konkurs sind, hat sich nach allem bisher noch nicht genau feststellen lassen.

Ein Familiendrama. Den eigenen Sohn und dann sich selbst getötet hat die Arbeiterfrau Auguste Sädler. Sie warf gestern früh vor 5 Uhr ihren fünfjährigen Sohn Kurt aus dem Fenster ihrer im 5. Stockwerke im Cuergengebäude des Hauses Jochstraße 75 belagerten Wohnung auf den asphaltierten Hof hinab, trat dann ins Lokal und stürzte sich selbst auf den Hof hinab. Beide Personen waren sofort tot. Die Beweggründe zur Tat dürften in ehelichen Zwistigkeiten zu suchen sein. Die Leichen wurden nach dem Schauhaus geschafft. Dazu wird noch von anderer Seite gemeldet:

Frau Sädler, geb. Schulz, stammt aus Salau im Kreise Müllisch. Sie war mit ihrem Mann seit sieben Jahren verheiratet, lebte aber zuletzt von ihm getrennt. Die Schuld an den unglücklichen Verhältnissen, die zur Trennung führten, soll sie selbst treffen. Sädler, der als ein ordentlicher und fleißiger Mann geschildert wird, hatte auch die Ehescheidungsfrage eingereicht. Letzte Hiern zog seine Frau, die nach der Trennung zunächst in Rixdorf wohnte, nach der Jochstraße 75, wo sie von dem Wäiter Kreiswäntschan Ehepaar ein Zimmer ammietete. Ihren Sohn kostete sie sich mit Erlaubnis des Mannes jeden Sonnabend abend von Mariendorf nach Berlin mit der Verpflichtung, ihn Sonntag nachmittag zurückzubringen. Das hatte sie bisher auch immer getan. In den letzten vierzehn Tagen wurde das Wesen der Frau, die ihren Lebensunterhalt durch Schneider- und andere Arbeiten erwarb, immer aufgeregter. Es hing das wohl damit zusammen, daß in der Ehescheidungsfrage in dieser Woche eine Verhandlung stattfinden sollte. Die Frau ließ merken, daß sie sich scheute und am liebsten mit ihrem Kinde sterben möchte. Vorgehens war sie den ganzen Nachmittag sehr aufgeregter. Entgegen der übernommenen Verpflichtung hielt sie den Abend bei sich. Weitem morgen gegen 5 Uhr nahm sie ihn aus dem Bett, kebelte ihn und sich an und warf ihn dann aus dem Fenster ihrer Stube auf den asphaltierten Hof hinab. Der Viehhändler Paritz, der in dem Hause sein Geschäft betreibt, hörte den Körper dumpf aufschlagen. Bevor er sich noch umsehen konnte, vernahm er einen zweiten Fall. Jetzt fand er Mutter und Sohn tot daliegen. Frau Sädler hatte vor dem Todessturz auch noch ins Lokal getrunken. Einen Heft der Flüssigkeit fand die Polizei auch in einer Flasche in ihrem Zimmer. Neben der Flasche lag ein langer Abschiedsbrief, den Frau Sädler vorgelesen an ihren Mann geschrieben hatte. Die Wirtin der Toten, die im Wäntschan liegt, ist infolge der Aufregung schwer erkrankt.

Wegen Betruges, Urkundenfälschung und betrügerischen Bankrotts wird der 33 Jahre alte Schneidermeister Karl Mülling festrechtlich verurteilt. Der junge Meister arbeitet mit acht Gesellen für ein großes Geschäft und lebte mit seiner Frau und einer sechsjährigen Tochter herrlich und in Frieden. In der Zimmerstr. 60 hatte er eine Wohnung, die 1700 M. Miete kostete. Seine Frau hielt sich auch ein Dienstmädchen. Sehr viel beachtete das Ehepaar Theater und Konzerte. Zum 1. April ließ Mülling seinen Viehvertrag ablaufen. Schon am 7. März zahlte er die Miete, die erst anfangs April fällig war, zog mit Frau und Kind aus, gab aber seine neue Wohnung nicht an. Erst später stellte sich heraus, daß er allen Grund hatte, das Weite zu suchen. Er hatte auf den Namen des Geschäftes ohne dessen Wissen eine Menge Stoffe bezogen und für das Geschäft quittiert, wenn er sie unter der Hand sofort wieder verkaufte. Im Laufe der Zeit meldeten sich 80 bis 90 Gläubiger, darunter besonders auch Wein- und Delikatessenhändler. Die alle bedeutende Summen zu fordern haben, aber schließlich einen Pfennig bekommen werden. Jetzt sucht das Landgericht I den durchgebrannten Lebemann und Schwindler durch einen Stadbrief.

Im Streite zur Brandstifterin geworden ist in der Nacht zum Sonntag die 30-jährige Ehefrau des Fensterputzers F. D. 285, der in der Wallstr. 98 im ersten Stock des Luergeländes eine kleine Wohnung inne hat. Die dem Trünke ergebene Frau hatte öfter Streitigkeiten mit ihrem Manne. Als dieser gegen Winternacht zurückkehrte, kam es wieder einmal zu heftigen Meinungsverschiedenheiten. Hierbei warf die Frau die brennende Petroleumlampe nach ihrem Manne, wodurch Feuer in der Wohnung entstand. Möbel, Betten u. dergleichen an und die Frau erlitt bei dem Versuche, die Flammen zu erlöschern, am ganzen Körper so schwere Brandwunden, daß sie nach dem Krankenhause Bethanien geschafft werden mußte. Die alarmierte Feuerwehr konnte das Feuer bald löschen; doch wird die Frau wegen fahrlässiger Brandstiftung zur Verantwortung gezogen werden, falls sie mit dem Leben überhaupt davonkommt.

Von der Straßenbahn überfahren und schwer verletzt wurde Sonntagabend an der Ecke der Kurfürstenstraße und des Kurfürstendammes der 40-jährige Gärtner Gustav Dammschneider aus der Dandelmännstr. 59. Der Mann wollte mit seinem Zweirad vor einem heran kommenden Straßenbahnwagen nach den Fahrdamm klettern, fiel aber dabei zu Boden und geriet unter die vordere Plattform der Elektrischen. Mit schweren Verletzungen wurde er bemühlos hervorgezogen und nach der nahen Unfallstation XX am Zoologischen Garten geschafft. Nachdem ihm hier der erste Verband angelegt war, mußte er nach dem Krankenhause Westend überführt werden.

Ein schwerer Straßeneinfall ereignete sich Montag nachmittag auf dem Moritzplatz. Dort wollte die 34-jährige Ehefrau des Kaufmanns Weier aus der Waldemarstr. 32 mit ihrem vier Wochen alten Töchterchen den Fahrdamm überqueren und hatte dabei das Herannahen einer Droschke nicht bemerkt. Sie wurde vielmehr mit dem Kinde zu Boden gerissen und geriet unter die Droschke. Beide erlitten schwere Verletzungen und mußten nach der Unfallstation geschafft werden. Den Droschkentreiber soll bei dem Unfall keine Schuld treffen.

Zwei Automobil-Unfälle ereigneten sich gestern gegen 1/2 7 Uhr in der Yorckstraße, Nähe der Baumgartenstraße. Von dem einen Kraftwagen, A. 2278 gezeichnet, wurde ein alter Mann in Arbeiterkleidung ungerissen und eine Straße mitgeschleift. Es scharten sich sofort eine Anzahl Leute um das Automobil und verhielten sich, das selbe bis zum Eintreffen der Polizei festzuhalten. Die Insassen des Automobils hatten aber schon gewaltsam den schwer verwundeten Mann in das Automobil gehoben und fuhrten fluchtartig davon los, so daß das Publikum entsetzt beiseite sprang. In demselben Augenblick kam auch schon ein Geschäftsautomobil der Eisenwarenhandlung J. Degner angesetzt und schlug, weil es an die Vordschwelle aufgefahren ist, um. Der Fahrer kam mit leichten Verletzungen davon, während das Fahrzeug arg mitgenommen ist.

Der Restaurateur Paul Reimann, Tempelhoferstraße, bittet um Mitzutreten, daß er mit dem in Wittenfeldebetriebe machenden Restaurateur Julius Reimann, dem Vorsitzenden des hiesigen Gastwirtvereins, den wir vor einiger Zeit mit dem hier gegründeten Zweigverein obiger Tendenz in Verbindung brachten, nicht identisch sei.

Feuerbericht. Die Brandchronik der letzten 48 Stunden ist eine ungewöhnlich reichhaltige, denn sie weiß über zwanzig Alarmierungen auf. Durch die Explosion einer Leuchtlampe kam in der Alten Schönhauserstraße 27 Feuer aus, bei dem der Schlosserlehrling Max Haberlandt schwerste Brandwunden an den Hüften erlitt. — Betten, Decken usw. gingen dann in der Wilhelmshavenstraße 32 in einer Wohnung in Flammen auf. — Zwei weitere Wohnungsbrände beschäftigten dann die Wehr in der Lüneburgerstraße 27 und in der Belfortstraße 21. — Ein Poiten Holzwohle brannte dann in der Soldinerstraße und ein Automobil in der Freienwalderstraße. — Auf dem Bahnhofsplatz und auf dem Koblentzplatz in der Trebbinerstraße hatten sich Porphyrblöcke entzündet, während Stroh und allerlei anderes Packmaterial in der Ackerstraße 41 und am Engel-Ufer 4 eingeschifft wurde. — Nach der Reichenbergerstraße 4 wurde der achte Hörsing gerufen, weil dort in einer Altbauwerkstatt Feuer entstanden war. Die Gefahr konnte leicht beseitigt werden. — In der Arfelerstraße 3 war Bohnermasse und der Fußboden in Brand geraten. — Weiter hatte die Wehr noch in der Verlegerstraße 51, Alten Jakobstraße 87, Warschauerstraße 5, in der Kasanien-Allee 69 und noch an verschiedenen anderen Orten kurze Zeit zu tun. — Auch ein böswilliger Alarm ist wieder einmal zu verzeichnen. Er erfolgte auf telephonischem Wege nach der Ebelingstraße 6. Leider ist der Täter entkommen.

Das Metropol-Theater

Ist am Sonntagabend mit einer Premiere ans Licht gekommen. Nach dem unbändigen Erfolg der „Herren von Maxim“ war das eine riskante Sache, und es mag ein bißchen Verlegenheit mit dem Spiel gewesen sein, als man zu dem in früheren Jahren oft bewährten Mittel der Revue griff. „Auf ins Metropol!“ ist das neue Stück benannt, für das Julius Freund zeichnet. Vorweg sei bemerkt, daß die Ausstattung auch dieser Neuheit über alle Begriffe großartig ist; in den neun Bildern kommen vierzehn Dekorationen und fünfshundert Kostüme vor, und was für welche! In allen, was das Auge ergötzen kann, haben Waler und Schneider den Vogel abgeschossen; die Phantasie eines Jules Verne muß erbleichen vor den Beleuchtungsstimmern und der Veranschaulichung von glühenden Protaktinoffen. Die Frage ist nun, ob auch in den Dingen, die das Herz erfreuen sollen, gleich Herrliches geleistet worden ist. Unter den 38 Musikstücken, die Herr Viktor Holländer für die Revue geschrieben hat, befinden sich in langbarer Schönheit manche, die auf baldige Popularität rechnen können; und in dem Kaleidoskop von bunten Bildern, die das Stück selbst bringt, sind ebenfalls vortreffliche Einfälle mit tüchtigem Geschick bearbeitet. Hauptmann Grillparzer's „Rocherno“, „Eiga“ in der Ausgabe des Metropol-Theaters zählt hierzu und ebenso die Schiller-Fest auf den Galenseeterrassen; auch das Tanzduett Müller-Hibernia ist von großartiger Komik. Ein lebendes Bild von ganz hervorragender Schönheit bietet die Darstellung von Wenzels Höfenkonzert, und manche andere hübsche Leistung ließe sich den genannten anreihen. Doch macht sich der flotte, frivole Zug, der früherer Revuen auszeichnete, nicht so herzerfreuend wie noch bei der Gabe von 1903 bemerkbar; zum Teil mag dies an der Gröndlichkeit liegen, mit der Ereignisse auf die Bühne geschleppt wurden, die heute schon halb vergessen sind und auch im Rampenlicht nicht mehr in anheimelnde Erinnerung gebracht werden können, zum Teil an der Überfülle, mit der Ereignisse eine gewisse Kengtschheit, bei der Zensur anzustößen, vielleicht auch die Zensur selbst, die Schuld an stellenweiser Mattigkeit. Was bei früheren Revuen kaum geschah, wurde diesmal recht ausgiebig betrieben: So eine Art Arbeitervereinopationismus, innerlich hoch, aber mächtig aufgedonnert, trat an die Stelle satirischer Wagemuts. Aber wer weiß? Eine Revue, wie sie das Metropol-Theater aufstiftet, soll im Geiste der politischen Anschauungen gehalten sein, die unter dem Besuche des Hauses die gangbarsten sind; möglich, daß einfach nur dem Schwinden jeglicher Oppositionslust auch in freisinnigen Kreisen Rechnung getragen, der Richtung Rudan Reberenz beigeigt worden ist.

Ueber die Darstellung noch ein Wort zu verklären, ist eigentlich überflüssig. Kräfte ersten Ranges liegen sich auch diesmal das häufige Unkluge nicht verdrängen. Freilich gab als „Zeit“ die Comédie ab, Herr Harry Walden, der nicht allein auf der Bühne berühmt gewordene Künstler, als zweimillionster Bürger Berlins den Compteur, und um diese beiden gruppierten sich Wassary, Josephi, Max Steidel, Hummel, Anna Müller-Pinke, Bender, Gutherz und wie sie alle helfen in wohlbedachter Tätigkeit. Eine merkwürdige Erscheinung ist Fäntlein Clifford, eine Amerikanerin, die mit originellem Witzspiel die Tochter des Millionärs Wamboldt darstellte. Nicht man die unendliche Mühe in Betracht, die verwandt worden ist, um die neueste Revue herzurichten, so muß man der

Direktion wünschen, daß der Erfolg des ersten Abends sich auf die Dauer einer Reihe von Monaten bewähren möge.

Theater. Im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) wird heute, Dienstag, „Der Wissenschaftler“ wiederholt; Mittwoch geht das Lustspiel „Hofkunst“ von Thilo von Trotha, das zum Schluß der vorigen Saison den Spielplan des Schiller-Theaters N. beherrschte, zum erstenmal auf der Bühne des O.-Hauses in Szene. Die Rolle der Witz spielt jetzt Gusti Weder, den Fürsten Paul Otto. In den übrigen Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Emma Wyda, Meta Vänger, Marie Gandra, Lotte Holms, Agnes Bieprecht und die Herren Friedrich Hollthaus, Albert Hübner, Max Kirchner, Reinhold Köstlin, Otto Kemle. — Im Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater) wird heute der Schwank „Die Logenbrüder“, Mittwoch Jhens Schauspiel „Nora“ wiederholt. — Im Metropol-Theater wird der 7 1/2 Uhr-Beginn der neuen mit dem größten Erfolge am Sonntagabend in Szene gegangenen Revue: „Auf — ins Metropol!“ vorläufig auch an den weiteren Abenden beibehalten. — Lustspielhaus. Die Direktion ersucht um Mitzutreten, daß die Erstaufführung von „Jungfer Am-brosia“, Lustspiel in drei Akten von Franz Serbaes, welche Mittwoch stattfindet, bereits um 8 Uhr beginnt. — Im Luisen-Theater gelangt Freitag, den 15. September, Volzogens Tragödie „Lumpengesinde“ zur Aufführung, während heute Dienstag Kurt Ainkel zum erstenmal in „Kasale und Liebe“ als Ferdinand auftritt. — Die am heutigen Dienstag im Residenz-Theater stattfindende Erstaufführung des Schwanks „Die Höhle des Löwen“ beginnt um 8 Uhr.

Die Gala-Premiere des Fiskus Albert Schumann findet noch in dieser Woche, am Sonntagabend, den 16. d. M., um 7 1/2 Uhr abends, statt. Herr Schumann eröffnet damit seine 7. Berliner Saison, für welche er große Anstrengungen durch Verpflichung weltberühmter Künstler und Künstlerinnen gemacht hat.

Orgelkonzert. Am Mittwoch, den 18. September, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der königliche Musikdirektor Bernhard Jürging in der St. Marien-Kirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Frau Charlotte Kimpel (Sopran), Herrn Felix Leberer-Prina (Bariton) und Herrn Armin Liebermann (Tello). Herr Jürging spielt zum erstenmal in Berlin ein neues Werk von Prof. Georg Schumann, dem Direktor der Singakademie: Passacaglia und Finale über Bach für Orgel. Der Eintritt ist frei.

Radrennen. Die Steglitzer Rennen brachten der neuen Bahn trotz des trübten und kalten Wetters einen Massenbesuch, etwa 15000 Zuschauer waren zugegen, um die sportlichen Kämpfe zu beobachten. Ein vielfältiges und gutes Programm. In dem Hauptfahren über 1000 m trafen sich die drei Weltmeister Arend, Ellegaard und Boulain. Dieser ging in den drei Läufen zweimal als Sieger hervor, Ellegaard siegte einmal, und Arend? — Er wurde dreimal Letzter. Das war eine unerwartete Niederlage gegen die Ausländer, von denen namentlich der Franzose sich als der Schlawer erweist, da er es verstand, in den Stillstandsversuchen, die sich über 1/3 der zurückgelegten Strecke hinzuziehen, in gegebenem Augenblick vorzubrechen und unüberstehlich davon-zuziehen. Sehr anregend verlief das Dauerrennen über 1 Stunde, das von dem Berliner Demke gegen Robl und die Kölner Gantzer und Schmitter gewonnen wurde. Alle Fahrer gaben ihr Bestes und wurden von ihren Schrittmachern, deren Motoren während der Stunde nicht versagten, vortrefflich unterstützt. Demke hatte fast durchweg die Spitze, nur einmal, beim 25. km., gelang es Robl, der zu Anfang als Letzter abgekommen war und Gantzer sowie Schmitter überholt hatte, auch an Demke vorbeizugehen; doch nach wenigen Runden war dieser wieder vorn. Robls Widerstand ließ nun nach, Gantzer dagegen, der anfangs eine Runde gegen Demke eingeholt hatte, holte sehr gut auf und bedrohte seinen Gegner ernstlich, doch kam er dadurch, daß er für kurze Zeit den Anschluß an seine Führung verlor, wieder mehr ins Hintertreffen; er war bis zum Schluß zwei, Robl um fünf, Schmitter gegen acht Runden hinter Demke zurück; dessen Leistung von 81,200 km ist um so höher zu bewerten, als sie nahezu den deutschen Rekord erreicht, und die Verbesserung der Stundenleistung gegen die in Friedenau von 75 km erzielte, spricht sehr für die Schnelligkeit der neuen Steglitzer Bahn.

Nachstehend eine kurze Uebersicht der Rennen.
Großes Hauptfahren. 3 Läufe a 1000 m. 800, 600, 500 M. 1. Boulain, 4 Punkte; 2. Ellegaard, 5 P.; 3. Arend, 9 P.
Kleines Hauptfahren. 3 Läufe a 1000 m. 400, 300, 200 M. 1. Wader, 4 Punkte; 2. Schuermann, 6 P.; 3. Theile, 8 P.
Entschädigungsfahren. 3 Läufe a 1000 m. 50, 100, 50 M. 1. Huber, 3 Punkte; 2. Wegener, 6 P.; 3. Conrad, 9 P.
Raf-fahren. 1000 m. 50, 30, 20, 10 M. 1. Kubela, 2. Robe, 3. Freudenberg, 4. Krouse.
Weter und Kurzweier gefallen.

Tandem-Hauptfahren. 3000 m. 800, 200, 150, 100 P.
1. Ellegaard-Boulain, 2. Arend-Huber, 3. Wader-Schuermann, 4. Theile-Wegener.
Stunden-Rennen mit Motorführung. 1700, 1200, 1000 und 700 M.
1. W. Demke . . . 81,200 km
2. V. Gantzer . . . 80,240 „
3. Th. Robl . . . 78,770 „
4. W. Schmitter . . . 77,340 „

10 km - Motor-Rennen. 80, 60, 40, 30 10 M. 1. Reinhold (Plauen) in 6 Min. 38 Sek., 2. Krichheim 870 m, 3. W. Woff 1020 m, 4. C. Müller 1090 m, 5. Egonina 1210 m.

Vorort-Nachrichten.

Mummelsburg.

Um für die Arbeiter-Zurnsache Propaganda zu machen, war zum 5. September eine öffentliche Versammlung einberufen. Genosse Köppich-Verlin hielt ein eingehendes Referat über die Zwecke und Ziele des Arbeiter-Turnerbundes. Zum Schluß wurde aufgeföhrt, der neugegründeten 2. Abteilung in Vichtenberg (Freie Turnerschaft Stralau-Mummelsburg) beizutreten. Diefelbe turnt Dienstag und Donnerstag, abends 1/2 9—1/2 11 Uhr, im Lokal von Wärsch, Frankfurter Chaussee 128.

Friedrichshagen.

Die gerichtliche Untersuchung der Leiche des vor einigen Wochen verstorbenen Kaufmanns Rogall hat die volle Unbegreiflichkeit des ausgeführten Verdicts ergeben, wonach Rogall das Opfer eines Giftmordes geworden sei. Es wurden Teile der Leiche, des Sarges und der umliegenden Erde dem Gerichtschemiter übergeben, der feststellte, daß keinerlei Giftspuren vorhanden sind. Herr Rogall litt seit langem an einem schweren Herzleiden, das, wie der behandelnde Arzt schon seit langer Zeit erklärt hat, die Gefahr eines plötzlichen Herzschlages und Todes mit sich brachte. Dieser Tod infolge Herzschlages trat am 7. Juli ein, als Herr Waldemar Rogall sich auf einem Geschäftswege befand.

Tegel.

Ein Unglücksfall ereignete sich gestern in Tegel, als Militär mit Angenben Spiel durch die Hauptstraße zog. Das Pferd eines Handeltwagens schante und lief gegen das gerade vorbeikommende Automobil des Kommerzienrats Vorig. Der sechsjährige Sohn des Herrn Vorig wurde durch Glassplitter des eingeschlagenen Fensters verletzt, der Diener vom Bod geschleudert. Ein Militärarzt ließ den Verletzten die erste Hilfe zuteil werden.

Treptow-Baumfchulweg.

Die Fleißnot im Treptower Dorfparsament. Die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher hatten beantragt, die Gemeindevorsteherung

und Gemeindevorstand möchten an die Staatsregierung petitionieren um unbeschränkte Zulassung ausländischen Schlachtviehs. Gleichzeitig lag eine Petition des Freiwünnigen Volksvereins vor, welche den gleichen Zweck hatte. Schöffe Dr. Genz hatte vom kollegialischen Gemeindevorstand die unbedingte Aufgabe erhalten, gegen die rechtliche Zulassung derartiger Anträge zu sprechen. Er führte aus: Die Landgemeinde-Ordnung lasse nur die Erörterung von Positionen allgemeiner Bedeutung zu, die mit den betreffenden Verhältnissen der Gemeinde in besonderem Zusammenhang stehen. Das treffe bei der Fleischnot nicht zu, da diese das ganze Land betreffe. Auch habe das Oberverwaltungsgericht entschieden, daß die Beratung derartiger Angelegenheiten von der Körperschaft einer Gemeinde unzulässig sei. Daß eine Fleischnot vorhanden und die Preise auch in unierem Orte rapid in die Höhe gegangen, darüber sei sich die Mehrheit des Vorstandes einig. Auch er habe ein warmes Herz für die ärmere Bevölkerung und schlage deshalb vor, eine Petition, von der ganzen Körperschaft unterzeichnet, an die Reichsregierung zu senden. Genosse Hofmann begründete den gestellten Antrag und ging den Fleischwünnern energisch zu Leibe. Er schilderte die Wirkungen der Fleischnot und mahnte die Berteuerung an ihre Pflicht, für ihre Arbeiter, welche schwere Arbeiten zu verrichten haben und pro Stunde nur 35 Pf. Lohn erhalten, sowie für die Beamten einzutreten und die Dämpfung der Grenzen zu beantragen. Zum Schluß wies Redner darauf hin, daß die unbedingte Folge der Teuerung, welche nur einer bevorrechteten Klasse zum Vorteil gereiche, neue Lohnforderungen der Arbeiterschaft bedinge. Genosse Gramenz wies die Einwände, die sich auf die rechtliche Zulassung derartiger Anträge beziehen, zurück. Er bemerkte, daß die Berteuerung alles in den Bereich ihrer Wirksamkeit ziehen könne, was die Wohlfahrt des Volkes fördere. Schöffe Hoffmann, seines Zeichens Gärtnermeister, trat warm für die Agrarier ein. Er sei gegen Dämpfung der Grenzen, weil dadurch Seuchen eingeschleppt werden. Der Hinweis von unserer Seite, daß im Auslande viel weniger Seuchen vorgekommen, wie die Statistik beweise, beantwortete er damit, daß das Ausland zu schlau sei, bezüglich der Seuchen genaue Angaben zu veröffentlichen. Der freisinnige Bevordnete Kirch hatte sich nicht veranlaßt geföhlt, einen Antrag für Berteuerung der Fleischnot zu stellen, sondern es seinem Verein überlassen, zu petitionieren. Er bemerkte, daß er nicht politisch sein wolle, aber ein Notstand sei doch vorhanden.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages mit sechs gegen vier Stimmen bei zwei Enthaltungen. Die Angst vor einem Schreiben, welches eventuell von einer Behörde kommen könnte, veranlaßte die Herren, mutig gegen den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen.

Der neue Bahnhof in Baumfchulweg wird Donnerstag, den 14. d. Mts., früh dem Verkehr übergeben. Sämtliche Fern- und Vorortzüge werden auf den höhergelegten Bahnkörper verkehren. Mit der Ansfahrt des Damms für den Güterverkehr von und nach Rixdorf auf der jetzigen unterliegenden Rorkstrasse wird all-dam sofort begonnen. Später soll diese Straße auch dem Personenverkehr übergeben werden. Innerhalb acht Wochen soll der Güterverkehr auch oben entlang geföhrt werden. Hierauf wird schon gearbeitet, weil sonst die Kanalisationsarbeiten in der Baumfchulwegstraße, womit schon begonnen, nicht vollendet werden können.

Spandan.

Die Militär-Konfervenfabrik in Hofelhorst hat 3800 Ochsen aufgeföhrt. Die Lieferung wird im Oktober mit 800 jungen, gut gemästeten Ochsen beginnen. Die Tiere werden direkt von den Produzenten durch den Viehzüchter- und Ochsenverein in Husum und dann durch einen Berliner Großschlächter (Isaak) bezogen, und zwar liefern beide gleichmäßig zu dem Preise von 126 Pf. pro Kilogramm ohne Kerentelg. Dieser Preis ist etwa 12 Pf. pro Pfund niedriger als die Kottierungen auf dem Berliner Schlachtviehmarkt.

Im Walde erschlagen. Im Hofammerforst bei Jeuthen hat sich eine Bluttat abgespielt, die auch die hiesige Kriminalpolizei beschäftigt. In der königlichen Forst wurde die 33 Jahre alte Schlosserfrau Marie Schwan, die in einer Villa in Jeuthen seit mehreren Jahren die Stelle einer Wöchnerin versah, auf einem Fußwege tot aufgefunden. Anfangs glaubte man an ein Selbstmordverbrechen, nach neueren Ermittlungen scheint ein Todschlag nach einem Streite vorzuliegen. Frau Schwan ist Mutter von drei Kindern. Sie holte am Sonntag nachmittag von ihrer Schwester in Mierdorf in einer Kiste Kartoffeln und trat um drei Uhr den Rückweg an. Der Waldweg von Mierdorf bis nach ihrer Wohnung beträgt kaum 20 Minuten. Gegen 5 Uhr sah ein Gärtner Dued die Frau tot im Walde liegen. Die Leiche wies Verletzungen am Kopf und am Rücken auf. Der Gärtner alarmierte die Nachbarteute und die Polizei. Man stellte fest, daß die Frau vierzehn Messerstücke erhalten hatte und wahrscheinlich an Verblutung gestorben ist. Man vermutet, daß Frau Schwan die Kiste, die zwischen zwei Riefen stand, abgesetzt hatte, um sich noch einmal auszurufen. Ein bisher nicht ermittelter Mensch mag sie für eine Handelsfrau gehalten und etwas von ihr verlangt; oder sie angebettelt haben. Darüber mag es zum Streit gekommen sein. Der Mann kann sich die Tat nicht erklären, zumal die Frau Schwan weder in Jeuthen, noch in der Umgegend irgend einen Feind hatte. In den Verdacht der Täterschaft geriet ein heruntergekommen aussehender Mann, den eine Frau Schmidt am Krankenhaus in Adnig-Busterhausen herumlungenz sah. Die Gendarmerei ermittelte diesen Mann und nahm ihn vorläufig fest. Der Berliner Kriminalpolizei wurde gestern mitgeteilt, daß eine Frau auf dem Bahndorf in Charlottenburg einen blutbesudelten Mann gesehen habe. Ob diese Wahrnehmung mit der Bluttat zusammenhängt, läßt sich noch nicht sagen.

Gegen die Cholera.

Die für den Kreis Teltow sind jetzt auch für den Kreis Nieder-Barnim, zu welchem die hiesigen und nördlichen Berliner Vororte gehören, Maßnahmen zur Vorbeugung der Choleraergriffen getroffen worden. — Im Auftrage des Landratsamtes hat Regierungsaffessor von Le Coq den Behörden der einzelnen Orte mitgeteilt, daß die Flußläufe im Kreise zwar nicht als verunreinigt anzusehen sind, demnach aber der Gemüß des Flußwassers schädlich sein kann und zu vermeiden sei. — Auch zur Reinigung der Ez- und Trankgeräte solle man nicht das Wasser der Flußläufe benützen. — In verschiedenen größeren Gemeinden um Berlin sind außerdem die Hausbesitzer und deren Stellvertreter angefordert worden, mehr als bisher auf die Reinhaltung der Höfe und Abortanlagen zu achten. Polizeiliche Kontrolle und strenge Bestrafung sind im gegebenen Falle angedroht. — In Vichtenberg wird geföhrt, daß die Stadt Berlin in Anbetracht der Choleraergriffen Vorsichtsmaßnahmen auf dem angrenzenden sächsischen Viehhof treffe. Gerade von Osten kämen viele Händler mit Vieh und sei es sehr notwendig, daß man die Dunghaufen auf dem Viehhof beseitige, damit sie nicht zum Seuchenherd werden.

Vorsichtsmaßregeln gegen die Cholera trifft auch unsere Nachbarstadt Rixdorf in unmaßendem Maße. Eine polizeiliche Kommission unter Führung des Polizeipräsidenten, unterzoz die Kruppen am Rixdorfer Schiffahrtskanal, die für die Wasser-versorgung der Schiffer in Betracht kommen, in bezug auf ihre Geruchs- und Leistungsfähigkeit einer genauen Revision. Der Magistrat läßt ferner die Angestellten der hiesigen Straßenreinigung in der sachgemäßen Transportierung Choleraanfänger ausbilden, um im Bedarfsfalle gerüstet zu sein.

Unter choleraverdächtigen Umständen ist gestern, wie wir hören, ein Arbeiter Albrecht aus der Engenbagenstr. 2 in Vichtenberg erkrankt und auf Veranlassung des Dr. Pölnner aus der Landbergerstraße zunächst nach dem Krankenhaus am Friedrichshain und von dort nach der Choleraabade im Aronlenhause Moabit übergeföhrt worden.

Die **Möbel-Fabrik**
 von 30782
A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5
 empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 210-10 000 Mk.
 in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- und
 Stahl- sowie auch Polsterwaren eigener Fabrikation zu
 äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewisshafte Be-
 dienung. Anlaufzeitige Zahlungsbedingungen. Tel. Amt IV 6877.

Raucher
Rist-Isis beste 2-Pfennig-Zigarette
 aus der Fabrik **Rist & Co., München.**
 0001L*

Bruch-Pollmann
 empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,
 Leibbinden, Geradestützen, Spritzen,
 Suspensoren sowie sämtliche Artikel
 zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
 Liefer. f. Preis- u. Hülf-Krankentafeln
Berlin C.,
30. Finien-Strasse 30.
 NB. Alle Bruchbänder mit elastischen
 Gummifäden, angenehm und weich
 am Körper. 36092*

Hygienische
 Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
 m. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
 E. Unger, Gummiwarenfabrik
 Berlin NW., Friedrichsstrasse 91/92.

In keiner anderen Jahreszeit neigen die Säuglinge so zu Darmkrankheiten wie im Sommer, infolge der bei wärmerer Temperatur viel leichter verderbenden Nahrungsmittel. Aufese's Kindermehl hat sich bei allen Darmkrankheiten bestens bewährt, da es die Milchnahrung leichter verdaulich macht und die Darmgärungen günstig beeinflusst. Der Gehalt des Aufese-Mehles an Mineral- und Eiweißstoffen bildet eine schätzenswerte Bereicherung der Nahrung. Das Erbrechen schwindet nach der Darreichung von Aufese's Kindermehl sehr bald und auch der Stuhlgang bessert sich oft ohne Arznei-Gebrauch.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk.
Anzüge nach Maß von 25 Mk. an.
M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4.
 am Kottbuser Tor. 4016 L
 Schneidermeister.

Kleine Anzeigen.
 Jedes 5 Pfennig.
 Wort: 5 Das erste teiggedruckt
 Wort 10 Pfg. Worte mit mehr
 als 15 Buchstaben zählen doppelt.
 Anzeigen für die nächste Nummer werden
 in den Annahmestellen für Berlin
 bis 1 Uhr, für die Vororte bis 2 Uhr,
 in der Hauptexpedition Linden-
 strasse 69 bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Gardinenband Große Frankfurter-
 strasse 9, parterre. 14
Teppiche! (Jahreslaste) in allen
 Größen für die Hälfte des Wertes
 im Teppichlager Brünn, Gafelcher
 Markt 4, Bahnhofstraße. 261/19*

Teppiche mit farbigen Seiden-
 niedrigen Große Frankfurterstrasse 9,
 parterre. 14
Monatsanzüge von 6,00 an,
 Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen
 von 1,50 an, Westanzüge von
 12,00 an, Fracks von 2,50 an, auch
 für formale Figuren. Neue Garderobe
 zu haarend billigen Preisen,
 sowie aus Handarbeiten verfallene
 Sachen. Rog. Mühlstraße 14. 13336*

Droschkentischertische, an-
 gehend, Westküchen im Hause, billig
 verlässlich, Brauerei bill. Köhlers
 Restaurant Köhlerstraße 21.
Hochelegante Herrenanzüge und
 Paletots aus feinsten Stoffen 25-40
 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonn-
 tag. Versandhaus Germania, Unter
 den Linden 21. Keine Pflichten.*

Sofas, größte Auswahl, von
 21 Mark an, direkt in der Fabrik
 Hindenburgstrasse 38. 7845*

Kanarienvögel 6,00, Vorküchler
 Selterstrasse, Schloßplatz 2. 33/16

Topferegeschäfte (sofort verläss-
 lich, höhere Qualität, passend für An-
 fänger. "Billig", Postamt 85. 33/19

Herrensachen 62, Nordost, zwei
 Zimmer mit Balkon und Ein-Zimmer-
 Wohnungen billig im neuverkauften
 Hause. 8258*

Kleinvohnungen, gesunde, aller-
 billigst, sofort, später, Nordost, Kropf-
 strasse 15, Bangschtrasse 12 (Ver-
 mögen-Platz). 33,9*

Gärtner-, Schieferlehrling gegen
 hohe Vergütung sucht Familie, Färbers-
 strasse 5. 15528

Frisierlehrer, selbständig arbeitend,
 können sich melden. Karl Biedler,
 Greifstraße 41. 15468

Leibhans Kärntnerplatz 7, billige
 Einlaufquelle für Waren aller Art,
 großes Lager in Bälde, Betten,
 Hären, Goldschmied, Teppiche, Stepp-
 bedden, Gardinen, Hosen, Anzüge etc.*

Teppichlager, Teppiche, Betten, Gar-
 dinen, Korsetts, Steppbedden, Tisch-
 bedden, Remontoirwaren, Regulatoren,
 Spiegel, Bilder, Möbel, spottbillig.
 Leibhans, Grüner Weg 113. 13625*

Wahmaschinen ohne Anzahlung,
 wöchentlich 1,00; gebrauchte 12,00.
 Reparaturen billig. Kienitzstrasse 44.*

Möbelverkauf in meiner Möbel-
 fabrik Oneismannstraße 18, am Döll-
 schen Tor, haben viele Wohnungs-
 Einrichtungen, verlebte gemessene
 und neue Ausstattungen zu sehr
 billigen Preisen. Teilzahlung bei
 ganz geringer Anzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Vor-
 liegere gediegene Einrichtungen für
 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante
 von 500 bis 10 000 Mark. Besonders
 empfehlenswert ist der große Vorrat
 verlebte gemessener und zurückgesetzter
 Möbel, die noch fast neu und im
 Preise bedeutend herabgesetzt sind.
 Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa
 mit Auszug 30, Bettstelle mit Mat-
 ratze 20, Kleiderständer, Vertikals
 30, Salonarmatur, Plüschgarnituren
 105, Kleiderständer mit Kleiderkasten
 105, geschmückte Büchertische, Bücher-
 stände mit Satteltischen 85,
 Schreibtisch 30, englische Schlafzimmern,
 Speisezimmer, Salons, auch Jugend-
 stil. Günstige Möbel werden drei
 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch
 eigene Postkammer geliefert. Post-
 gratis. Sonntags von 8-10
 und 12-2 Uhr geöffnet. 7998*

Möbelverkauf in meiner Möbel-
 fabrik Oneismannstraße 18, am Döll-
 schen Tor, haben viele Wohnungs-
 Einrichtungen, verlebte gemessene
 und neue Ausstattungen zu sehr
 billigen Preisen. Teilzahlung bei
 ganz geringer Anzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Vor-
 liegere gediegene Einrichtungen für
 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante
 von 500 bis 10 000 Mark. Besonders
 empfehlenswert ist der große Vorrat
 verlebte gemessener und zurückgesetzter
 Möbel, die noch fast neu und im
 Preise bedeutend herabgesetzt sind.
 Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa
 mit Auszug 30, Bettstelle mit Mat-
 ratze 20, Kleiderständer, Vertikals
 30, Salonarmatur, Plüschgarnituren
 105, Kleiderständer mit Kleiderkasten
 105, geschmückte Büchertische, Bücher-
 stände mit Satteltischen 85,
 Schreibtisch 30, englische Schlafzimmern,
 Speisezimmer, Salons, auch Jugend-
 stil. Günstige Möbel werden drei
 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch
 eigene Postkammer geliefert. Post-
 gratis. Sonntags von 8-10
 und 12-2 Uhr geöffnet. 7998*

Wahmaschinen ohne Anzahlung,
 wöchentlich 1,00; gebrauchte 12,00.
 Reparaturen billig. Kienitzstrasse 44.*

Möbelverkauf in meiner Möbel-
 fabrik Oneismannstraße 18, am Döll-
 schen Tor, haben viele Wohnungs-
 Einrichtungen, verlebte gemessene
 und neue Ausstattungen zu sehr
 billigen Preisen. Teilzahlung bei
 ganz geringer Anzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Vor-
 liegere gediegene Einrichtungen für
 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante
 von 500 bis 10 000 Mark. Besonders
 empfehlenswert ist der große Vorrat
 verlebte gemessener und zurückgesetzter
 Möbel, die noch fast neu und im
 Preise bedeutend herabgesetzt sind.
 Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa
 mit Auszug 30, Bettstelle mit Mat-
 ratze 20, Kleiderständer, Vertikals
 30, Salonarmatur, Plüschgarnituren
 105, Kleiderständer mit Kleiderkasten
 105, geschmückte Büchertische, Bücher-
 stände mit Satteltischen 85,
 Schreibtisch 30, englische Schlafzimmern,
 Speisezimmer, Salons, auch Jugend-
 stil. Günstige Möbel werden drei
 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch
 eigene Postkammer geliefert. Post-
 gratis. Sonntags von 8-10
 und 12-2 Uhr geöffnet. 7998*

Wahmaschinen ohne Anzahlung,
 wöchentlich 1,00; gebrauchte 12,00.
 Reparaturen billig. Kienitzstrasse 44.*

Möbelverkauf in meiner Möbel-
 fabrik Oneismannstraße 18, am Döll-
 schen Tor, haben viele Wohnungs-
 Einrichtungen, verlebte gemessene
 und neue Ausstattungen zu sehr
 billigen Preisen. Teilzahlung bei
 ganz geringer Anzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Vor-
 liegere gediegene Einrichtungen für
 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante
 von 500 bis 10 000 Mark. Besonders
 empfehlenswert ist der große Vorrat
 verlebte gemessener und zurückgesetzter
 Möbel, die noch fast neu und im
 Preise bedeutend herabgesetzt sind.
 Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa
 mit Auszug 30, Bettstelle mit Mat-
 ratze 20, Kleiderständer, Vertikals
 30, Salonarmatur, Plüschgarnituren
 105, Kleiderständer mit Kleiderkasten
 105, geschmückte Büchertische, Bücher-
 stände mit Satteltischen 85,
 Schreibtisch 30, englische Schlafzimmern,
 Speisezimmer, Salons, auch Jugend-
 stil. Günstige Möbel werden drei
 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch
 eigene Postkammer geliefert. Post-
 gratis. Sonntags von 8-10
 und 12-2 Uhr geöffnet. 7998*

Wahmaschinen ohne Anzahlung,
 wöchentlich 1,00; gebrauchte 12,00.
 Reparaturen billig. Kienitzstrasse 44.*

Möbelverkauf in meiner Möbel-
 fabrik Oneismannstraße 18, am Döll-
 schen Tor, haben viele Wohnungs-
 Einrichtungen, verlebte gemessene
 und neue Ausstattungen zu sehr
 billigen Preisen. Teilzahlung bei
 ganz geringer Anzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Vor-
 liegere gediegene Einrichtungen für
 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante
 von 500 bis 10 000 Mark. Besonders
 empfehlenswert ist der große Vorrat
 verlebte gemessener und zurückgesetzter
 Möbel, die noch fast neu und im
 Preise bedeutend herabgesetzt sind.
 Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa
 mit Auszug 30, Bettstelle mit Mat-
 ratze 20, Kleiderständer, Vertikals
 30, Salonarmatur, Plüschgarnituren
 105, Kleiderständer mit Kleiderkasten
 105, geschmückte Büchertische, Bücher-
 stände mit Satteltischen 85,
 Schreibtisch 30, englische Schlafzimmern,
 Speisezimmer, Salons, auch Jugend-
 stil. Günstige Möbel werden drei
 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch
 eigene Postkammer geliefert. Post-
 gratis. Sonntags von 8-10
 und 12-2 Uhr geöffnet. 7998*

Wahmaschinen ohne Anzahlung,
 wöchentlich 1,00; gebrauchte 12,00.
 Reparaturen billig. Kienitzstrasse 44.*

Möbelverkauf in meiner Möbel-
 fabrik Oneismannstraße 18, am Döll-
 schen Tor, haben viele Wohnungs-
 Einrichtungen, verlebte gemessene
 und neue Ausstattungen zu sehr
 billigen Preisen. Teilzahlung bei
 ganz geringer Anzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Vor-
 liegere gediegene Einrichtungen für
 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante
 von 500 bis 10 000 Mark. Besonders
 empfehlenswert ist der große Vorrat
 verlebte gemessener und zurückgesetzter
 Möbel, die noch fast neu und im
 Preise bedeutend herabgesetzt sind.
 Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa
 mit Auszug 30, Bettstelle mit Mat-
 ratze 20, Kleiderständer, Vertikals
 30, Salonarmatur, Plüschgarnituren
 105, Kleiderständer mit Kleiderkasten
 105, geschmückte Büchertische, Bücher-
 stände mit Satteltischen 85,
 Schreibtisch 30, englische Schlafzimmern,
 Speisezimmer, Salons, auch Jugend-
 stil. Günstige Möbel werden drei
 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch
 eigene Postkammer geliefert. Post-
 gratis. Sonntags von 8-10
 und 12-2 Uhr geöffnet. 7998*

Wahmaschinen ohne Anzahlung,
 wöchentlich 1,00; gebrauchte 12,00.
 Reparaturen billig. Kienitzstrasse 44.*

Möbelverkauf in meiner Möbel-
 fabrik Oneismannstraße 18, am Döll-
 schen Tor, haben viele Wohnungs-
 Einrichtungen, verlebte gemessene
 und neue Ausstattungen zu sehr
 billigen Preisen. Teilzahlung bei
 ganz geringer Anzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Vor-
 liegere gediegene Einrichtungen für
 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante
 von 500 bis 10 000 Mark. Besonders
 empfehlenswert ist der große Vorrat
 verlebte gemessener und zurückgesetzter
 Möbel, die noch fast neu und im
 Preise bedeutend herabgesetzt sind.
 Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa
 mit Auszug 30, Bettstelle mit Mat-
 ratze 20, Kleiderständer, Vertikals
 30, Salonarmatur, Plüschgarnituren
 105, Kleiderständer mit Kleiderkasten
 105, geschmückte Büchertische, Bücher-
 stände mit Satteltischen 85,
 Schreibtisch 30, englische Schlafzimmern,
 Speisezimmer, Salons, auch Jugend-
 stil. Günstige Möbel werden drei
 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch
 eigene Postkammer geliefert. Post-
 gratis. Sonntags von 8-10
 und 12-2 Uhr geöffnet. 7998*

Wahmaschinen ohne Anzahlung,
 wöchentlich 1,00; gebrauchte 12,00.
 Reparaturen billig. Kienitzstrasse 44.*

Möbelverkauf in meiner Möbel-
 fabrik Oneismannstraße 18, am Döll-
 schen Tor, haben viele Wohnungs-
 Einrichtungen, verlebte gemessene
 und neue Ausstattungen zu sehr
 billigen Preisen. Teilzahlung bei
 ganz geringer Anzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Vor-
 liegere gediegene Einrichtungen für
 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante
 von 500 bis 10 000 Mark. Besonders
 empfehlenswert ist der große Vorrat
 verlebte gemessener und zurückgesetzter
 Möbel, die noch fast neu und im
 Preise bedeutend herabgesetzt sind.
 Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa
 mit Auszug 30, Bettstelle mit Mat-
 ratze 20, Kleiderständer, Vertikals
 30, Salonarmatur, Plüschgarnituren
 105, Kleiderständer mit Kleiderkasten
 105, geschmückte Büchertische, Bücher-
 stände mit Satteltischen 85,
 Schreibtisch 30, englische Schlafzimmern,
 Speisezimmer, Salons, auch Jugend-
 stil. Günstige Möbel werden drei
 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch
 eigene Postkammer geliefert. Post-
 gratis. Sonntags von 8-10
 und 12-2 Uhr geöffnet. 7998*

Wahmaschinen ohne Anzahlung,
 wöchentlich 1,00; gebrauchte 12,00.
 Reparaturen billig. Kienitzstrasse 44.*

Möbelverkauf in meiner Möbel-
 fabrik Oneismannstraße 18, am Döll-
 schen Tor, haben viele Wohnungs-
 Einrichtungen, verlebte gemessene
 und neue Ausstattungen zu sehr
 billigen Preisen. Teilzahlung bei
 ganz geringer Anzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Vor-
 liegere gediegene Einrichtungen für
 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante
 von 500 bis 10 000 Mark. Besonders
 empfehlenswert ist der große Vorrat
 verlebte gemessener und zurückgesetzter
 Möbel, die noch fast neu und im
 Preise bedeutend herabgesetzt sind.
 Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa
 mit Auszug 30, Bettstelle mit Mat-
 ratze 20, Kleiderständer, Vertikals
 30, Salonarmatur, Plüschgarnituren
 105, Kleiderständer mit Kleiderkasten
 105, geschmückte Büchertische, Bücher-
 stände mit Satteltischen 85,
 Schreibtisch 30, englische Schlafzimmern,
 Speisezimmer, Salons, auch Jugend-
 stil. Günstige Möbel werden drei
 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch
 eigene Postkammer geliefert. Post-
 gratis. Sonntags von 8-10
 und 12-2 Uhr geöffnet. 7998*

Wahmaschinen ohne Anzahlung,
 wöchentlich 1,00; gebrauchte 12,00.
 Reparaturen billig. Kienitzstrasse 44.*

Möbelverkauf in meiner Möbel-
 fabrik Oneismannstraße 18, am Döll-
 schen Tor, haben viele Wohnungs-
 Einrichtungen, verlebte gemessene
 und neue Ausstattungen zu sehr
 billigen Preisen. Teilzahlung bei
 ganz geringer Anzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Vor-
 liegere gediegene Einrichtungen für
 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante
 von 500 bis 10 000 Mark. Besonders
 empfehlenswert ist der große Vorrat
 verlebte gemessener und zurückgesetzter
 Möbel, die noch fast neu und im
 Preise bedeutend herabgesetzt sind.
 Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa
 mit Auszug 30, Bettstelle mit Mat-
 ratze 20, Kleiderständer, Vertikals
 30, Salonarmatur, Plüschgarnituren
 105, Kleiderständer mit Kleiderkasten
 105, geschmückte Büchertische, Bücher-
 stände mit Satteltischen 85,
 Schreibtisch 30, englische Schlafzimmern,
 Speisezimmer, Salons, auch Jugend-
 stil. Günstige Möbel werden drei
 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch
 eigene Postkammer geliefert. Post-
 gratis. Sonntags von 8-10
 und 12-2 Uhr geöffnet. 7998*

Wahmaschinen ohne Anzahlung,
 wöchentlich 1,00; gebrauchte 12,00.
 Reparaturen billig. Kienitzstrasse 44.*

Möbelverkauf in meiner Möbel-
 fabrik Oneismannstraße 18, am Döll-
 schen Tor, haben viele Wohnungs-
 Einrichtungen, verlebte gemessene
 und neue Ausstattungen zu sehr
 billigen Preisen. Teilzahlung bei
 ganz geringer Anzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Vor-
 liegere gediegene Einrichtungen für
 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante
 von 500 bis 10 000 Mark. Besonders
 empfehlenswert ist der große Vorrat
 verlebte gemessener und zurückgesetzter
 Möbel, die noch fast neu und im
 Preise bedeutend herabgesetzt sind.
 Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa
 mit Auszug 30, Bettstelle mit Mat-
 ratze 20, Kleiderständer, Vertikals
 30, Salonarmatur, Plüschgarnituren
 105, Kleiderständer mit Kleiderkasten
 105, geschmückte Büchertische, Bücher-
 stände mit Satteltischen 85,
 Schreibtisch 30, englische Schlafzimmern,
 Speisezimmer, Salons, auch Jugend-
 stil. Günstige Möbel werden drei
 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch
 eigene Postkammer geliefert. Post-
 gratis. Sonntags von 8-10
 und 12-2 Uhr geöffnet. 7998*

Wahmaschinen ohne Anzahlung,
 wöchentlich 1,00; gebrauchte 12,00.
 Reparaturen billig. Kienitzstrasse 44.*

Möbelverkauf in meiner Möbel-
 fabrik Oneismannstraße 18, am Döll-
 schen Tor, haben viele Wohnungs-
 Einrichtungen, verlebte gemessene
 und neue Ausstattungen zu sehr
 billigen Preisen. Teilzahlung bei
 ganz geringer Anzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Vor-
 liegere gediegene Einrichtungen für
 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante
 von 500 bis 10 000 Mark. Besonders
 empfehlenswert ist der große Vorrat
 verlebte gemessener und zurückgesetzter
 Möbel, die noch fast neu und im
 Preise bedeutend herabgesetzt sind.
 Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa
 mit Auszug 30, Bettstelle mit Mat-
 ratze 20, Kleiderständer, Vertikals
 30, Salonarmatur, Plüschgarnituren
 105, Kleiderständer mit Kleiderkasten
 105, geschmückte Büchertische, Bücher-
 stände mit Satteltischen 85,
 Schreibtisch 30, englische Schlafzimmern,
 Speisezimmer, Salons, auch Jugend-
 stil. Günstige Möbel werden drei
 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch
 eigene Postkammer geliefert. Post-
 gratis. Sonntags von 8-10
 und 12-2 Uhr geöffnet. 7998*

Wahmaschinen ohne Anzahlung,
 wöchentlich 1,00; gebrauchte 12,00.
 Reparaturen billig. Kienitzstrasse 44.*

Möbelverkauf in meiner Möbel-
 fabrik Oneismannstraße 18, am Döll-
 schen Tor, haben viele Wohnungs-
 Einrichtungen, verlebte gemessene
 und neue Ausstattungen zu sehr
 billigen Preisen. Teilzahlung bei
 ganz geringer Anzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Vor-
 liegere gediegene Einrichtungen für
 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante
 von 500 bis 10 000 Mark. Besonders
 empfehlenswert ist der große Vorrat
 verlebte gemessener und zurückgesetzter
 Möbel, die noch fast neu und im
 Preise bedeutend herabgesetzt sind.
 Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa
 mit Auszug 30, Bettstelle mit Mat-
 ratze 20, Kleiderständer, Vertikals
 30, Salonarmatur, Plüschgarnituren
 105, Kleiderständer mit Kleiderkasten
 105, geschmückte Büchertische, Bücher-
 stände mit Satteltischen 85,
 Schreibtisch 30, englische Schlafzimmern,
 Speisezimmer, Salons, auch Jugend-
 stil. Günstige Möbel werden drei
 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch
 eigene Postkammer geliefert. Post-
 gratis. Sonntags von 8-10
 und 12-2 Uhr geöffnet. 7998*

Wahmaschinen ohne Anzahlung,
 wöchentlich 1,00; gebrauchte 12,00.
 Reparaturen billig. Kienitzstrasse 44.*

Möbelverkauf in meiner Möbel-
 fabrik Oneismannstraße 18, am Döll-
 schen Tor, haben viele Wohnungs-
 Einrichtungen, verlebte gemessene
 und neue Ausstattungen zu sehr
 billigen Preisen. Teilzahlung bei
 ganz geringer Anzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Vor-
 liegere gediegene Einrichtungen für
 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante
 von 500 bis 10 000 Mark. Besonders
 empfehlenswert ist der große Vorrat
 verlebte gemessener und zurückgesetzter
 Möbel, die noch fast neu und im
 Preise bedeutend herabgesetzt sind.
 Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa
 mit Auszug 30, Bettstelle mit Mat-
 ratze 20, Kleiderständer, Vertikals
 30, Salonarmatur, Plüschgarnituren
 105, Kleiderständer mit Kleiderkasten
 105, geschmückte Büchertische, Bücher-
 stände mit Satteltischen 85,
 Schreibtisch 30, englische Schlafzimmern,
 Speisezimmer, Salons, auch Jugend-
 stil. Günstige Möbel werden drei
 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch
 eigene Postkammer geliefert. Post-
 gratis. Sonntags von 8-10
 und 12-2 Uhr geöffnet. 7998*

Wahmaschinen ohne Anzahlung,
 wöchentlich 1,00; gebrauchte 12,00.
 Reparaturen billig. Kienitzstrasse 44.*

Möbelverkauf in meiner Möbel-
 fabrik Oneismannstraße 18, am Döll-
 schen Tor, haben viele Wohnungs-
 Einrichtungen, verlebte gemessene
 und neue Ausstattungen zu sehr
 billigen Preisen. Teilzahlung bei
 ganz geringer Anzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Vor-
 liegere gediegene Einrichtungen für
 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante
 von 500 bis 10 000 Mark. Besonders
 empfehlenswert ist der große Vorrat
 verlebte gemessener und zurückgesetzter
 Möbel, die noch fast neu und im
 Preise bedeutend herabgesetzt sind.
 Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa
 mit Auszug 30, Bettstelle mit Mat-
 ratze 20, Kleiderständer, Vertikals
 30, Salonarmatur, Plüschgarnituren
 105, Kleiderständer mit Kleiderkasten
 105, geschmückte Büchertische, Bücher-
 stände mit Satteltischen 85,
 Schreibtisch 30, englische Schlafzimmern,
 Speisezimmer, Salons, auch Jugend-
 stil. Günstige Möbel werden drei
 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch
 eigene Postkammer geliefert. Post-
 gratis. Sonntags von 8-10
 und 12-2 Uhr geöffnet. 7998*

Wahmaschinen ohne Anzahlung,
 wöchentlich 1,00; gebrauchte 12,00.
 Reparaturen billig. Kienitzstrasse 44.*

Möbelverkauf in meiner Möbel-
 fabrik Oneismannstraße 18, am Döll-
 schen Tor, haben viele Wohnungs-
 Einrichtungen, verlebte gemessene
 und neue Ausstattungen zu sehr
 billigen Preisen. Teilzahlung bei
 ganz geringer Anzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Vor-
 liegere gediegene Einrichtungen für
 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante
 von 500 bis 10 000 Mark. Besonders
 empfehlenswert ist der große Vorrat
 verlebte gemessener und zurückgesetzter
 Möbel, die noch fast neu und im
 Preise bedeutend herabgesetzt sind.
 Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa
 mit Auszug 30, Bettstelle mit Mat-
 ratze 20, Kleiderständer, Vertikals
 30, Salonarmatur, Plüschgarnituren
 105, Kleiderständer mit Kleiderkasten
 105, geschmückte Büchertische, Bücher-
 stände mit Satteltischen 85,
 Schreibtisch 30, englische Schlafzimmern,
 Speisezimmer, Salons, auch Jugend-
 stil. Günstige Möbel werden drei
 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch
 eigene Postkammer geliefert. Post-
 gratis. Sonntags von 8-10
 und 12-2 Uhr geöffnet. 7998*

Wahmaschinen ohne Anzahlung,
 wöchentlich 1,00; gebrauchte 12,00.
 Reparaturen billig. Kienitzstrasse 44.*

Möbelverkauf in meiner Möbel-
 fabrik Oneismannstraße 18, am Döll-
 schen Tor, haben viele Wohnungs-
 Einrichtungen, verlebte gemessene
 und neue Ausstattungen zu sehr
 billigen Preisen. Teilzahlung bei
 ganz geringer Anzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Vor-
 liegere gediegene Einrichtungen für
 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante
 von 500 bis 10 000 Mark. Besonders
 empfehlenswert ist der große Vorrat
 verlebte gemessener und zurückgesetzter
 Möbel, die noch fast neu und im
 Preise bedeutend herabgesetzt sind.
 Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa
 mit Auszug 30, Bettstelle mit Mat-
 ratze 20, Kleiderständer, Vertikals
 30, Salonarmatur, Plüschgarnituren
 105, Kleiderständer mit Kleiderkasten
 105, geschmückte Büchertische, Bücher-
 stände mit Satteltischen 85,
 Schreibtisch 30, englische Schlafzimmern,
 Speisezimmer, Salons, auch Jugend-
 stil. Günstige Möbel werden drei
 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch
 eigene Postkammer geliefert. Post-
 gratis. Sonntags von 8-10
 und 12-2 Uhr geöffnet. 7998*